

Befehlsblatt

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 15

Berlin, den 2. April 1943

4. Jahrgang

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitspolizei u. SD. RdErl. 18. 3. 43 Anerkennung. S. 89. — RdErl. 19. 3. 43 Devisenbewirtschaftung. Zahlungsregelung für Sich.-Pol. u. SD. S. 89. — RdErl. 19. 3. 43 Funkentstörung von Dienstkraftfahrzeugen. S. 89. — RdErl. 20. 3. 43 Empfang von Frischöl für Verbrennungskraftmaschinen gegen Ablieferung von Ablauföl. S. 90. — RdErl. 23. 3. 43 Besuche des Chefs des Personalhauptamtes bei den Dienststellen der Schutzstaffel. S. 90. — RdErl. 24. 3. 43 Dienstaufwandsentschädigung. S. 90. — RdErl. 24. 3. 43 Beschlagnahme von Druckschriften, die nicht in die Liste des schädli. u. unerwünschten Schrifttums eingereiht sind. S. 91. — RdErl. 24. 3. 43 Verbot einer inländischen Druckschrift. S. 91. — RdErl. 24. 3. 43 Verbot ausl. Druckschriften. S. 91. — RdErl. 25. 3. 43 Verwaltungslehrlinge bei der Sich.Pol. S. 91. — RdErl. 25. 3. 43 Liste des schädlichen u. unerwünschten Schrifttums. S. 91. — RdErl. 27. 3. 43 Eisenbewirtschaftung — Auftragssteuerung. S. 92.

Geheime Staatspolizei. RdErl. 20. 3. 43 Erteilung von Sprecherlaubnis an Angeh. von Schutzhäftlingen in Konzentrationslagern bzw. an Rechtsanwälte in Sonderfällen. S. 92.

Reichskriminalpolizei. RdErl. 20. 3. 43 Vereinheitlichung der Waffenausrüstung der staatl. Krim.Pol. S. 93.

SD-Angelegenheiten. RdErl. 25. 3. 43 Zusammenarbeit des SD mit den Reichsfinanzbehörden. S. 93.

Verschiedenes. RdErl. 25. 3. 43 Wohnungsfürsorge. S. 93. — Verlust von Dienstausweisen. S. 94. — Postanschriften. S. 94.

Personalmitteilungen. S. 94.

Sicherheitspolizei und SD

Anerkennung.

RdErl. des ChdSPudSD. vom 18. 3. 1943

— I A 1 b Nr. 24/43 —

Auf meinen Vorschlag hat der Reichsführer-SS der Dienststelle des Befehlshabers der Sich.Pol. u. des SD in Paris für besondere Erfolge seine Anerkennung ausgesprochen.

An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 89.

Devisenbewirtschaftung.

Zahlungsregelung für Sicherheitspolizei und SD.

RdErl. des RSHA. vom 19. 3. 1943

— II C 2⁴/Dev.St. Nr. 5632/43-290 b-1 —

(1) Vom Reichsbankdirektorium wird mitgeteilt, daß in letzter Zeit beobachtet wurde, daß Noten und Münzen einiger Länder im Reichsgebiet zum Verkauf angeboten werden, die nicht aus den betreffenden Währungsgebieten, sondern aus dritten Ländern eingeführt wurden.

(2) Es wird darauf hingewiesen, daß das RSHA. (II C 2⁴/Dev.St.), die Reichsbankanstalten und Devisenbanken zur Vermeidung unerwünschter Kursgewinne Noten und Münzen der Länder

Belgien, Bulgarien, Dänemark, Frankreich, Holland, Italien, Kroatien, Norwegen, Rumänien, Serbien, Slowakei, Türkei, Ungarn

— soweit die Noten und Münzen nicht nachweisbar rechtmäßig aus den aufgeführten Ländern eingeführt sind —, nicht ankaufen dürfen.

(3) Die Zahlungsregelungen für die Sich.Pol. u. den SD sowie für die Wehrmacht werden hiervon nicht berührt.

An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 89.

Funkentstörung von Dienstkraftfahrzeugen.

RdErl. des RSHA. vom 19. 3. 1943

— II D 3 a (7) Nr. 354/43 —

(1) Die Zündfunken der Otto-Motoren sowie die Stromabnehmer der Lichtmaschinen und Anlasser der Kraftfahrzeuge erzeugen Störungen beim Funkempfang bis zu Entfernungen von 2 km. Durch Beschaltung der Zündleitungen mit Dämpfungswiderständen, der Zündspulen und Lichtmaschinen mit Kondensatoren wird die Störfreiheitsgrenze auf etwa 30 m herabgesetzt. Diese Einfachentstörung ist bei den in letzter Zeit aus der Neuerzeugung gelieferten Kraftfahrzeugen schon durchgeführt. Die Kraftfahrzeuge sind durch ein Schild „Entstört nach Gruppe III“ gekennzeichnet.

(2) Für alle anderen Kraftfahrzeuge mit Batteriezündung hat das OKW. durch Verf. vom 22. 12. 1942 — Gen. d. Mot./Chef Inst. VI a 3 Az. 76 1 Nr. 0266, 12. 42 — die nachträgliche Einfach-

entstörung angeordnet. Hierunter fallen auch sämtliche Kraftfahrzeuge der Sich.Pol. u. des SD.

(3) Die Einsatzdienststellen der Sich.Pol. u. des SD führen die Kraftfahrzeuge den zuständigen Heereskraftfahrparks zur Entstörung zu.

(4) Die Dienststellen im Heimatgebiet, einschließlich Protektorat und Generalgouvernement, haben ihre Kraftfahrzeuge bei den zuständigen Heimatkraftfahrparks entstören zu lassen. Vordringlich sind die Kraftfahrzeuge zu entstören, die für Fronteinsatz in Frage kommen; das sind alle Pkw. über 21 Hubraum.

(5) Kann die Entstörung der Kraftfahrzeuge von den HeKP. oder HKP. wegen Überlastung nicht übernommen werden, so sind bei diesen die notwendigen Entstörmittel anzufordern und durch eigene Kräfte an Hand der Einbauanleitungen einzubauen.

(6) Da wegen der Verschiedenartigkeit der Zündsysteme, Lichtmaschinen und Anlasser kein einwandfreier Überblick über die erforderlichen Teile zu gewinnen ist, hat das OKW. als Richtsatz festgelegt, daß den Verbrauchern für je 100 zu entstörende Kraftfahrzeuge abzugeben sind:

- 550 Winkelstecker,
- 200 Kondensatoren,
- 25 Entstörmuffen,
- 100 Entstöerstecker (gerade, kurz),
- 20 Entstöerstecker (gerade, lang),
- 75 Zwischenstücke,
- 100 Entstörschilder,
- 100 Einbauanleitungen.

Die Einbauanleitungen sind in jedem Falle in den Kraftfahrzeugen aufzubewahren. Nicht benötigte Entstörmittel sind den HeKP. bzw. HKP. zurückzugeben.

(7) Kraftfahrzeuge mit Lichtmaschinen ab 300 Watt aufwärts können nur durch die HeKP. bzw. HKP. entstört werden, da die besondere Beschaltung dieser Maschinen nach der Druckvorschrift D. 963/51 erfolgen muß. Diese Druckvorschrift steht nur den Wehrmachtdienststellen zur Verfügung.

An die Sich.Pol. — Befehlsblatt S. 89.

Empfang von Frischöl für Verbrennungskraftmaschinen gegen Ablieferung von Ablauföl.

RdErl. des RSHA. vom 20. 3. 1943
— II D 3 a (4) Nr. 601/42 —

Durch die nachstehend abgedruckte Bekanntmachung der Reichsstelle für Mineralöl ist der RdErl. des RSHA. vom 17. 4. 1942 — II D 3 a (3) Nr. 601/42 — (Befehlsbl. S. 112) gegenstandslos geworden und wird hiermit aufgehoben.

An die Sich.Pol. — Befehlsblatt S. 90.

Anlage:

An alle Motorenölverbraucher!

(1) Ab 1. Januar 1943 erhalten die Verbraucher von ihren Lieferanten gegen Ablieferung von Motorenaltöl 50 % (bisher nur 40 %) Frischöl ohne Abgabe von Motorenölscheinen und ohne jede Anrechnung auf ihre Motorenöl-Zuteilung (bisher Anrechnung der Hälfte der empfangenen Frischölmenge, d. h. Anrechnung von 20 % des abgelieferten Altöls auf die Motorenöl-Zuteilung beim Wirtschaftsamt oder der sonst zuständigen Ausgabestelle für die Motorenölscheine). Praktisch ist also die Altöl-Prämie mehr als verdoppelt worden (von 20 % auf 50 %). Diese Erhöhung der Altöl-Prämie gibt dem

Verbraucher die Möglichkeit, durch Sorgfalt in der Altölsammlung und -ablieferung seine Motorenölversorgung zu verbessern und die jetzt eintretende teilweise Kürzung der Motorenöl-Zuteilung auszugleichen. Außerdem entfällt die für Verbraucher und Verteiler lästige Verbraucher-Bescheinigung über den Frischöl-Empfang.

(2) Das gesammelte Motoren-Altöl wird in Fachbetrieben zu vollwertigem Motoren-Frischöl aufgearbeitet. Die Altölsammlung erbringt also eine bedeutende Einsparung von frischem Motorenöl, dessen Herstellung aus dem Rohöl einen viel höheren Ausbeuteverlust bedingt als die Herstellung anderer Schmieröle.

(3) Wer die Sammlung und Ablieferung von Motoren-Altöl unterläßt oder Motoren-Altöl für andere Zwecke verwendet, macht sich daher nicht nur strafbar, sondern hilft dem Feind und schädigt sich selbst!

Berlin, den 1. Januar 1943.

Reichsstelle für Mineralöl.

Besuche des Chefs des SS-Personalhauptamtes bei den Dienststellen der Schutzstaffel.

RdErl. des RSHA. vom 23. 3. 1943
— I Nr. 118/43. —

Der nachstehend abgedruckte Befehl des Reichsführers-SS vom 11. 3. 1943 wird hiermit bekanntgegeben.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 90.

Anlage:

Der Reichsführer-SS

Feld-Kommandostelle, den 11. 3. 1943

An
alle Hauptamtschefs,
Höheren SS- und Polizeiführer,
SS-Oberabschnittsführer.

(1) SS-Gruppenführer u. Generalleutnant der Waffen-SS von Herff hat als Chef des SS-Personalhauptamtes das Recht, alle Dienststellen der Schutzstaffel (Allgemeine-SS, Waffen-SS, Sicherheitspolizei und Ordnungspolizei) aufzusuchen, um in persönlicher Fühlungnahme das SS-Führerkorps in seiner Tätigkeit kennenzulernen und sich über die einzelnen Arbeitsgebiete und Aufgabenbereiche zu unterrichten.

(2) Der Chef des SS-Personalhauptamtes hat von seinen beabsichtigten Besuchen die Chefs der zuständigen Hauptämter bzw. Höheren SS- und Polizeiführer und Oberabschnittsführer zu unterrichten.

Der Reichsführer-SS
H. Himmler.

Dienstaufwandsentschädigung.

RdErl. des RF/SS-ChdDtPol. i. RMdI. vom 24. 3. 1943
— S II C 2^a Nr. 5619/43-293 —

(1) Durch Erl. vom 4. 11. 1937 — S V 2 Nr. 535/37-264-2 — ist den Staatspolizei(leit)stellen-Leitern und -(Leit)stellen-Leiter-Vertretern die Genehmigung erteilt worden, die ihnen im dienstlichen Interesse erwachsenden Ausgaben unter Abgabe einer pflichtgemäßen Erklärung bis zur Höhe von

- a) bis zu 75 RM monatlich für Staatspolizei(leit)stellen-Leiter,
 - b) bis zu 50 RM monatlich für -(Leit)stellen-Leiter-Vertreter
- beim RSHA. (II C 2) zur Erstattung anzufordern.

(2) Im Interesse der Verwaltungsvereinfachung ist ab 1. 4. 1943 die Dienstaufwandsentschädigung bis zu den gleichen monatlichen Höchstbeträgen aus Kap. 14 a Tit. 23 Untert. 1 anzuweisen. Die Beträge sind ohne Bereitstellung von Mitteln zu buchen. Die für jede Kassenanschlag- oder Wirtschaftsstelle zur Verfügung stehenden Jahreshöchstsätze betragen für Staatspolizeileitstellen und gleichzuachtende Dienststellen 1500 RM, für Staatspolizeistellen und gleichzuachtende Dienststellen 900 RM.

(3) Vom 1. 4. 1943 ab kann die Dienstaufwandsentschädigung unter den gleichen Voraussetzungen auch den in Abs. (4) erwähnten Leitern der Dienststellen der Sich.Pol. u. des SD in den besetzten Gebieten gezahlt werden.

(4) Es sind in bezug auf die Zahlung der Dienstaufwandsentschädigung gleichzuachten:

- a) Staatspolizeileitstellen:
die Kommandeure der Sich.Pol. u. des SD in Krakau, Lemberg und Warschau;
- b) Staatspolizeistellen:
die Kommandeure der Sich.Pol. u. des SD in Bialystok, Lublin, Radom, Marburg/Drau und Veldes sowie die Kommandeure der Sich.Pol. in den Reichskommissariaten Ostland und Ukraine.

(5) Die Zahlung der Dienstaufwandsentschädigung an die Führer der Einsatzkommandos wird durch die in Kürze erscheinende Neufassung der VaE. (Vorschrift über den Wirtschaftsverwaltungsdienst beim auswärtigen Einsatz der Sich.Pol.) geregelt.

(6) Die Dienstaufwandsentschädigung ist am Schluß des Monats zu zahlen. Abschlagszahlungen sind künftig zur Geschäftsvereinfachung nicht mehr zu leisten. Die Abgabe einer pflichtgemäßen Versicherung durch die Empfänger ist ebenfalls nicht mehr erforderlich.

An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 90.

Beschlagnahme von Druckschriften, die nicht in die Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums eingereiht sind.

RdErl. des RSHA. vom 24. 3. 1943
— IV C 3 Nr. 4174/B —

Unter Bezugnahme auf den RdErl. vom 9. 6. 1941 — IV C 3 (neu) Nr. 4174/B — (Befehlsbl. S. 103) werden folgende Druckschriften mitgeteilt, die ohne Einreihung in die Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums zu beschlagnahmen und einzuziehen sind:

- Krischtschian, Dr. M.: „Deutschland und die Ausrottung der Armenier in der Türkei“, Missionshandlung und Verlag Potsdam, 1930;
- Lepsius, Dr. Johannes: „Der Todesgang des armenischen Volkes“, Missionshandlung und Verlag Potsdam, 1930;
- v. Baravalle, Dr. Hermann: „Zahlen für Jedermann“, Franckh'sche Verlagshandlung, Stuttgart;
- Baumgartner, Franz: „Grenzsetzungskunde“, Verlag Kurt Vowinkel, Heidelberg;
- Fröschel, Georg: „Der Richter ohne Gnade“, Ullstein-Verlag, Berlin;
- Löffler, Paul Rudolf: „Michael Mucha's Heimland“, Verlag L. Heege, Schweidnitz, 1926;
- Lux, C.E.G.: „Rezeptierbuch der Iso-Komplex-Heilweise, Johannes Sonntag-Verlagsbuchhandlung, Regensburg. 4. Aufl. 1941;

Wyrobek, Prof. Emil: „W krainie wiedzy“ („Im Lande der Wissenschaft“);
— „Weltliteratur der Gegenwart 1890—1931“ I. u. II. Band, Sieben-Stäbe-Verlag, Berlin 1931.

An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 91.

Verbot einer inländischen Druckschrift.

RdErl. des RFuChdDtPol. i. RMdI. vom 24. 3. 1943
— S IV C 3 Nr. 3360/B —

Im Einvernehmen mit dem Reichsmin. f. Volksaufklärung u. Propaganda wird auf Grund des § 1 der VO. des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. 2. 1933 bis auf weiteres im Inlande die Verbreitung der Schrift:

„Eiserne Garde“, von Codreanu, Brunnen-Verlag W. Bischoff, Berlin 1939,

verboten.

An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 91.

Verbot ausländischer Druckschriften.

RdErl. des RFuChdDtPol. i. RMdI. vom 24. 3. 1943
— S IV C 3 Nr. 8281/E —

Im Einvernehmen mit dem Reichsmin. f. Volksaufklärung u. Propaganda wird auf Grund des § 1 der VO. des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. 2. 1933 bis auf weiteres im Inlande die Verbreitung der Schriften

von J. Mussard

1. „Neu Wege — Versuch zur Formulierung des modernen Sozialismus“, Unionsdruck Schaffhausen;

2. „Geld“, 1940, Schriftenreihe der Schweizer Bauernheimatbewegung,

sowie sämtlicher Schriften der Unionsdruckerei A.G., Schaffhausen,

verboten.

An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 91.

Verwaltungslehrlinge bei der Sicherheitspolizei.

RdErl. des RSHA. vom 25. 3. 1943
— I A 2 b Nr. 18 112/43 —

(1) Die Bestimmungen der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Anwärter des staatlichen gehobenen Verwaltungsdienstes (Anlage 1 zum RdErl. des RFuChdDtPol. i. RMdI. vom 16. 8. 1939 — O. VuR. Org. 1112-39 — [MBliV. S. 1747 ff.]) sind, soweit sie die Einstellung von Verwaltungslehrlingen betreffen, ab sofort nicht mehr auf die Sich.Pol. anzuwenden.

(2) Der RdErl. des ChdSPudSD. vom 9. 2. 1940 — I C (a) 1 Nr. 91/40 — (nicht veröffentl.) gilt daher nur noch mit der Einschränkung, daß Verwaltungslehrlinge bei der Sich.Pol. ab sofort nicht mehr eingestellt werden.

An Sich.Pol. — Befehlsblatt S. 91.

Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums.

RdErl. des RSHA. vom 25. 3. 1943
— IV C 3 —

Unter Bezugnahme auf den RdErl. vom 23. 5. 1940 (Befehlsbl. S. 37) werden folgende neue Einreihungen mitgeteilt:

Gernat, Alfred: „Sieh Dir die Handschrift an“, Verlag Alois Göschl, Wien 16, Neulerchenfelder Straße 8;

Gengler, Dr. Nikolaus: „Heilige Saat — Predigt-skizzen“, Verlag Friedrich Pustet;

Flake, Otto: „Das kleine Logbuch“, Verlag S. Fischer, Berlin 1921.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 91.

Eisenbewirtschaftung — Auftragssteuerung.

RdErl. des RSHA. vom 27. 3. 1943

— II C 3 Nr. 2620/43-264-2 —

(1) Die Anordnung E 61 der Reichsstelle Eisen und Metalle über Auftragssteuerungs-Nummern vom 1. 2. 1943 (Dt. RAnz. u. Pr. Staatsanz. Nr. 26 vom 2. 2. 1943) bestimmt, daß Aufträge auf Lieferung

von Eisen- und Stahlmaterial und von Fertigerzeugnissen, die ganz oder teilweise aus Eisen oder Stahl bestehen, vom 1. April 1943 ab nur erteilt und angenommen werden dürfen, wenn das Auftrags-schreiben mit einer Auftragssteuerungs-Nummer (ASt.-Nr.) versehen ist.

(2) Die Dienststellen der Sich.Pol. u. des SD haben bei Auftragserteilungen der vorgenannten Art ab sofort die Auftragssteuerungs-Nummer 5260 zu verwenden.

(3) Wegen der Beantragung von Eisenkontingen-ten wird im übrigen auf die RdErl. vom 26. 9. 1942 (Befehlsbl. S. 286) und vom 3. 11. 1942 (Befehlsbl. S. 335) verwiesen

An Sich.Pol. u. SD.

(ohne Krim.Pol., jedoch mit KPLSt. Prag u. Bränn).

— Befehlsblatt S. 92.

Geheime Staatspolizei

Erteilung von Sprecherlaubnis an Angehörige von Schutzhäftlingen in Konzentrationslagern bzw. an Rechtsanwälte in Sonderfällen.

RdErl. des RSHA. vom 20. 3. 1943

— IV C 2 Allg. Nr. 43 068 —

(1) Die Erteilung von Sprecherlaubnis an Angehörige usw. von in Konzentrationslagern befindlichen Schutzhäftlingen ist, soweit dies nicht durch nachfolgende Sonderbestimmungen nachgelassen, ausnahmslos dem Geh. Staatspolizeiamt (Ref. IV C 2) vorbehalten. Daher sind alle unmittelbar bei den Einweisungsstellen eingehenden Anträge mit entsprechender Stellungnahme zu den betreffenden Aktenzeichen hierher einzureichen.

(2) Angehörige, die persönlich vorstellig werden, sind schon mit Rücksicht auf die schwierigen Verkehrsverhältnisse und zur Vermeidung unnötiger Reisekosten für den Fall, daß ihrem Antrag nicht stattgegeben werden kann, nicht — wie in einzelnen Fällen geschehen — an die Konzentrationslager bzw. hierher zu verweisen, sondern dahingehend zu bescheiden, einen begründeten Antrag entweder schriftlich beim Geh. Staatspolizeiamt oder bei der Einweisungsstelle, die ihn mit Stellungnahme hierher weiterleitet, einzureichen und Bescheid abzuwarten. In besonders eiligen Fällen können die Antragsteller ihr Anliegen ausnahmsweise bei der Einweisungsstelle zu Protokoll geben. In diesem Falle kann die Entscheidung alsdann auf fernschriftlichem Wege nachgesucht werden.

(3) Ich weise in diesem Zusammenhang noch besonders ausdrücklich darauf hin, daß Sprecherlaubnis im allgemeinen nur beim Vorliegen eines wichtigen und dringenden Grundes, der durch einen Briefwechsel nicht immer geklärt werden kann, erteilt wird.

Sonderregelung.

I. Fronturlauber.

(4) Um Fronturlaubern die Möglichkeit zu geben, ohne weitere Verzögerung ihren im Konzentrationslager befindlichen Angehörigen zu sprechen, wird im Einvernehmen mit dem W-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt, Amtsgruppe D — Konzentrationslager —, folgendes angeordnet:

1. Fronturlaubern, die sich durch Vorlage ihres Urlaubsscheins als solche einwandfrei ausweisen,

ist bei unmittelbarer Vorsprache beim Konzentrationslager Sprecherlaubnis mit ihren Angehörigen durch den Lagerkommandanten zu gewähren, sofern nicht besondere Bedenken, die gegebenenfalls durch Anruf oder sofort vorzulegendes Fernschreiben zu klären sind, bestehen. In jedem Falle ist nachträglich unter Angabe der Personalien des Urlaubers und des Häftlings sowohl hierher und an die Einweisungsstelle zu den betreffenden Aktenzeichen als auch dem W-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt, Amtsgruppe D — Konzentrationslager —, Mitteilung zu geben.

2. Alle anderen Militärurlauber sind auf den vorgeschriebenen Weg zu verweisen.

II. Rechtsanwälte.

(5) Rechtsanwälten, die Schutzhäftlinge in einem bei einem Sondergericht anhängigen Strafverfahren vertreten, kann, wenn sie entsprechende Unterlagen einreichen, bei persönlichem Vorsprechen Sprecherlaubnis vom Lagerkommandanten in eigener Zuständigkeit erteilt werden, da die Verteidigung vor dem Sondergericht eine notwendige ist und die Termine meist so kurzfristig angesetzt sind, daß die hiesige Genehmigung nicht mehr eingeholt werden kann. Die Lagerkommandanten sind gehalten, auch in diesen Fällen dem Geh. Staatspolizeiamt (IV C 2), den Einweisungsstellen und dem W-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt, Amtsgruppe D — Konzentrationslager —, nachträglich Mitteilung zukommen zu lassen.

(6) Sofern derartige Anträge von Rechtsanwälten nebst den entsprechenden Unterlagen bei den Einweisungsstellen eingereicht oder vorgelegt werden, kann die Genehmigung in eigener Zuständigkeit auch von dort erteilt werden. Die Lagerkommandanten sind jeweils unter Hinweis auf diesen Erlaß sofort fernschriftlich entsprechend in Kenntnis zu setzen. Den Rechtsanwälten ist eine Bescheinigung, die Grund und Dauer der Unterredung zu enthalten hat, zur Vorzeigung bei den Lagerkommandanten auszuhändigen.

(7) Die Erlasse

1. Pr. Geh. Staatspolizei — Geh. Staatspolizeiamt — Abt. III vom 3. 6. 1937 — B. Nr. Versch. 648 III H —, betr. Sprecherlaubnis für Schutzhaft-gefangene in Konzentrationslagern,

2. Geh. Staatspolizei — Geh. Staatspolizeiamt — vom 28. 4. 1939 — II D Allg. Nr. 39 048 —, betr. Sprech-erlaubnis für Schutzhäftlinge in den Konzen-trationslagern in Sonderfällen,

3. RSHA. vom 12. 7. 1940 — IV C 2 Allg. Nr. 40 450-NU 127 343 —, betr. Erteilung von Sprecherlaubnis, werden hiermit aufgehoben.

An die Geh. Staatspolizei.

— Befehlsblatt S. 92.

Reichskriminalpolizei

Vereinheitlichung der Waffenausrüstung der staat-lichen Kriminalpolizei.

RdErl. des RSHA. vom 20. 3. 1943

— V A 1 a Nr. 946/41 V —

(1) Ich ersuche um Bericht über die bei den Kri-minalpolizei(leit)stellen und Krim.Abteilungen (ein-

schließlich Neben- u. Außendienststellen) vorhandene Waffenausrüstung. Die Angabe der Nummern der Dienstwaffen ist nicht erforderlich; es genügt die zahlenmäßige Nachweisung der vorhandenen Fabrikationssysteme.

(2) Als Stichtag gilt der 10. 4. 1943.

An die Staatl. Kriminalpolizei. — Befehlsblatt S. 93.

Genheiten

SD die Bestimmungen des gemeinsamen RdErl. vom 2. 11. 1936 (RFinBl. S. 148) Anwendung zu finden, d. h.

a) SD-Angehörigen, die sich im Sinne der Ziff. 3 c und e ausweisen, ist im Rahmen des Erlasses Auskunft zu erteilen.

b) Soweit sie Auskunft verlangen, ohne sich als auskunftsberechtigt ausweisen zu können, sind sie auf den durch den Erlaß geregelten Weg der Erlangung von Auskünften zu verweisen.

2. Einzelne SD-Führer sind außer mit SD (//)-Ausweis auch mit Dienstausweis der Geh. Staatspolizei ausgestattet. Sie gelten insoweit als Beauftragte der Geh. Staatspolizei und sind daher berechtigt, auf grenzpolizeilichem Gebiet gemäß Ziff. II Abs. 1 und III, 1 der Vereinbarung (Erl. O 3041-793 II (GIZ) vom 27. 1. 1938) Auskunft zu verlangen.

Anlage 2:

Der Reichsminister der Finanzen

O 3041-2013 VI

Berlin W 8, 28. 5. 1940
Wilhelmplatz 1/2

Betrifft: SD.

Im Anschluß an meinen Erl. vom 15. 10. 1938 — O 3041-1105 VI — betr. Erteilung von Auskünften an Angehörige des SD weise ich hinsichtlich der Aufgaben und Tätigkeit des SD auf die RdErl. des RMdI. vom 11. 11. 1938 (MBliV. S. 1906) und vom 8. 5. 1940 (MBliV. S. 891) hin.

Verschiedenes

Wohnungsfürsorge.

RdErl. des RSHA. vom 25. 3. 1943

— II C 3 Nr. 1309/42 —

Im Anschluß an den RdErl. vom 5. 11. 1942 (Be-fehlsbl. S. 345) gebe ich nachstehende Wohnungs-ausgesuche bekannt:

94. Gesucht wird 4—5-Zim.Wohnng. mit Bad u. Zen-tralheizg. in Berlin, Miete bis etwa 130 RM. Geboten 3-Zim.Wohnng. mit Diele, Bad, 2 Bal-konen, Warmwasser u. Zentralheizg. in Düs-seldorf, Miete 90 RM.

95. Gesucht wird 3—3½ Zim.Wohnng. mit Bad in Berlin oder nähere Umgebung. Geboten wird 3-Zim.Wohnng. mit Balkon in Chemnitz, Miete 42,50 RM.

96. Gesucht wird 3-Zim.Wohnng. in Berlin, Miete

etwa 100 RM. Geboten 2-Zim.Wohnng. mit Bad in Allenstein, Miete 41,50 RM.

97. Gesucht wird 4—4½-Zim.Wohnng. mit Zentral-heizg. in Berlin. Geboten wird 3-Zim.Wohnng. (Neubau) mit Mansarde, Balkon, Kachelbad, Warmwasser in Hildesheim, Miete 75 RM.

98. Gesucht wird 4—5-Zim.Wohnng. mit Bad u. Mädchenkammer in Berlin. Geboten wird 6-Zim.Wohnng. in Breslau.

99. Gesucht wird 3½-Zim.Wohnng. in Berlin, Miete bis 80 RM. Geboten wird 2-Zim.Wohnng. in Dresden N, Miete 25 RM.

100. Gesucht wird 4-Zimm.Wohnng. oder größer mit Mädchenkammer in Berlin, Miete bis 150 RM. Geboten wird 4-Zim.Wohnng. mit Balkon, Mäd-chenkammer u. Garten in Magdeburg, Miete 73,75 RM.

101. Gesucht wird 4-Zim.Wohng. oder größer in Weimar oder Berlin. Geboten wird neuhergerichtete 4-Zim.Wohng. mit Bad, Diele u. Ofenheizg. in Neustettin, Miete 80 RM.
102. Gesucht wird 2½-3-Zim.Wohng. in Berlin, Miete etwa 70 RM. Geboten wird 3-Zim.Wohng. mit Kammer in Schwerin/Meckl., Miete 52,50 RM, oder 2-Zim.Wohng. mit Zubehör in Stettin, Miete 39,60 RM. Für die letztere Wohnung kommt nur ein Reichsbediensteter in Frage.
103. Gesucht wird 4-5-Zim.Wohng. mit Bad u. Zentralheizg. in Wiesbaden. Geboten 4-Zim.Wohng. mit Bad, Zentralheizg. u. Warmwasser in Kassel, Miete 100 RM.
104. Gesucht wird 3-Zim.Wohng. mit Bad in Kaiserslautern. Geboten 3-Zim.Wohng. ohne Ofen mit Kachelbad in Ober-Rhld., Miete 68,60 RM.
105. Gesucht wird 2-Zim.Wohng. mit Bad u. Zentralheizg. in Kaiserslautern. Geboten 2-Zim.Wohng. mit Bad, Zentralheizg. u. Warmwasser in Frankfurt/Main, Miete 68 RM.
- An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 93.

Verlust von Dienstaussweisen.

Der am 19. 2. 1941 für **SS-Obersturmführer** Dr. Alfred Erb, geb. 29. 7. 1916, erstellte rote Dienstaussweis Nr. 644/41 ist verlorengegangen. Bei Auffindung wird um umgehende Rückgabe an das Ref. I A 5 des RSHA. gebeten.

(I A 5 d Az: PA 7756/40) — Befehlsblatt 1943 S. 94.

Der am 19. 6. 1940 erstellte vorläufige **SS-Aussweis** Nr. VHA 2008 mit dem Dienstgrad Staffei-Scharführer für Erich Gnewuch, geb. 9. 11. 1903, dessen Gültigkeit am 15. 1. 1941 abgelaufen war, ist verlorengegangen. Bei Auffindung wird um umgehende Rückgabe an das Ref. I A 5 des RSHA. gebeten.

(I A 5 d Az: 199)

— Befehlsblatt 1943 S. 9

Der am 1. 1. 1942 für **SS-Obersturmführer** Franz Grünzfelder, **SS**-Nr. 67 831, erstellte rote Dienstaussweis Nr. 25 022/42 ist verlorengegangen. Bei Auffindung wird um umgehende Rückgabe an das Ref. I A 5 des RSHA. gebeten.

(I A 5 d Az: 4924)

— Befehlsblatt 1943 S. 9

Der am 10. 3. 1941 für den Angestellten Franz Kraus, geb. 21. 6. 1906, erstellte rote Dienstaussweis ist verlorengegangen. Bei Auffindung wird um umgehende Rückgabe an das Ref. I A 5 des RSHA. gebeten.

(1) Postsendungen nach Marburg a. d. Lahn oder Marburg a. d. Drau werden in der Anschrift vielfach nur mit der einfachen Ortsbezeichnung „Marburg“ versehen.

(2) Zur Vermeidung der Fehlleitung von Postsendungen wird darauf hingewiesen, daß diese Städte die amtliche Bezeichnung Marburg a. d. Lahn und Marburg a. d. Drau führen.

(II A 1 Nr. 174/43)

— Befehlsblatt 1943 S. 94.

Personalmitteilungen

Reichssicherheitshauptamt.

Eingesetzt als Amtschef VI: **SS-Standartenführer** Ob.Reg.Rat Schellenberg.

Abgeordnet: **SS-Obersturmbannführer** Ob.Reg.Rat Dr. Leiterer (bisher beauftr. m. d. komm. Leitung des Landratsamtes in Heiligenstadt) zum RSHA.-I; **SS-Sturmbannführer** Pol.Rat Gottwald zum Befh. Kiew.

Die Abordnung des **SS-Sturmbannführers** Reg.Rat Gottstein zum Befh. Metz ist aufgehoben worden.

Versetzt: **SS-Sturmbannführer** Reg.Rat Dr. Scheffe zur KPLSt. Berlin als Leiter.

Inspekture, Kommandeure, Einsatzgruppen u. -Kommandos der Sich.Pol. u. des SD.

Versetzt: **SS-Standartenführer** Oberst d. Pol. Werner (bisher Insp. Stettin) zum RSHA. als Vertr. des Amtschefs V;

SS-Sturmbannführer Reg.Rat Dr. Altenloh zum RSHA. unter Entbindung von den Dienstgesch. als Kdr. in Bialystok.

Bestellt als Beauftr. des ChdSPudSD beim Kommandierenden General der Sicherungstruppen u. Befehlsh. des Heeresgebietes Mitte unter Übertragung der Führung der E-Gr. B: **SS-Standartenführer** Oberst der Pol. Böhme.

SS-Brigadeführer Gen.Maj. d. Pol. Naumann übernimmt nach Übergabe der Dienstgesch. der E-Gr. B wieder die Dienstgesch. als Insp. in Berlin.

Die Abordnung des **SS-Sturmbannführers** Reg.-Rat Holste (Stapoleitst. Berlin) zur E-Gr. D ist aufgehoben worden.

Staatspolizei(leit)stellen.

Beauftragt: **SS-Hauptsturmführer** Reg.Rat Dr. Dörnte m. d. komm. Leitung der Stapost. Bremen

Abgeordnet mit dem Ziele der Versetzung: die **SS-Sturmbannführer** Reg.Räte Jacob (RSHA.) Dresden als Vertr. des Leiters u. Kuhlewinski (Köln) n. München.

SD.

Versetzt: **SS-Sturmbannführer** Hermann Henschel zum SD-LA. Dresden; die **SS-Hauptsturmführer** Karl Bockardt zum RSHA. III u. Herbert Knöpfel zum SD-A. Braunschweig; **SS-Obersturmführer** Helmut Hirth zur Verbindungsstelle zur Dtsch. Bücherei in Leipzig; **SS-Untersturmführer** Dr. Max Lach zum SD-LA. Danzig.

Kommandiert: **SS-Untersturmführer** Georg Heuchert zum RSHA.-VII (Rückkommandierung). Ernannt: **SS-Obersturmführer** Kurt Höhn zum ASD-Leiter beim SD-LA. Posen.

Im Wehrdienst oder im auswärtigen Einsatz.

Ernannt zum Hilfskrim.Kommissar: Krim.Komm.Anw. Hans Wirsching (KPSt. Nürnberg); zum Krim.Ob.Sekr.: Krim.Sekr. Paul Grafunder (KPLSt. Berlin).

— Befehlsblatt 1943 S. 94.

Befehlsblatt

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 16

Berlin, den 9. April 1943

4. Jahrgang

— Diese Nummer erscheint nur als Ausgabe A —*)

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitspolizei u. SD. RdErlasse v. 1. 3. 1943 —
A. Prüfungsamt der Sich.Pol. u. des SD. S. 95. —
B. Archiv für Prüfungsaufgaben der Sich.Pol. u. des

SD. S. 95. — C. Prüfungsordnung der Sich.Pol.
S. 95. — D. Prüfungsfächer der Fachgruppen in
der Sich.Pol. S. 101.

Sicherheitspolizei und SD

A.

Prüfungsamt der Sicherheitspolizei und des SD.

RdErl. des RFuChdDtPol. i. RMdI. vom 1. 3. 1943
— S I B 2 c Nr. 6538/42-513-11⁰² —

(1) Um die Prüfungsangelegenheiten sämtlicher Fachgruppen der Sich.Pol. und des SD einheitlich zu regeln, ist beim Chef der Sich.Pol. u. des SD ein Prüfungsamt zu errichten, das die Bezeichnung Prüfungsamt der Sicherheitspolizei und des SD trägt.

(2) Mit der Leitung des Prüfungsamtes beauftragt ich den Gruppenleiter I B des RSHA.

(3) In das Prüfungsamt sind u-Führer der Sich.Pol. und des SD zu berufen, die sich auf dem Gebiet der Erziehung und Ausbildung besonders bewährt haben und deren Fähigkeiten und Kenntnisse den Anforderungen der fachlichen Ausbildung der einzelnen Fachgruppen entsprechen.

(4) Die Mitglieder des Prüfungsamtes sind von dem Chef der Sich.Pol. u. des SD auf die Dauer von fünf Jahren durch Urkunde zu bestellen. Sie sind sachlich dem Leiter des Prüfungsamtes unterstellt, der ihnen die für ihre Verwendung und Mitarbeit erforderlichen Weisungen erteilt.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 95.

B.

Archiv für Prüfungsaufgaben der Sicherheitspolizei und des SD.

RdErl. des RFuChdDtPol. i. RMdI. vom 1. 3. 1943
— S I B 2 c Nr. 6538/42-513-11⁰² —

(1) Um die Gleichmäßigkeit der Anforderungen in den Prüfungen der Angehörigen sämtlicher Fach-

*) Abdrucke dieser Nummer können in beschränktem Umfange vom RSHA. (I B 2 c) bezogen werden.

gruppen der Sich.Pol. und des SD zu gewährleisten, ist im Prüfungsamt der Sich.Pol. und des SD ein Aufgabenarchiv zu errichten, mit dessen Ausbau und Leitung der Leiter des Prüfungsamtes einen geeigneten u-Führer der Sich.Pol. oder des SD bestimmt.

(2) Zur ständigen Erweiterung und Ergänzung des Archives sind die u-Führer der Sich.Pol. und des SD heranzuziehen, die sich in der Ausbildung, im Unterricht und im praktischen Dienst besonders bewährt haben. Sie unterstehen zu diesem Zweck sachlich den Weisungen des Leiters des Prüfungsamtes bzw. des Leiters des Aufgabenarchives.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 95.

C.

Prüfungsordnung der Sicherheitspolizei.

RdErl. des RFuChdDtPol. i. RMdI. vom 1. 3. 1943
— S I B 2 c Nr. 6538/42-513-11⁰² —

(1) Die nachstehend abgedruckte „Prüfungsordnung der Sicherheitspolizei“ vom 1. 3. 1943 tritt mit sofortiger Wirkung für sämtliche Fachgruppen der Sich.Pol. in Kraft und ist für alle hiernach beginnenden Lehrgänge anzuwenden.

(2) Sie gilt gleichfalls ohne Einschränkung für den Sicherheitsdienst des RFu (SD) von dem Zeitpunkt ab, mit dem die mir im Entwurf bereits vorgelegten und von mir genehmigten Laufbahnrichtlinien über die Unterführer- und Führerlaufbahn der Sich.Pol. u. des SD veröffentlicht werden und Wirkung erhalten.

(3) Der RdErl. vom 30. 11. 1938 — S V 5 Nr. 2877/37-420-2 — (MBliV. S. 2115), betr. „Prüfungsordnung für die an der Führerschule der Sich.Pol. und der ihr angegliederten Kriminalfachschule vorgesehenen Abschlußprüfungen“ wird hiermit aufgehoben.

An Sich.-Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 95.

Prüfungsordnung der Sicherheitspolizei

Voranstellung

Mit der Wandlung des Staatscharakters und der Struktur des völkischen Lebens nach der Machtübernahme und der damit auch veränderten Aufgabe der Sicherheitspolizei mußte diese in ihrer Entwicklung einen Weg gehen, auf welchem sie aus dem unpersönlichen Werkzeug einer Staatsführung vergangener Zeiten zum Sicherer der Gemeinschaft und Vollstrecker ihres durch die Staatsführung gegebenen Willens wurde. Mit diesem gleichlaufenden Wandel der Aufgaben treten an den Angehörigen der Sicherheitspolizei Anforderungen heran, die von jedem einzelnen, auch auf scheinbar unbedeutendem Posten, bis zum $\S\S$ -Führer in leitender Stellung den ganzen Menschen verlangen. Er soll nicht nur über ein ungewöhnliches Maß an Allgemeinwissen, Fachwissen und Können verfügen, seine hervorstechende Stellung in der Volksgemeinschaft verlangt von ihm in erster Linie eine untadelhafte Haltung, einwandfreie Lebensführung und bedingungslosen Einsatz.

Diese Forderungen waren daher für die nachstehende Prüfungsordnung richtunggebend. Aus dem gleichen Grunde finden die Bestimmungen der Prüfungsordnung, die das umfangreiche Gebiet aller mit dem Prüfungswesen verbundenen Fragen aus der Erfahrung heraus in fest umrissener Form regeln, für alle Laufbahnen in der Sicherheitspolizei gleichmäßig Anwendung, soweit nicht besondere Regelungen mit Rücksicht auf die fachliche Verschiedenheit einzelner Laufbahnen vorgeschrieben wurden.

Inhaltsübersicht.

	Seite		Seite
§ 1. Theoretische Ausbildung	96	§ 14. 6-Wochen-Arbeit	98
§ 2. Auslese	96	§ 15. Weiterleitung der Aufgaben an den Kommandeur der Schule — Geheimhaltung ihres Inhaltes —	98
§ 3. Form und Inhalt der Beurteilung	96	§ 16. Schriftliche Prüfung	99
§ 4. Zurückstellung von der theoretischen Ausbildung	96	§ 17. Beurteilung der schriftlichen Arbeiten	99
§ 5. Zurückstellung wegen charakterlicher Mängel	97	§ 18. Die mündliche Prüfung	99
§ 6. Die Prüfung und ihre Bedeutung	97	§ 19. Bewertung der Leistungen	100
§ 7. Art der Prüfung	97	§ 20. Folgen des Nichtbestehens der Prüfung	100
§ 8. Zulassung zur Prüfung	97	§ 21. Prüfungszeugnisse und Auslesebeurteilung	100
§ 9. Folgen der Nichtzulassung	97	§ 22. Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses	100
§ 10. Prüfungsorgane	97	§ 23. Prüfungsbericht	100
§ 11. Aufgaben und Rechte des Prüfungsausschusses	97	§ 24. Benachrichtigung des Prüfungsamtes	100
§ 12. Prüfungstermine	98	§ 25. Benachrichtigung der Personaldienststellen	100
§ 13. Arbeiten für die schriftliche Prüfung	98	§ 26. Erfahrungsberichte	101

§ 1

Theoretische Ausbildung.

Die Anwärter aller Laufbahnen der Sicherheitspolizei werden nach Beendigung der praktischen Ausbildung einer theoretischen Ausbildung an einer der Schulen der Sicherheitspolizei unterworfen. Sie baut auf den während der praktischen Ausbildung erworbenen Kenntnissen und Fähigkeiten als Grundlage auf, erweitert sie und rundet sie ab.

§ 2

Auslese.

(1) Die theoretische Ausbildung dient einer ständigen Auslese. Zu diesem Zweck geben die Ausbilder und Ausbildungsleiter in einer von dem Kommandeur der Schule geleiteten Besprechung über jeden Anwärter eine schriftliche Beurteilung ab. Die Besprechung und die Beurteilung sind spätestens nach einem Zeitraum von zwei Monaten für jeden Ausbildungsabschnitt fortlaufend zu wiederholen.

(2) Während der theoretischen Ausbildung sind wenigstens drei Besprechungen durchzuführen und

Beurteilungen zu fertigen, es sei denn, daß die Dauer des Ausbildungsabschnittes eine mehrmalige Beurteilung nicht möglich macht.

§ 3

Form und Inhalt der Beurteilung.

Die Beurteilung soll in kurzen Sätzen ein klares Bild von der persönlichen Haltung, den Anlagen, Fähigkeiten und dem fachlichen Können des Auszubildenden abgeben und vorhandene Schwächen herausstellen. Sie soll klar zum Ausdruck bringen, ob zu erwarten ist, daß er das Ziel der Ausbildung erreichen wird.

§ 4

Zurückstellung von der theoretischen Ausbildung.

(1) Bestehen nach einer Beurteilung Zweifel darüber, ob der Auszubildende nach seinen geistigen Anlagen und seinen fachlichen Kenntnissen das Ziel der Ausbildung erreichen wird, so ist er nach der Entscheidung des Kommandeurs der Schule von der

theoretischen Ausbildung zurückstellen und einer nochmaligen praktischen Ausbildung zu unterwerfen. Die Wiederholung der Ausbildung darf die für die Laufbahn vorgesehene Dauer der praktischen Ausbildung nicht übersteigen. Sie muß mindestens die Hälfte ihrer Dauer betragen.

(2) Muß der Anwärter nach erneuter Zulassung nochmals von der theoretischen Ausbildung zurückgestellt werden, so ist eine weitere Verlängerung der praktischen Ausbildung unzulässig. Bewerber aus freien Berufen sind danach ausnahmslos zu entlassen, beamtete Bewerber als Anwärter für die nächst höhere Laufbahn zu streichen. Gehört der beamtete Bewerber nicht der Sicherheitspolizei an, so ist er seiner Behörde wieder zur Verfügung zu stellen.

(3) Die Entscheidung des Kommandeurs der Schule über die Zurückstellung und die Dauer der zu wiederholenden Ausbildung ist unabänderlich und für alle beteiligten Dienststellen bindend.

§ 5

Zurückstellung wegen charakterlicher Mängel.

Ein Teilnehmer an der theoretischen Ausbildung, der wegen Mängel in seiner persönlichen Haltung zurückgestellt werden muß, ist aus der Sicherheitspolizei zu entfernen. Besondere Fähigkeiten und Anlagen sind bei der Entscheidung über seine Zurückstellung nicht zu berücksichtigen.

§ 6

Die Prüfung und ihre Bedeutung.

(1) Die theoretische Ausbildung schließt mit einer Prüfung ab. Die Prüfung bildet den Abschluß der für alle Laufbahnen der Sicherheitspolizei vorgesehenen Ausbildung. Sie ist der Wertmesser für die Leistungsfähigkeit und Eigenschaften des Prüflings in charakterlicher und fachlicher Hinsicht. Der Prüfling hat unter Beweis zu stellen, ob er nach seiner weltanschaulichen Haltung, nach seinem Können und Wissen fähig ist, seine Aufgaben als H- Unterführer oder H- Führer in der Sicherheitspolizei zu erfassen und den hohen Anforderungen, die in dieser Eigenschaft an ihn gestellt werden, ohne jede Einschränkung verantwortungsfreudig gerecht zu werden.

(2) Mit der Forderung nach Höchstleistung soll die Prüfung gleichzeitig zur Auslese der Besten dienen.

§ 7

Art der Prüfung.

(1) Die Leistungen der Auszubildenden werden in einer schriftlichen und einer mündlichen Prüfung festgestellt. Die schriftliche Prüfung geht der mündlichen voraus; zwischen ihnen soll ein Zeitraum von nicht weniger als vier Wochen liegen.

(2) die mündliche Prüfung ist insofern öffentlich, als es den Teilnehmern an der theoretischen Ausbildung für die Führerlaufbahn des Vollzugsdienstes und des Verwaltungsdienstes, die noch nicht zu einer Prüfung zugelassen sind, gestattet ist, in beschränkter Anzahl als Zuhörer an der Prüfung teilzunehmen. Die Dienststellenleiter, die die praktische Ausbildung des Nachwuchses bis zu ihrer Abordnung zur theoretischen Ausbildung beaufsichtigen, sollen in einem Zeitraum von vier Jahren mindestens einmal einer Prüfung als Zuhörer beizuwohnen. Ihre hierbei gemachten Erfahrungen haben sie bei der Ausbildung des Nachwuchses nutzbringend zu verwerten.

§ 8

Zulassung zur Prüfung.

(1) Die Zulassung ist abhängig von dem Ergebnis der Schlußbeurteilung, die sechs Wochen vor Beginn der Prüfung durchzuführen ist. In der Schlußbeurteilung sind die über die Ausbildungsteilnehmer bis dahin abgegebenen Urteile zusammenzufassen. Die Vorschriften der §§ 2, 3 gelten entsprechend.

(2) Der Kommandeur übersendet die Schlußbeurteilungen in doppelter Ausfertigung mit den Personalakten der Ausbildungsteilnehmer dem Prüfungsamt. Das Prüfungsamt entscheidet auf Grund dieser Unterlagen über die Zulassung zur Prüfung. Den Bescheid an den Prüfling über seine Zulassung oder Zurückstellung erteilt das Prüfungsamt über den Kommandeur der Schule. Sie ist dem Ausbildungsteilnehmer durch den Kommandeur auszuhändigen.

(3) Die Zweitschrift der Schlußbeurteilung sowie eine Abschrift über die Zulassung oder Zurückstellung sind zu den Personalakten des Ausbildungsteilnehmers zu nehmen.

§ 9

Folgen der Nichtzulassung.

(1) Das Prüfungsamt entscheidet über die Dauer der zu wiederholenden praktischen Ausbildung, falls ein Ausbildungsteilnehmer nicht zur Prüfung zugelassen wird. Die Vorschriften des § 4 finden sinngemäß Anwendung. Die Entscheidung des Prüfungsamtes ist für alle beteiligten Dienststellen bindend und unabänderlich. Sie ist zum Inhalt der Mitteilung an den Ausbildungsteilnehmer über seine Zurückstellung zu machen.

(2) Der Ausbildungsteilnehmer ist vom Kommandeur der Schule ohne Verzug nach der Dienststelle in Marsch zu setzen, der er während seiner praktischen Ausbildung angehörte. Der Zeitpunkt der Inmarschsetzung ist dem Prüfungsamt mitzuteilen.

§ 10

Prüfungsorgane.

(1) Die Prüfung wird von einem Prüfungsausschuß abgenommen, dessen Mitglieder H- Führer der Sicherheitspolizei sind, welche dem Prüfungsamt angehören. Die Auswahl der Mitglieder trifft der Leiter des Prüfungsamtes.

(2) Der Prüfungsausschuß besteht aus dem Vorsitzenden, dem Kommandeur der Schule oder dem von ihm als Vertreter bestimmten Leiter des Ausbildungsabschnittes und einem weiteren H- Führer der Sicherheitspolizei. Der Leiter der Gruppe Nachwuchs, Erziehung und Ausbildung kann von Fall zu Fall einen H- Führer seiner Gruppe als weiteres Mitglied für den Prüfungsausschuß bestimmen, damit ein ständig fördernder Einklang zwischen der Anforderung, die an den Prüfling gestellt wird, und seiner Ausbildung und Schulung gewährleistet ist¹⁾.

§ 11

Aufgaben und Rechte des Prüfungsausschusses.

Abgesehen von den dem Prüfungsamt zustehenden Aufgaben wird die Prüfung vom Vorsitzenden unter

¹⁾ Der betreffende H- Führer hat zu diesem Zweck an den Leiter der Gruppe Nachwuchs, Erziehung und Ausbildung über seine bei der Prüfung gemachten Erfahrungen einen Erfahrungsbericht abzugeben.

Hinzuziehung der Fachlehrer der Schule durchgeführt. Er leitet die Prüfung und trifft die für ihren ordnungsmäßigen Ablauf erforderlichen Anordnungen, die für alle Mitglieder des Ausschusses bindend sind. Er sorgt dafür, daß die Prüfungen nur in geeigneter Weise befragt werden. Sein Urteil über die Fähigkeiten und Leistungen eines Prüflings ist maßgebend für die Bewertung in den einzelnen Prüfungsfächern und für die Fassung der Endbeurteilung, falls im Prüfungsausschuß hierüber kein einheitliches Urteil erzielt werden kann. Die übrigen Mitglieder des Prüfungsausschusses haben den Vorsitzenden in der Erfüllung seiner Aufgaben als Berater und Helfer zu unterstützen. Sie sind unbeschadet der dem Vorsitzenden eingeräumten Rechte in ihrem Urteil über die Prüflinge frei und selbständig.

§ 12

Prüfungstermine.

Das Prüfungsamt setzt die Termine für die schriftliche und mündliche Prüfung fest und teilt sie dem von ihm bestellten Prüfungsausschuß sowie dem Kommandeur der betreffenden Schule mit. Als Ausgangspunkt für die Festsetzung der Termine gilt der letzte Tag des theoretischen Ausbildungsabschnittes²⁾.

§ 13

Arbeiten für die schriftliche Prüfung.

Die Aufgaben für die schriftliche Prüfung stellt das Prüfungsamt. Es bestimmt ferner die Hilfsmittel, die für die Anfertigung der Arbeiten benutzt werden dürfen. Es können verschiedene Themen aus den Prüfungsfächern, in denen die schriftliche Prüfung durchgeführt wird, zur Auswahl gestellt werden. Die Aufgaben sind dem Aufgabenarchiv des Prüfungsamtes zu entnehmen, auch sollen die Mitglieder des Prüfungsamtes zur Erstellung der Aufgaben herangezogen werden. Der Inhalt der Aufgaben soll lebensnahe sein und dem Sachverhalt nach den Belangen des praktischen Dienstes entsprechen. In der Schwierigkeit ihrer Lösung müssen sie den Anforderungen gleichkommen, die an den Bearbeiter in seiner Laufbahn herangetragen werden. Um ihren Wert als Prüfungsaufgaben zu wahren, darf keine Aufgabe gewählt werden, die bereits in einer Prüfung bearbeitet worden ist oder ihrem Inhalt nach einer solchen nahekommt.

§ 14

6-Wochen-Arbeit.

(1) Neben den vom Prüfungsamt bestimmten Aufgaben haben die Angehörigen der Führerlaufbahn des Vollzugsdienstes und des Verwaltungsdienstes in der zweiten Hälfte des Ausbildungsabschnittes innerhalb sechs Wochen eine häusliche Arbeit anzufertigen, die als Prüfungsarbeit gewertet wird. Sie können die zur Bearbeitung kommenden Aufgaben selbst oder mit Hilfe eines Fachlehrers auswählen. Die Themen müssen grundlegende oder strittige Fragen aus dem Gebiet Volk, Staat und Recht, aus den Fachgebieten oder aus dem Gebiet der Weltanschauung und des Allgemeinwissens aufwerfen. Ihre Lösung soll an das Verständnis und das Geschick des Bearbeiters besondere Anforderungen stellen.

(2) Das gewählte Thema hat der Ausbildungsteilnehmer über seinen Ausbildungsleiter schriftlich dem Kommandeur zu melden. Der Ausbildungsleiter hat dafür zu sorgen, daß nicht gleiche oder ähnliche

²⁾ Siehe dazu § 7, Absatz 1.

Themen zur Auswahl gelangen, es sei denn, daß die Themen sich gegenseitig in der Behandlung des Stoffes aufbauend ergänzen. Der Zeitpunkt für die Meldung und die Abgabe der Arbeit werden vom Kommandeur der Schule befohlen. Der Befehl ist so rechtzeitig bekanntzugeben, daß den Ausbildungsteilnehmern mindestens zehn Tage für die Auswahl der Themen zur Verfügung stehen. Das Thema darf nicht mehr gewechselt werden, wenn der Kommandeur die Meldung geprüft und das Thema angenommen hat.

(3) Das Thema ist als nicht bearbeitet anzusehen, falls ein Ausbildungsteilnehmer ohne genügende Entschuldigung den Zeitpunkt zur Ablieferung der Arbeit versäumt. In diesem Falle ist er von der theoretischen Ausbildung zurückzustellen. Als genügende Entschuldigung sind nur Gründe anzusehen, die dem Ausbildungsteilnehmer nach allgemein menschlichen Erfahrungen die zeitgerechte Abgabe der Arbeit unmöglich machen.

(4) Mit der Arbeit hat der Ausbildungsteilnehmer eine ehrenwörtliche Erklärung abzugeben, daß er die Aufgabe ohne fremde Hilfe und nur unter Benutzung der in einem beigefügten Verzeichnis aufgeführten Quellen angefertigt hat.

§ 15

Weiterleitung der Aufgaben an den
Kommandeur der Schule,
Geheimhaltung ihres Inhaltes.

Die vom Prüfungsamt bestimmten Aufgaben müssen eine genaue Bezeichnung des Prüfungsfaches, des Ausbildungsabschnittes, des Prüfungstermins, der für die Bearbeitung zulässigen Zeit und der erlaubten Hilfsmittel tragen. Sie sind rechtzeitig vor Beginn der schriftlichen Prüfung dem Kommandeur zuzuleiten. Zur Geheimhaltung ihres Inhaltes ist die Versendung in versiegelten Umschlägen vorzunehmen. Die Umschläge tragen außen die Bezeichnung des Prüfungsfaches, des Ausbildungsabschnittes und des Prüfungstermins. Die Aufgaben für die einzelnen Prüfungsfächer sind voneinander getrennt zu verschließen, es sei denn, daß es sich in einem Prüfungsfach um mehrere Aufgaben handelt, die den Prüflingen zur freien Auswahl gestellt werden³⁾. Die Umschläge mit den Prüfungsaufgaben bleiben bis zu Beginn der schriftlichen Prüfung in dem jeweils entsprechenden Prüfungsfach verschlossen.

§ 16

Schriftliche Prüfung.

(1) Die Prüfungsarbeiten⁴⁾ werden unter der Aufsicht der vom Kommandeur dazu befohlenen Fachlehrer angefertigt.

(2) Die Aufgabe für das heranstehende Prüfungsfach ist dem Aufsichtsführenden durch den Kommandeur vor Beginn der für die Aufsichtsarbeit festgesetzten Zeit auszuhändigen. Der Aufsichtsführende öffnet den Umschlag erst vor den Prüflingen und gibt die Aufgabe oder die zur Wahl gestellten Themen bekannt. Die für die Bekanntgabe benötigte Zeit ist in die vom Prüfungsamt bestimmte Zeitdauer, die den Prüflingen für die Bearbeitung zur Verfügung steht, nicht einzurechnen. Beginn und Ende der Bearbeitungszeit sind den Prüflingen vom Aufsichtsführenden unter Beachtung der vom Prüfungsamt bestimmten Dauer festzusetzen. Sie sind vom Prüfling auf der Reinschrift zu vermerken.

³⁾ § 13, Satz 3.

⁴⁾ § 13.

(3) Die Prüflinge haben die Arbeiten und vielleicht gefertigte Entwürfe spätestens zum Ablauf der Bearbeitungszeit an den Aufsichtsführenden abzugeben. Der Zeitpunkt der Abgabe ist vom Aufsichtsführenden auf den einzelnen Arbeiten zu vermerken.

(4) Liefert ein Prüfling seine Arbeit mit Ablauf der Bearbeitungszeit ohne genügende Entschuldigung⁵⁾ nicht ab, so ist sie als ungenügend zu bewerten.

(5) Ein Prüfling, der sich anderer als der vom Prüfungsamt zugelassenen Hilfsmittel bedient oder sonst irgendwie zu täuschen versucht, ist nach Klärung des Sachverhaltes von der Prüfung auszuschließen. Die Prüfung gilt in diesem Falle als nicht bestanden. Weitere Entscheidungen über den Prüfling trifft der Chef der Sicherheitspolizei nach Vorbereitung durch das Prüfungsamt und den Leiter der Gruppe Nachwuchs, Erziehung und Ausbildung.

(6) Die Prüflinge sind vor Beginn der schriftlichen Prüfung von dem Aufsichtsführenden auf die Bestimmungen der Absätze vier und fünf ausdrücklich hinzuweisen.

(7) Über den Verlauf der schriftlichen Prüfung nach den vorstehenden Bestimmungen haben die Aufsichtsführenden eine kurz gehaltene Niederschrift zu fertigen, die sie ohne Verzögerung mit den abgegebenen Arbeiten dem Kommandeur der Schule übergeben.

§ 17

Beurteilung der schriftlichen Arbeiten.

(1) Die schriftlichen Arbeiten⁶⁾ sind ohne Verzögerung von den Fachlehrern zu berichtigen und zu beurteilen. Die Beurteilung gilt als Vorschlag für die endgültige Beurteilung durch den Prüfungsausschuß, dem die Arbeiten zu diesem Zweck über das Prüfungsamt zuzuleiten sind. Damit der Prüfungsausschuß sich über die Person und die bisherigen Leistungen des Prüflings unterrichten kann, fügt das Prüfungsamt den Arbeiten Abschriften der Schlußbeurteilungen bei⁷⁾.

(2) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses, besonders der Vorsitzende, dem die endgültige Beurteilung der Arbeiten zusteht⁸⁾, haben ihr Urteil, soweit es von dem der Fachlehrer abweicht, kurz zu begründen.

(3) Nach Abschluß der Beurteilung gibt der Vorsitzende die Arbeiten der Prüflinge umgehend dem Leiter des Prüfungsamtes zurück, der sie mit den Personalakten an den Kommandeur zurückleitet. Diesem sollen sie mindestens sechs Tage vor Beginn der mündlichen Prüfung wieder zur Verfügung stehen⁹⁾.

§ 18

Die mündliche Prüfung.

(1) Die mündliche Prüfung erstreckt sich auf sämtliche für die betreffende Laufbahn bestimmten Lehrfächer.

(2) Sie ist eine Verständnis- und Leistungsprüfung. Sie soll das über den Prüfling bis dahin gewonnene Urteil ergänzen und abrunden. Daneben soll dem Prüfling Gelegenheit gegeben werden, in einzelnen Fächern gezeigte Schwächen zu beseitigen und auszugleichen oder die bisher aufgewiesene Höhe

seiner Leistungen zu bestätigen. Aus diesen Gründen ist die Befreiung eines Prüflings von der mündlichen Prüfung ausgeschlossen.

(3) Die Prüfung der Anwärter des leitenden Vollzugsdienstes und des gehobenen Verwaltungsdienstes ist in Einzelgruppen von höchstens zehn Prüflingen durchzuführen. Die Prüfung der Anwärter der Laufbahnen des mittleren Dienstes kann ebenfalls gruppenweise erfolgen, wenn es dem Vorsitzenden mit Rücksicht auf die Anzahl der Prüflinge geboten erscheint.

(4) Bestehen bei dem Prüfungsausschuß infolge eines Mißverhältnisses zwischen den bisherigen Beurteilungen¹⁰⁾ und den Ergebnissen seiner schriftlichen Arbeiten Unklarheiten über den Fähigkeits- und Leistungsgrad eines Prüflings, so hat sich der Prüfungsausschuß vor der mündlichen Prüfung in einer Besprechung mit dem Ausbildungsleiter und den Fachlehrern durch Meinungsaustausch über den Leistungsgrad und die Persönlichkeit dieses Prüflings zu vergewissern. Die Besprechung ist von dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses anzuberaumen. Sie soll tunlichst ein bis drei Tage vor der mündlichen Prüfung stattfinden.

§ 19

Bewertung.

(1) Im Hinblick auf die Bedeutung der theoretischen Ausbildung und der Prüfung¹¹⁾ als Auslese der Besten sind die Prüflinge sowohl in den einzelnen Prüfungsfächern als auch im Endurteil nach Fähigkeiten und Leistungen zu beurteilen.

(2) Das Endurteil ergibt sich aus dem über den Prüfling während der theoretischen Ausbildung und in der Prüfung gewonnenen Gesamteindruck, den sein Können, Wollen und die gezeigten Leistungen vermitteln. Die Erzielung des Endurteils durch Feststellung des rechnerischen Mittels aus der Summe der dem Prüfling in den einzelnen Prüfungsfächern erteilten Noten ist aus diesen Gründen ausgeschlossen.

(3) Die Beurteilung der Prüflinge in den einzelnen Prüfungsfächern und das Endurteil sind durch folgende Bewertungstufen¹²⁾ auszudrücken:

1 = „Sehr gut“	für ausgezeichnete Leistungen ¹³⁾ ,
2 = „Gut“	für lobenswerte Leistungen,
3 = „Befriedigend“	für über dem Durchschnitt stehende Leistungen,
4 = „Ausreichend“	für dem Durchschnitt entsprechende Leistungen,
5 = „Mangelhaft“	für mit starken Mängeln behaftete Leistungen,
6 = „Ungenügend“	bei völlig unbrauchbaren Leistungen.

Prüflinge, deren Endurteile durch die Bewertungstufen eins bis vier ausgesprochen werden, haben die Prüfung bestanden.

¹⁰⁾ §§ 2, 3.

¹¹⁾ Siehe §§ 2, Absatz 1; 6.

¹²⁾ Die Bewertung nach diesen Stufen hat auch Anwendung auf die während der Dauer der theoretischen Ausbildung in den Klassenarbeiten und im mündlichen Unterricht gezeigten Leistungen zu finden.

¹³⁾ Die Bezeichnung Leistung wird hier im übertragenen Sinne gebraucht, der sich aus Abs. (2) Satz 1 ergibt.

⁵⁾ siehe § 14, Absatz 3, Satz 3.

⁶⁾ siehe §§ 14, 16.

⁷⁾ siehe § 8, Absatz 1.

⁸⁾ siehe § 11, Absatz 3, Satz 3, 5.

⁹⁾ siehe § 7, Absatz 1, 2. Halbsatz.

§ 20

Folgen des Nichtbestehens der Prüfung.

(1) Prüflinge, bei denen das Ergebnis der Prüfung mit 5 = „Mangelhaft“ bezeichnet werden muß, haben die Prüfung nicht bestanden. Sie werden auf Vorschlag des Prüfungsausschusses nach Wiederholung der praktischen Ausbildung, deren Dauer das Prüfungsamt bestimmt, nochmals zur theoretischen Ausbildung zugelassen. Vertritt der Prüfungsausschuß auf Grund des vom Prüfling gewonnenen Eindrucks die Ansicht, daß eine Wiederholung der praktischen und der theoretischen Ausbildung zwecklos ist, so ist dem Prüfling die Befähigung zu einem seinen Fähigkeiten und Leistungen entsprechenden Dienstgrad der nächst niederen Laufbahn zuzusprechen. Seine in der Prüfung gezeigten Fähigkeiten und Leistungen sind in diesem Fall nach den Anforderungen zu bewerten, die dem ihm zuerkannten Dienstgrad entsprechen.

(2) Bei Prüflingen, die die Prüfung mit der Endbeurteilung 6 = „Ungenügend“ nicht bestanden haben, ist eine Wiederholung der theoretischen Ausbildung ausgeschlossen. Bewerber aus freien Berufen sind danach ausnahmslos zu entlassen, beamtete Bewerber als Anwärter für die nächst höhere Laufbahn zu streichen. Gehört der beamtete Bewerber nicht der Sicherheitspolizei an, so ist er seiner Behörde wieder zur Verfügung zu stellen.

(3) Gleiche Anwendung finden die Bestimmungen des vorstehenden Absatzes auf Bewerber, die bei der Wiederholung der theoretischen Ausbildung von der Prüfung zurückgestellt oder den Anforderungen der an die Wiederholung der theoretischen Ausbildung sich anschließenden Prüfung nicht gerecht werden.

§ 21

Prüfungszeugnisse und Auslesebeurteilung.

(1) Die Zeugnisse der Prüflinge sind durch den Kommandeur der Schule in doppelter Ausfertigung soweit vorzubereiten, daß die Endurteile unmittelbar nach Abschluß der mündlichen Prüfung eingetragen werden können.

(2) Über Prüflinge, die während der theoretischen Ausbildung und in der Prüfung beachtliche Fähigkeiten und Leistungen gezeigt haben, welche die Annahme rechtfertigen, daß ihre Förderung geboten erscheint, ist eine Auslesebeurteilung in dreifacher Ausfertigung abzugeben¹⁴⁾. Zur Fassung des Inhalts der Auslesebeurteilung hat der Vorsitzende des Prüfungsausschusses den Ausbildungsleiter als Berater hinzuziehen. Als Unterlagen dienen neben den Prüfungsergebnissen die bisherigen Beurteilungen des Prüflings gemäß § 2.

§ 22

Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses.

(1) Nach Abschluß der Prüfung ist den Prüflingen durch den Vorsitzenden in Anwesenheit der übrigen Mitglieder des Prüfungsausschusses und der an der Prüfung beteiligten Fachlehrer das Ergebnis bekanntzugeben. Den Prüflingen, welche die Prüfung nicht bestanden haben, ist das Prüfungsergebnis zuerst und gesondert von den anderen Prüflingen mitzuteilen.

¹⁴⁾ siehe § 6, Absatz 2.

(2) Den Prüflingen, welche die Prüfung bestanden haben, sind nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses die Prüfungszeugnisse auszuhändigen.

(3) Die Prüflinge, welche die Prüfung für die Führerlaufbahn der Sicherheitspolizei bestanden haben, werden für ihre künftige Lebensaufgabe gegenüber Führer, Volk und Staat vom Reichsführer-~~SS~~ feierlich verpflichtet.

§ 23

Prüfungsbericht.

(1) Der Vorsitzende oder ein von ihm bestimmtes Mitglied des Prüfungsausschusses hat über den Verlauf der Prüfung einen Prüfungsbericht zu fertigen, der zu enthalten hat:

- a) Ort und Zeit der Prüfung,
- b) Bezeichnung des Erlasses, durch den die Prüfung angeordnet wurde,
- c) Art der Prüfung,
- d) Zusammensetzung des Prüfungsausschusses (Namen, Dienstgrad, Dienstort, in welcher Eigenschaft),
- e) Namen, Bezeichnung des Dienstverhältnisses der Prüflinge, die die Prüfung bestanden haben, unter Angabe des Endurteils,
- f) Namen, Bezeichnung des Dienstverhältnisses der Prüflinge, deren besondere Förderung geboten erscheint¹⁵⁾,
- g) Namen, Bezeichnung des Dienstverhältnisses der Prüflinge, die die Prüfung nicht bestanden haben, Angaben der Endurteile mit Begründungen und gegebenenfalls Vorschlägen¹⁶⁾,
- h) Angabe von Tatsachen, die den vorschriftsmäßigen Ablauf der Prüfung beeinflussen oder besondere Entschließungen des Vorsitzenden erforderlich machten,
- i) Namen, Dienstgrad und Dienstort der Dienststellenleiter, die als Zuhörer¹⁷⁾ an der Prüfung teilgenommen haben,
- k) Namen, Berufsstellung und Tätigkeitsort derjenigen Personen, die auf Einladung oder mit besonderer Genehmigung des Prüfungsamtes der Prüfung beiwohnten.

(2) Der Bericht hat die Unterschrift sämtlicher Mitglieder des Prüfungsausschusses zu tragen.

§ 24

Benachrichtigung des Prüfungsamtes.

Nach Abschluß der Prüfung erstattet der Kommandant der Schule dem Prüfungsamt über ihre Durchführung ohne Verzug Bericht. Dem Bericht sind der Prüfungsbericht mit den vom Prüfungsamt jeweils angeforderten beglaubigten Durchschriften, die Auslesebeurteilungen¹⁸⁾ und eine beglaubigte Zeugnisdurchschrift eines jeden Prüflings beizufügen.

§ 25

Benachrichtigung der Polizeidienststellen.

(1) Das Prüfungsamt erstellt die für die weitere Verwendung der geprüften Anwärter für die Unter-

¹⁵⁾ siehe § 21, Absatz 2.

¹⁶⁾ siehe § 20, Absatz 1, Satz 2 und 3.

¹⁷⁾ siehe § 7, Absatz 2, Satz 2.

¹⁸⁾ siehe § 21, Absatz 2.

fürer- oder Führerlaufbahn richtunggebenden Unterlagen, die umgehend nach Beendigung einer jeden Prüfung zum Abschluß zu bringen sind, und benachrichtigt die Personaldienststellen.

(2) Der Mitteilung an die Personaldienststellen sind

- a) die Prüfungsniederschrift,
- b) die Zeugnisabschriften und
- c) die Auslesebeurteilungen

beizufügen.

§ 26

Erfahrungsberichte.

(1) Die im Verlauf der theoretischen Ausbildung und der Prüfungen gemachten Erfahrungen sind für

die Heranbildung eines leistungsfähigen Nachwuchses der Sicherheitspolizei nutzbringend zu verwerten. Die Kommandeure der Schulen, die Fachlehrer und die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben deshalb ohne besondere Aufforderung über Erfahrungen und Gesichtspunkte, die für die Ausbildung und Erziehung des Nachwuchses von Bedeutung sein können, an den Leiter des Prüfungsamtes zu berichten. Unabhängig davon soll der Leiter des Prüfungsamtes Erfahrungsberichte von den Betreffenden nach ihm nützlich oder erforderlich erscheinenden Gesichtspunkten anfordern¹⁹⁾.

(2) Die Ergebnisse der Erfahrungsberichte sind von dem Leiter der Gruppe Nachwuchs, Erziehung und Ausbildung in Zusammenarbeit mit den Leitern der Personaldienststellen zu verwerten.

D.

Prüfungsfächer der Fachgruppen in der Sicherheitspolizei.

RdErl. des RF~~W~~uChdDtPol. i. RMdL. vom 1. 3. 1943
— S I B 2 c Nr. 6538/42-513-11⁰² —

(1) Zur Durchführung des § 13 der „Prüfungsordnung der Sicherheitspolizei“ werden nachstehend die Fachgebiete bestimmt, in denen für die verschiedenen Fachgruppen in der schriftlichen Prüfung Aufsichtsarbeiten anzufertigen sind. Die Zeit, welche den Prüflingen für die Anfertigung der Aufsichtsarbeiten zur Verfügung steht, ist hinter den einzelnen Fachgebieten vermerkt.

Vollzugsbeamte.

a) Kommissare:

1. Aus dem Gebiet der politisch-weltanschaulichen und ~~W~~-mäßigen Erziehung 4 Std.
2. Aus dem Gebiet Volk, Staat und Recht: eine Arbeit aus dem Strafrecht . . . 4 „
3. Aus dem Gebiet der Kriminalwissenschaften:
entweder
aa) Lehre vom Verbrecher und vom Verbrechen . . . 4 „
oder
bb) Verbrechensbekämpfung . . . 4 „
4. Aus dem Gebiet der Gegnerbekämpfung (Geheime Staatspolizei) . . . 4 „

b) Kommissare (WKP.):

1. Aus dem Gebiet der politisch-weltanschaulichen Erziehung . . . 4 „
2. Aus dem Gebiet Volk, Staat und Recht: eine Arbeit aus dem Strafrecht . . . 4 „
3. Aus dem Gebiet der Kriminalwissenschaften:
aa) Lehre vom Verbrecher und vom Verbrechen unter besonderer Berücksichtigung der Jugendkriminalität . . . 4 „
bb) Aus dem Gebiet der Verbrechensbekämpfung unter besonderer Berücksichtigung des Aufgabengebietes der WKP. . . 4 „

c) Kriminalinspektoren:

1. Aus dem Gebiet der politisch-weltanschaulichen und ~~W~~-mäßigen Erziehung 3 „
2. Aus dem Gebiet Volk, Staat und Recht: eine Arbeit aus dem Strafrecht . . . 3 „

3. Aus dem Gebiet der Verbrechensbekämpfung . . . 4 Std.
4. Aus dem Gebiet der Gegnerbekämpfung (Geheime Staatspolizei) . . . 3 „

d) Kriminalinspektoren (WKP.):

1. Aus dem Gebiet der politisch-weltanschaulichen Erziehung . . . 3 „
2. Aus dem Gebiet Volk, Staat und Recht: eine Arbeit aus dem Strafrecht . . . 3 „
3. Aus dem Gebiet der Kriminalwissenschaften:
aa) Lehre vom Verbrecher und vom Verbrechen unter besonderer Berücksichtigung der Jugendkriminalität . . . 4 „
bb) Aus dem Gebiet der Verbrechensbekämpfung unter besonderer Berücksichtigung des Aufgabengebietes der WKP. . . 3 „

e) Assistenten:

1. Aus dem Gebiet der politisch-weltanschaulichen und ~~W~~-mäßigen Erziehung 3 „
2. Aus dem Gebiet Volk, Staat und Recht: eine Arbeit aus dem Strafrecht . . . 3 „
3. Aus dem Gebiet der Verbrechensbekämpfung . . . 3 „
4. Aus dem Gebiet der Gegnerbekämpfung (Geheime Staatspolizei) . . . 3 „

f) Assistenten (WKP.):

1. Aus dem Gebiet der politisch-weltanschaulichen Erziehung . . . 3 „
2. Aus dem Gebiet Volk, Staat und Recht: eine Arbeit aus dem Strafrecht . . . 3 „
3. Aus dem Gebiet der Verbrechensbekämpfung:
aa) Verbrechensbekämpfung allgemein 3 „
bb) Aus dem Gebiet der Verbrechensbekämpfung unter besonderer Berücksichtigung des Aufgabengebietes der WKP. . . 3 „

Verwaltungsbeamte (allgemeine innere Verwaltung).

a) des gehobenen Verwaltungsdienstes:

1. Aus dem Gebiet der politisch-weltanschaulichen und ~~W~~-mäßigen Erziehung . . . 4 „

¹⁹⁾ Siehe dazu auch Anmerkung 1 zu § 10 Abs. 2.

2. Aus dem Gebiet Volk, Staat und Recht:
- aa) Kassen-, Wirtschafts- und Rechnungswesen 4 Std.
 - bb) Verwaltungs- oder Pol.Recht 4 „
 - cc) Zivil- oder Staatsrecht 4 „

b) des mittleren Verwaltungsdienstes:

- 1. Aus dem Gebiet der politisch-weltanschaulichen und //mäßigen Erziehung 3 „
- 2. Aus dem Gebiet Volk, Staat und Recht:

 - aa) Kassen-, Wirtschafts- und Rechnungswesen 4 „
 - bb) Verwaltungs- oder Pol.Recht 3 „
 - cc) Zivil- oder Staatsrecht 3 „

Technische Verwaltungsbeamte.

I.

a) des gehobenen Verwaltungsdienstes — Nachrichtenwesen:

- 1. Aus dem Gebiet der politisch-weltanschaulichen und //mäßigen Erziehung 4 „
- 2. Aus dem Gebiet der Technik (Drahtnachrichtenwesen):

 - aa) Fernsprechwesen 4 „
 - bb) Fernschreibwesen 4 „

- 3. Aus dem Gebiet Wirtschaft und Etat 4 „

b) des mittleren Verwaltungsdienstes — Nachrichtenwesen:

- 1. Aus dem Gebiet der politisch-weltanschaulichen und //mäßigen Erziehung 3 Std.
- 2. Aus dem Gebiet der Technik (Drahtnachrichtenwesen):

 - aa) Fernsprechwesen 3 „
 - bb) Fernschreibwesen 3 „

- 3. Aus dem Gebiet Wirtschaft und Etat 3 „

II.

a) des gehobenen Verwaltungsdienstes — Kraftfahrwesen:

- 1. Aus dem Gebiet der politisch-weltanschaulichen und //mäßigen Erziehung 4 „
- 2. Aus dem Gebiet der Technik (Kraftfahrwesen):

 - zwei Arbeiten zu je 4 „

- 3. Aus dem Gebiet Wirtschaft und Etat 4 „

b) des mittleren Verwaltungsdienstes — Kraftfahrwesen:

- 1. Aus dem Gebiet der politisch-weltanschaulichen und //mäßigen Erziehung 3 „
- 2. Aus dem Gebiet der Technik (Kraftfahrwesen):

 - zwei Arbeiten zu je 3 „

- 3. Aus dem Gebiet Wirtschaft und Etat 3 „

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 101.

Befehlsblatt

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 17

Berlin, den 10. April 1943

4. Jahrgang



Für Führer und Reich gaben ihr Leben

als Angehörige der Wehrmacht oder Waffen-SS:

Heinrich Kleymann, Staffel-Sturmscharführer, Kriminalsekretär, Reichssicherheitshauptamt, im Januar 1942

Rudolf Kertscher, SS-Hauptscharführer, SD-Hauptaußenstelle Dessau, im Januar 1943

Heinz Enke, SS-Oberscharführer, SD-Leitabschnitt Stettin, im Dezember 1942

Friedrich-Wilhelm Eichholz, SS-Untersturmführer, Reichssicherheitshauptamt, im Februar 1943

im Einsatz der Sicherheitspolizei und des SD:

Erich Wilms, SS-Sturmmann, Kommandierter der Waffen-SS, Stabskompanie der Waffen-SS, im Dezember 1942

Franz Fischer, Kriminalangestellter beim Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Warschau, im März 1943

Rudi Brodbeck, SS-Sturmbannführer, SD-Abschnitt Weimar, im März 1943

Wir werden das Andenken an unsere Kameraden stets in hohen Ehren halten

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

Dr. Kaltenbrunner

SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei

Devisenbewirtschaftung.**Anforderung von Devisen.**

RdErl. des RSHA. vom 27. 3. 1943

— II C 2 4/Dev.St. Nr. 5689/43/290 b-1 —*)

(1) Ich weise erneut nachdrücklich darauf hin, daß bei Dienstreisen ins Ausland stets zu prüfen ist, ob der Reisezweck nicht statt der Verwendung von Bardevisen die Inanspruchnahme von Reisezahlungsmitteln zuläßt, und daß das Ergebnis der Prüfung in der Devisenanforderung zum Ausdruck zu bringen ist. Bei dieser Prüfung ist der schärfste Maßstab anzulegen. Die angespannte Devisenlage des Reiches gestattet es unter keinen Umständen, Bardevisen in Anspruch zu nehmen, wenn ohne Gefährdung des Dienstreisezweckes Reisezahlungsmittel Verwendung finden können. Auch bei Reisezahlungsmitteln dürfen im übrigen die zustehenden Reisekosten zuzüglich dienstlich notwendiger Ausgaben nicht überschritten werden.

(2) Die Reisezahlungsmittel abgebenden Stellen sind neuerdings durch den Reichswirtschaftsminister ermächtigt worden, an Stelle des bisher erforderlichen Reisepasses auch die vom OKW. bzw. in seinem Auftrag ausgestellten Grenzübertrittsscheine als Unterlagen für die Eintragung der abzugebenden Reisezahlungsmittel anzuerkennen.

(3) Fremdwährungen, die im Ausland auf Grund von Reiseschecks oder Reisekreditbriefen ausgezahlt worden sind, dürfen nicht in das Reichsgebiet eingeführt werden, sondern sind an die Ausgabestelle zurückzuerstatten. Nicht verbrauchte Bardevisenbeträge, die aus dem Reichsgebiet ausgeführt wurden, müssen in Originalvaluta (nicht RM-Gegenwert) an die Ausgabe-Dienststelle der Sich.Pol. u. des SD zurückgeliefert werden.

(4) Die zur Verfügung gestellten Bardevisen und Reisezahlungsmittel dürfen in keinem Falle zum Erwerb von Waren usw. verwendet werden.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 105.

Kriegsauszeichnungen.

RdErl. des RSHA. vom 30. 3. 1943

— I A 1 b Nr. 77/43 —

(1) Der RdErl. vom 18. 2. 43 — I A 1 a Nr. 80/43 — (Befehlsbl. S. 62) wird dahin erweitert, daß außer den Ritterkreuzträgern künftig auch die Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD zu melden sind, die mit dem Deutschen Kreuz, dem Eisernen Kreuz I. Klasse oder dem Kriegsverdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet werden. Die Personalakten brauchen in diesen Fällen nicht übersandt werden.

(2) Die Meldungen müssen enthalten:

Zu- u. Vorname,

Geburtsort u. -tag,

//Dienstgrad u. Amtsbezeichnung,

Heimat- u. Einsatz-Dienststelle,

Verleihungs-Dienststelle u. -Datum.

(3) Für Angehörige der Sich.Pol. u. des SD, die eine der oben angeführten Auszeichnungen auf Vorschlag des RSHA. erhalten haben, ist Meldung nicht erforderlich.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 105.

*) Bezug: RdErl. vom 13. 6. 1942 (Befehlsbl. S. 150).

Devisenbewirtschaftung.**Einlösung von 500er und 1000er holländische Guldennoten.**

RdErl. des RSHA. vom 30. 3. 1943

— II C 2 4/Dev.St. Nr. 5674/43-290 b-1 —

(1) Vom Reichsbankdirektorium wird mitgeteilt, daß auf Grund einer in Holland erschienenen Verordnung 500er und 1000er holländische Guldennoten nicht mehr angekauft, sondern nur noch zum Einzug heringenommen werden. Hierbei haben die Einreicher eine schriftliche Erklärung abzugeben, auf Grund welchen Geschäftes sie in den Besitz der Noten gelangt sind.

(2) Da in Holland die Reichsmark neben dem holländischen Gulden gleichberechtigtes Zahlungsmittel ist, besteht keine Notwendigkeit, bei der Einreise in das Reichsgebiet holländische Guldennoten einzuführen. In das Reichsgebiet einreisende Angehörige der Sich.Pol. u. des SD sind entsprechend zu unterrichten.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 105.

Besoldungsdienstalter der Kriminalkommissare; hier: Festsetzung des BDA. beim Übertritt eines Beamten aus der BesGr. A 4 c 2 oder aus der BesGr. A 4 c 1 (2800 RM bis 5300 RM) in die Untergruppe A 4 c 1 (3900 RM bis 5300 RM).

RdErl. des RF//uChdDtPol. i. RMdI. vom 31. 3. 1943

— S II C 1 Nr. 2137/43-246 —

(1) Nach § 7 Abs. 5 Satz 2 BesG. wird das BDA. beim Übertritt aus der BesGr. A 4 c 2 in die BesGr. A 4 c 1 nicht geändert. Diese Bestimmung gilt nur für den Übertritt eines Beamten aus der BesGr. A 4 c 2 in die BesGr. A 4 c 1 mit den allgemeinen Grundgehaltssätzen 2800 RM bis 5300 RM, da in beiden BesGruppen die Gesamtaufrückefrist für die Erreichung des Endgrundgehalts 20 Jahre beträgt.

(2) Nach Nr. 30 BV. bleibt bei der Einweisung eines Beamten in eine andere Planstelle ohne Wechsel der BesGruppe das bisherige BDA. bestehen. Auch diese Vorschrift gilt innerhalb der BesGr. A 4 c 1 nur für die allgemeinen Grundgehaltssätze 2800 RM bis 5300 RM.

(3) Beim Übertritt aus der BesGr. A 4 c 2 oder aus der BesGr. A 4 c 1 (2800 RM bis 5300 RM) in die besondere Untergruppe A 4 c 1 mit den Grundgehaltssätzen 3900 RM bis 5300 RM (Sonderstaffel für Kriminalkommissare), in der das Endgrundgehalt bereits nach 14 Besoldungsdienstjahren erreicht wird, ist das BDA. lediglich nach § 7 Absatz 1 BesG. (Durchstufung in das nächsthöhere Grundgehalt) zu ermitteln.

An die

Kassenanschlagstellen der Sich.Pol.

— Befehlsblatt S. 105.

Dienstkleidung für Polizeioffiziere in der Sich.Pol.

RdErl. des RSHA. vom 31. 3. 1943

— S II C 2 5 Nr. 8376/43 —

(1) Die Lieferung von Uniformstoffen für die zu Pol.Offizieren ernannten //Führer der Sich.Pol. erfolgt nicht mehr durch die Kleiderkasse der Schutzstaffel, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 42, sondern durch die Beschaffungsstelle der Sich.Pol., Berlin W 15, Joachimsthaler Str. 13. Die Anfertigung von Dienstkleidungsstücken für die Pol.Offiziere der Sich.Pol. übernimmt die Bekleidungslieferstelle Berlin, Berlin C 2, Burgstr. 26, sofern nicht die Anfertigung der Dienstkleidung im Standort gewünscht wird.

(2) Anträge der Pol.Offiziere der Sich.Pol. auf Beschaffung von Bekleidungs- und Ausrüstungsstücken sind unter Beifügung einer pflichtmäßigen Erklärung, daß durch die Anforderung das Höchstsoll der gebrauchsfähigen Dienstkleidung (Anl. 1 des Erl. des RF//uChdDtPol. i. RMdI. vom 17. 6. 1941 — S II C 2^a Nr. 7606/41-314-9 — [nicht veröffentl.]) nicht überschritten wird, an das RSHA. — Ref. II C 2^a) — zu richten. Es ist dabei anzugeben, an welche Anschrift die Sendung gerichtet werden soll. Bei Anforderung von Dienstmützen, Handschuhen, Stiefeln, Braunhemden usw. sind die entsprechenden Größen anzugeben.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 105.

Neuregelung des Erholungsurlaubs der außerhalb des Gebiets des Großdeutschen Reichs eingesetzten Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD.

RdErl. des ChdSPudSD. vom 1. 4. 1943

— I A 1a Nr. 152/43-360-4 —

Unter Aufhebung aller entgegenstehenden RdErl. über die Urlaubsregelung für die Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD in den besetzten Gebieten, insbesondere der RdErlasse vom 15. 5. und 3. 12. 1941 — SI A 1a Nr. 132/41 — (beide nicht veröffentl.), wird für den Erholungsurlaub der außerhalb des Großdeutschen Reichs und der Gebiete nach Ziff. 7 dieses Erl. eingesetzten Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD in Anlehnung an die Urlaubsbestimmungen für die Wehrmacht mit Wirkung vom 1. 4. 1943 folgendes angeordnet:

1. Der Gesamturlaub setzt sich zusammen aus

- a) Urlaubsdauer (Aufenthalt am Urlaubsort),
- b) Reisetagen.

2. Die Urlaubsdauer und Urlaubsquoten sind in Anlage 1 festgesetzt.

3. Für die Festlegung der Reisetage ist das Gebiet des Großdeutschen Reichs in 14 Gruppen gemäß der Anlage 2 eingeteilt. Die Reisetage gelten ab Hauptumsteigebahnhöfen, Grenzübergängen oder Frontleitstellen; die Reisezeit vom Einsatzort zu den Hauptumsteigebahnhöfen usw. und zurück ist zusätzlich zu gewähren und wird auf den Gesamturlaub nicht angerechnet.

4. Der Gesamturlaub (Urlaubsdauer + Reisetage) ist auf Grund der Anlagen 1 und 2 von der beurlaubenden Einsatzdienststelle festzusetzen und auf dem Urlaubsschein einzutragen. Bei mehreren Urlaubsorten sind die Reisetage nach dem ersten auf dem Urlaubsschein eingetragenen Urlaubsort zu berechnen.

5. Die Wehrmacht hat für Nichtwehrmachtangehörige eine besondere Urlaubermeldekarte in Form einer Feldpostkarte eingeführt. Die Eintragungen auf der Rückseite der Karte und die Ausgabe an die Urlauber veranlassen die Kommandeure für Urlaubsüberwachung auf den Hauptumsteigebahnhöfen, die Frontleitstellen oder Zugwachen. Die Urlaubermeldekarte ist der Heimatdienststelle bei der Meldung gemäß RdErl. vom 23. 9. 1942 — I A 1d Nr. 8007/42b-Ziff. 12 — (Befehlsbl. S. 282) vorzulegen. Sie ist nach Ablauf eines Monats nach dem Urlaubsende zu vernichten.

6. Urlaubsverlängerungen aus triftigen persönlichen Gründen oder bei unverschuldetem Überschreiten der Reisetage während der Fahrt durch höhere Gewalt können von der Heimatdienststelle genehmigt werden. Sie sind auf dem Urlaubsschein zu

vermerken. Die Einsatzdienststelle ist durch FS. zu benachrichtigen.

7. Für das Gen.Gouvernement, die Untersteiermark, die besetzten Gebiete Kärntens und Krains sowie Elsaß, Lothringen und Luxemburg gilt unter Aufhebung der bisherigen Sonderurlaubsregelungen die im „Befehlsblatt des Chefs der Sich.Pol. u. des SD“ 1943, S. 85 veröffentlichte Anordnung über eine weitere Kürzung des Erholungsurlaubs der Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst für das Urlaubsjahr 1943 vom 2. 3. 1943 (RGBl. I S. 122), die neben dem Erholungsurlaub u. a. auch den Zusatzurlaub für Verheiratete usw. zum Besuch der Familie gemäß RdErl. d. RMdI. vom 18. 7. 1941 (MBliV. S. 1292) zuläßt.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 106.

Anlage 1:

Urlaubsdauer und Urlaubsquoten.

1. Für Urlauber, die außerhalb des Gebiets des Großdeutschen Reichs und des Gen.Gouvernements eingesetzt sind (einschließlich Dänemark):

- 1. Osten (einschl. Ostland und Ukraine)

Urlaubsdauer: 20 Tage,

Urlaubsquote: ist durch Ausgabe von Platzkarten geregelt.

- 2. a) Nordnorwegen (nördlich des Sörfoldafjords) und Armeegebiet des Geb. A O K. 20

Urlaubsdauer: 24 Tage,

Urlaubsquote: ist durch Ausgabe von Platzkarten geregelt.

- b) Sonstiges Norwegen

Urlaubsdauer: 18 Tage,

Urlaubsquote: ist durch Ausgabe von Platzkarten geregelt.

- c) Sonstiges Finnland

Urlaubsdauer: 20 Tage,

Urlaubsquote: ist durch Ausgabe von Platzkarten geregelt.

- 3. Dänemark

Urlaubsdauer: 14 Tage,

Urlaubsquote: bis zu 15 % der Iststärke (bei eingesetzten Einheiten nach Maßgabe der Einsatzbereitschaft), jedoch nicht mehr als 1 % täglich.

- 4. Besetzte Westgebiete (Frankreich — Belgien — Holland)

Urlaubsdauer: 14 Tage,

Urlaubsquote: 0,5 % täglich (bei eingesetzten Einheiten nach Maßgabe der Einsatzbereitschaft).

- 5. Italien

Urlaubsdauer: 14 Tage,

Urlaubsquote: regelt Deutscher General beim Hauptquartier der ital. Wehrmacht im Einvernehmen mit den beteiligten Oberkommandos.

- 6. Afrika

Urlaubsdauer: 20 Tage,

Urlaubsquote: regelt Deutscher General beim Hauptquartier der ital. Wehrmacht im Einvernehmen mit den beteiligten Oberkommandos.

7. Südosten

a) Rumänien — Serbien — Bulgarien — Griechenland — Ägäische Inseln — Kreta
 Urlaubsdauer: 20 Tage,
 Urlaubsquote: ist durch Ausgabe von Platzkarten geregelt.

b) Kroatien

Urlaubsdauer: 20 Tage,
 Urlaubsquote: bis zu 15 % der Iststärke (bei eingesetzten Einheiten nach Maßgabe der Einsatzbereitschaft), jedoch nicht mehr als 1 % täglich.

c) Slowakei

Urlaubsdauer: 14 Tage,
 Urlaubsquote: bis zu 15 % der Iststärke (bei eingesetzten Einheiten nach Maßgabe der Einsatzbereitschaft), jedoch nicht mehr als 1 % täglich.

II. Bemerkungen:

Änderung der Urlaubsdauer bzw. Urlaubsquoten wird jeweils besonders befohlen.

Anlage 2: siehe Seite 108 u. 109.

Anerkennungen.

RdErl. des ChdSPudSD. vom 2. 4. 1943

— I A 1 b Nr. 438/42 —

Auf meinen Vorschlag hat der Reichsführer-~~SS~~ u. Chef der Dt. Polizei im RMdI.

dem Kriminaloberassistenten Valentin Rauscher und

dem apl. Kriminalassistenten Erich Dichtl

beim Kommandeur der Sich.Pol. u. des SD in den besetzten Gebieten Kärntens und Krains in Veldes für besondere Leistungen auf dem Gebiete der Bandenbekämpfung durch ein persönliches Schreiben seine Anerkennung ausgesprochen.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 107.

Anerkennungen.

RdErl. des ChdSPudSD. vom 2. 4. 1943

— I A 1 b Nr. 472/42 —

Auf meinen Vorschlag hat der Reichsführer-~~SS~~ u. Chef der Dt. Polizei im RMdI.

dem Kriminalsekretär Erich Augustin und

dem Kriminaloberassistenten Ernst Reffgen von der Dienststelle des Kommandeurs der Sich.Pol. u. des SD in Lublin

durch ein persönliches Schreiben seine Anerkennung für hervorragende Leistungen auf dem Gebiete der Bandenbekämpfung ausgesprochen.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 107.

Diäten der apl. Kriminalassistenten.

RdErl. des RF~~SS~~uChdDtPol. i. RMdI. vom 3. 4. 1943

— S II C 1 Nr. 2143/43-245-1 —

(1) Die Diäten der apl. Kriminalassistenten betragen jährlich

im 1. und 2. Diätendienstjahr 1500 RM,

im 3. und 4. Diätendienstjahr 1680 RM und

im 5. Diätendienstjahr 1850 RM.

(2) Eingangsgruppe im Sinne des § 17 Abs. 2 Satz 1 BesG. und des Abs. 3 Satz 1 der Anmerkung zur Diätenordnung (Anlage 5 zum Reichsbesoldungsgesetz) ist für die apl. Kriminalassistenten die Besoldungsgruppe A 8c 2 (2160—2340 RM).

(3) Die Besoldungsgruppe A 8a (2100 bis 2800 RM) gilt als Eingangsgruppe nur bei Festsetzung erhöhter Unterhaltszuschüsse für Krim.Ass.Anwärter nach Abschn. I Nr. 8 Abs. 1a) bis c) und nach Abschn. III Nr. 1 des RdErl. des RMin. d. Fin. vom 15. 2. 1939 (RBB. S. 29); vgl. auch Abs. 1 meines RdErl. vom 21. 7. 1941 (MBliV. S. 1367).

An die Kassenanschlagstellen der Sich.Pol.

— Befehlsblatt S. 107.

Einzziehung von ~~SS~~-eigenen Gegenständen nach disziplinarer Entfernung eines SD-Angehörigen aus der ~~SS~~.

RdErl. des RSHA. vom 5. 4. 1943

— I A 5 d Az. SA 1-5 —

Die Gruppe I D veranlaßt in Zukunft nicht mehr die Einziehung der ~~SS~~-eigenen Gegenstände bei Bestrafung bzw. Entlassung von SD-Angehörigen. Die Personalbearbeiter bei den nachgeordneten Dienststellen werden daher angewiesen, sich über alle Disziplinarvorgänge zu unterrichten und von sich aus für die Einziehung der ~~SS~~-eigenen Gegenstände bei Bestrafung oder Entlassung und für deren Weiterleitung an das RSHA. (I A 5) Sorge zu tragen.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 107.

Reichskriminalpolizei

Bekämpfung der Zigeunerplage.

(Heranziehung von Zigeunern u. Zigeunermischlingen — Geburtsjahrgang 1926 — zum Wehrdienst).

RdErl. des RSHA. vom 3. 4. 1943

— V A 2 Nr. 460/43 —

(1) Die Krim.Pol.(Leit)stellen haben sofort an Hand der ihnen übersandten gutachtlichen Äußerungen über die rassische Einordnung der Zigeuner und Zigeunermischlinge die zum Geburtsjahrgang 1926 gehörenden Zigeuner und Zigeunermischlinge festzustellen und den zuständigen polizeilichen Meldebehörden und Volkskarteibehörden mitzuteilen, so-

weit dies nicht bereits auf Grund des RdErl. des RF~~SS~~uChdDtPol. i. RMdI. vom 7. 8. 1941 — S V A 2 Nr. 452/41 — und vom 3. 10. 1941-O-VuR. — geschehen ist.

(2) Sollte im Einzelfall ein Gutachten noch nicht vorliegen, so ist beim RKPA. (Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens) umgehend anzufragen.

(3) Dieser RdErl. ist in den Meldeblättern der Krim.Pol.(Leit)stellen zum Abdruck zu bringen.

An die Krim.Polizei.

— Befehlsblatt S. 107.

Anlage 2 (zum RdErl. v. 1. 4. 43 — Befehlsbl. S. 106 —)**Berechnungsgrundlage für**

Hauptumsteigebahnhof, Frontleitstelle, Grenzübergang:	Reisetage (für Hin- und Rück)				
	Gruppe 1: Reichsgau: Ostpreußen	Gruppe 2: General- gouvernement	Gruppe 3: Reichsgaue: Danzig/West- preußen, Wartheland	Gruppe 4: Reichsgaue: Ober- schlesien, Nieder- schlesien, Sudetenland- Ost (Gebiet ostwärts der Elbe)	Gruppe 5: Reichsgaue: Wien, Ober-Donau, Nieder- Donau, Protektorat
I. Frontleitstelle 110 (Flensburg)	4	4	3	3	4
II. Frontleitstelle 32 (Güstrow)	3	3	3	4	4
III. Frontleitstelle 22 (Reval)	5	5	5	6	6
IV. 1. Krottingen, Wirballen, Tauroggen, Wolkowyst ..	2	3	2	2	4
2. Brest-Litowsk, Kowel	3	2	3	2	4
3. Przemyśl	4	2	4	2	3
V. 1. Szolnok	6	4	5	4	3
2. Belgrad	6	5	6	4	3
VI. Frontleitstelle 29 (Neapel)	6	6	6	5	5
VII. Brenner	4	4	4	3	3
VIII. 1. Maastricht, Herbesthal	4	4	3	3	3
2. Metz, Trier	4	4	3	3	3
3. Mülhausen	5	5	4	4	4
IX. Kroatien, Slowakei	Die Reisetage werden durch die territorialen				

Bemerkungen:

1. Zu III: Bei Verlegung der Frontleitstelle 22 (Reval) nach Libau oder Danzig werden durch die Frontleitstelle die entsprechenden Reisetage neu festgesetzt.

Gewährung von Reisetagen

reise insgesamt) nach Gruppe:

Gruppe 6: Reichsgaue: Steiermark, Kärnten	Gruppe 7: Reichsgaue: Berlin/Mark Brandenburg, Pommern, Mecklenburg	Gruppe 8: Reichsgaue: Sachsen, Halle- Merseburg, Magdeburg- Anhalt	Gruppe 9: Reichsgaue: Salzburg, Tirol, Vorarlberg, München- Oberbayern, Schwaben	Gruppe 10: Reichsgaue: Württem- berg-Hohen- zollern, Baden, Elsaß	Gruppe 11: Reichsgaue: Bayreuth, Franken, Mainfranken, Thüringen, Sudetenland- West (Gebiet westlich der Elbe)	Gruppe 12: Reichsgaue: Westmark, Moselland, Hessen- Nassau, Kurhessen, Lothringen	Gruppe 13: Reichsgaue: Köln-Aachen, Düsseldorf, Essen, Westfalen- Süd, Westfalen- Nord	Gruppe 14: Reichsgaue: Süd- Hannover- Braun- schweig, Ost- Hannover, Weser-Ems, Hamburg, Schleswig- Holstein
5	2	2	4	4	3	3	3	2
5	3	3	4	4	3	3	3	3
8	5	5	6	6	6	6	6	6
5	2	2	4	4	3	4	4	3
5	2	2	4	4	3	4	4	3
4	2	2	4	4	3	4	4	3
3	4	4	5	5	3	5	5	5
4	4	4	4	4	4	5	5	5
6	5	5	4	5	4	5	6	6
4	3	3	2	3	2	3	4	4
5	2	2	3	3	3	3	2	2
5	2	2	2	2	2	2	3	3
5	3	3	4	3	3	3	4	4

Befehlshaber ab Reichsgrenze festgesetzt.

- Falls ein SF-Zug vom Hauptumsteigebahnhof, Frontleitstelle bzw. Grenzübergang nach 13 Uhr abfährt, ist dieser Tag nicht als Reisetag zu rechnen, der erste Reisetag beginnt dann um 0⁰⁰ Uhr des folgenden Tages.
- Für Urlauber aus Dänemark gelten die Reisetage wie zu I.

Personalmitteilungen

Reichssicherheitshauptamt.

Versetzt: Pol.Ob.Insp. Baberske zur Stapoleitst. Berlin;
Pol.Insp. Folgert zur Stapost. Potsdam.

Befehlshaber u. Kommandeure der Sich.Pol. u. des SD.

Abgeordnet: //Obersturmbannführer Eckardt zur E.-Gr. B als SD-Ref. (unter Aufh. der Abordng. z. Befh. Metz).

Eingesetzt als Führer des E.-Kdos. 2 der E.-Gr. A: //Sturmabführer Reinhard Breder.

Ernannt zum Krim.Insp.: Krim.Ob.Sekr. Erich Wendland (Kdr. Lublin).

Versetzt: Krim.Insp. Alfred John (Kdr. Lublin) z. RSHA.

Staatspolizei(leit)stellen.

Ernannt zum Pol.Ob.Inspektor: Pol.Insp. (A 4 c1) Lischka (Breslau);

zum Krim.Kommissar: Krim.Komm.Anw. Hertel (Chemnitz, z. Zt. im Wehrdienst) u. Hilfskrim.Komm.

Schreck (Nürnberg), z. Zt. GFP.);

zum Hilfskrim.Kommissar: die Krim.Komm.Anw.

Winter u. Kulb (Hamburg, z. Zt. im Wehrdienst);

zum Krim.Insp.: Krim.Ob.Sekr. Wabnik (Frankfurt/M., abg. zum RSHA.);

zum apl. Pol.Inspektor: Pol.Insp.Anw. Moch (Zichenau/Schröttersburg).

Abgeordnet: //Sturmabführer Reg.Rat Korschorken. Brünn (unter Aufhebg. der Abordng. z. E.-Gr. D).

Kriminalpolizei(leit)stellen u. Krim.Abteilungen.

Ernannt zum Krim.Direktor: //Sturmabführer Krim.Rat Stein (Oberhausen) u. Krim.Rat Graes (Magdeburg).

Abgeordnet: //Sturmabführer Reg. u. Krim.Rat Dräger (KPLSt. Bln.) n. Hannover;

//Untersturmführer Krim.Komm. Jung (Metz) u. Krim.Komm. Lickleder (Metz) beide zur Stapo Saarbrücken.

Versetzt: Krim.Dir. Graes (Magdeburg) n. Danzig; die //Obersturmführer Krim.Kommissar Leuschner (KPLSt. Bln.) n. Klagenfurt u. Döring (Leipzig) n. Litzmannstadt, die //Untersturmführer Krim.Kommissar Zander (Schneidemühl) z. RSHA.-V u. Koch (Klagenfurt) z. KPLSt. Bln., Krim.Komm. May (Freiburg) n. Oberhausen.

Im Wehrdienst oder im auswärtigen Einsatz.

Ernannt zum Krim.Sekretär: Krim.Ob.Ass. Hugo Schierghofer (Stapost. Regensburg);

zum Krim.Ob.Assistenten: Krim.Ass. Alois Eckmayr (Stapoleitst. Karlsruhe);

zum Krim.Assistenten: apl. Krim.Ass. Andreas Gerhäuser (Stapoleitst. Karlsruhe);

zum apl. Krim.Assistenten: Krim.Ass.Anw. Werner Richter (Stapost. Innsbruck).

— Befehlsblatt 1943 S. 110.

Berichtigung

Die Anschrift des RdErl. v. 19. 3. 1943 — II D 3a (7) Nr. 354/43 — betr. Funkentstörung von Dienst-Kfz. (Befehlsblatt Nr. 15 S. 89/90) muß richtig lauten: „An Sich.Pol. u. SD.“

— Befehlsblatt 1943 S. 110.

Befehlsblatt

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 18

Berlin, den 17. April 1943

4. Jahrgang



Für Führer und Reich gaben ihr Leben

als Angehörige der Wehrmacht oder Waffen-SS:

Walter Dorits, SS-Hauptscharführer, SD-Abschnitt Graz, im Februar 1943

Leo Rau, SS-Hauptscharführer, SD-Leitabschnitt Berlin, im März 1943

im Einsatz der Sicherheitspolizei und des SD:

Robert Backes, SS-Bewerber, a. pl. Kriminalassistent, Kriminalpolizeileitstelle Frankfurt a. M., im Februar 1943

Karl Ullrich, SS-Obersturmführer, Polizeiinspektor, Reichssicherheitshauptamt, im März 1943

Artur Mettke, SS-Rottenführer, Kommandierter der Waffen-SS, Reichssicherheitshauptamt, im Februar 1943

Karl Schwarzmann, SS-Rottenführer, Kommandierter der Waffen-SS, Reichssicherheitshauptamt, im März 1943

Michael Szymanski, Polizeiangehöriger, Dolmetscher beim Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Lublin, im März 1943

Konrad Blaschke, SS-Rottenführer, Kommandierter der Waffen-SS, Reichssicherheitshauptamt, im März 1943

Stefan Böhm, SS-Sturmscharführer, Kriminalobersekretär beim Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Lublin, im März 1943

Wir werden das Andenken an unsere Kameraden stets in hohen Ehren halten

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

Dr. Kaltenbrunner

SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitspolizei u. SD. RdErl. 31. 3. 43 Abordnung von Kfz. zum Einsatz. S. 112. — RdErl. 1. 4. 43 Dienstgradangleichung u. Einkleidung. S. 112. — RdErl. 3. 4. 43 Schreibmaschinen. S. 112. — RdErl. 3. 4. 43 Verbot ausländischer Druckschriften. S. 113. — RdErl. 5. 4. 43 Kraftfahrzeug-Batterien. S. 113. — RdErl. 8. 4. 43 Instandsetzung v. Kfz. der Wehrmacht u. der Wirtschaft im Heimatkriegsgebiet u.

in den besetzten Gebieten. S. 113. — RdErl. 10. 4. 43 Gebührenbescheinigungen bei Abordnungen von Angeh. der Sich.Pol. S. 114. Verschiedenes. RdErl. 13. 2. 43 Pol.Gefängnisordnung (PDV. 34). S. 114. — RdErl. 14. 4. 43 Höherer $\mathbb{H}$ -u. Pol.-Führer. S. 114. — Verlust eines Dienstaussweises. S. 114. Personalmitteilungen. S. 114.

Sicherheitspolizei und SD

Abordnung von Kfz. zum Einsatz.

RdErl. des RSHA. vom 31. 3. 1943

— II D 3 a (3) Nr. 410/43 —

(1) Die vom OKH. infolge der militärischen Lage angeordnete Kfz.-Auslieferungssperre macht es erforderlich, bei Kfz.-Anforderungen der Einsatzgruppen der Sich.Pol. auf die Bestände der Heimatdienststellen zurückzugreifen. Gleichzeitig soll damit der durch die Zuweisung von Pkw. unter 2 l Hubraum entstandene Mangel an Garagenraum behoben werden. Die Staatspolizei(lei)stellen des Reiches und des Protektorats, die Befehlshaber der Sich.Pol. u. des SD in Metz und Straßburg und die Kommandeure im Generalgouvernement melden daher bis 25. 4. 1943, welche Pkw. über 2 l Hubraum deutschen Fabrikats bei den Dienststellen entbehrlich sind. Die Meldungen sind nach folgendem Muster zu erstatten.

Lfd. Nr.	Art	Fabrikat	SP-Nr.	km-Stand
----------	-----	----------	--------	----------

(2) Gleichzeitig ist beabsichtigt, sämtliche schweren Pkw. ausländischer Herkunft der Wehrmacht zum Umtausch gegen leichte Pkw. anzubieten. Ausgenommen sollen nur solche Kfz. werden, die auf den Antrieb mit Flüssig- oder Gasgeneratorkraft umgestellt worden sind oder als 6-Sitzer Pkw. dringend benötigt werden. Sämtliche Dienststellen, mit Ausnahme der BdS. Paris und Oslo, melden daher zum gleichen Termin alle s. Pkw. ausländischer Herkunft nach folgendem Muster:

Lfd. Nr.	Art	Fabrikat	SP-Nr. oder Pol-Nr.	km-Stand	Bemerkung
----------	-----	----------	---------------------	----------	-----------

Unter Bemerkungen ist anzugeben, ob der Pkw. auf den Antrieb mit Flüssig- oder Gasgeneratorkraft umgestellt worden ist bzw. sind die Gründe anzugeben, weshalb auf eine Belassung als Dienst-Kraftfahrzeug besonderer Wert gelegt wird.

An die Sich.Pol.

— Befehlsblatt S. 112.

Dienstgradangleichung und Einkleidung.

RdErl. des RSHA. vom 1. 4. 1943

— I A 5 d Az.: SA 1-7 —

(1) Der RdErl. vom 1. 4. 1942 (nicht veröffentl.) — I A 1 a Nr. 114/42 — wird dahin erweitert, daß bei dienstlicher Notwendigkeit die Einkleidung mit dem gemäß Angleichungserlaß vom 1. 7. 1941 — I A 1 a Nr. 79/41 — vorgesehenen Dienstgrad erfolgen kann, wenn

a) die $\mathbb{H}$ -Aufnahmepapiere vollständig bei der Heimatdienststelle oder dem RSHA. vorliegen und

b) der Betreffende bereits mit Erfolg an einem $\mathbb{H}$ -Führerlehrgang teilgenommen hat, falls es sich um einen Führerdienstgrad handelt.

(2) Die Uniform-Ausweise mit $\mathbb{H}$ -Unterführerdienstgraden können somit durch die Inspektoren, Befehlshaber und Einsatzgruppen der Sich.Pol. u. des SD nach dem Angleichungsdienstgrad ausgestellt werden, wenn die Aufnahmeunterlagen bei der Heimatdienststelle vollständig vorliegen.

(3) Uniform-Ausweise mit $\mathbb{H}$ -Führerdienstgraden werden nach wie vor ausnahmslos durch das RSHA. (I A 5) auf Grund begründeter Einzelanträge erstellt.

(4) Die Einkleidung von Angestellten, die als Kraftfahrer Verwendung finden, wird von dieser Regelung nicht berührt. Kraftfahrer sind also, soweit sie nicht bereits einen $\mathbb{H}$ - oder SA-Unterführerdienstgrad innehaben, nur mit dem Dienstgrad Staffelmann einzukleiden. Handelt es sich um NSKK-Angehörige, wird auf hiesigen RdErl. vom 20. 7. 1942 (Befehlsbl. S. 212) hingewiesen.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 112

Schreibmaschinen.

RdErl. des RSHA. vom 3. 4. 1943

— II C 2^a Nr. 3091/43-302 —

(1) Da im Laufe des Krieges die Schreibmaschinenindustrie immer stärker für Kriegsaufgaben in Anspruch genommen werden mußte, hat sich der Reichswirtschaftsminister durch RdErl. vom 23. 2. 1943 — II EM 8539/43 (nicht veröffentl.) — zur Deckung des gesteigerten Bedarfes an Schreibmaschinen für die Truppe, bombengeschädigte Bedarfsträger usw. veranlaßt gesehen, darauf hinzuweisen, daß in Zukunft Behörden und sonstige Dienststellen Bezugscheine für Schreibmaschinen nur noch in besonderen Ausnahmefällen erhalten können. Er hat ferner angeordnet, daß bei Behörden und sonstigen Dienststellen ungenügend ausgenutzte Schreibmaschinen an kriegswichtige Stellen abzugeben sind.

(2) Im Hinblick auf die besonderen Aufgaben, die der Sich.Pol., insbesondere während des Krieges, obliegen, bleibt dieser Maschinenausgleich auf die innerhalb der Sich.Pol. bestehenden Einheiten beschränkt. Eine Abgabe von polizeieigenen Schreibmaschinen an andere Behörden oder Dienststellen ist also ohne meine Zustimmung unzulässig. Soweit nicht voll ausgenutzte Schreibmaschinen freigegeben werden können, sind diese zahlenmäßig — nach Maschinenmarken getrennt — zur Verwendung im auswärtigen Einsatz usw. durch sofortige Anzeige hierher zur Verfügung zu stellen; über die weitere Verwendung wird alsdann zur gegebenen Zeit von hier Bestimmung getroffen werden.

(3) Im übrigen weise ich darauf hin, daß alle Dienststellen im Laufe der letzten Jahre mit Schreib-

maschinen so ausgestattet sind, wie es der Dienst erforderte. Soweit von Fall zu Fall zur Erledigung kriegswichtiger Aufgaben (insbesondere bei den neuen Dienststellen in den besetzten Gebieten der UdSSR.) weitere Schreibmaschinen unbedingt notwendig sind, d. h. der Stand der Ausstattung nach den Richtlinien des RdErl. d. RF// usw. v. 18. 2. 1941 (MBliV. S. 320) nicht erreicht ist, sind mir Anträge auf Lieferung von Schreibmaschinen unmittelbar — wie bisher — vorzulegen.

An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 112.

Verbot ausländischer Druckschriften.

RdErl. des RfH/ChdDtPol. i. RMdI. v. 3. 4. 1943
— S-IV C 3-8854/E —

Im Einvernehmen mit dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda wird auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 18. 3. 1933 bis auf weiteres im Inlande die Verbreitung der Schrift „Einsamkeit und Gemeinschaft“ von Eivind Berggrav, Evangelischer Verlag AG., Zollikon-Zürich, 1942 verboten.

Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 113.

Kraftfahrzeug-Batterien.

RdErl. des RSHA. vom 5. 4. 1943
— II D 3 b/a Nr. 355/43 —

Das OKH. hat auf Grund der Bleiverknappung mit Datum vom 14. 12. 1942 — Chef Inst. VI a 8 Az. 70 a/k Nr. 020 — eine Verfügung an alle Wehrmachtdienststellen betr. Erfassung alter Kraftfahrzeug-Batterien herausgegeben, deren wichtigste Punkte hiermit allen Dienststellen der Sich.Pol., insbesondere den Dienststellen im Osteinsatz, zur Kenntnis gebracht werden:

- (1) Alle vorhandenen unbrauchbaren Kraftfahrzeug-Batterien sind zu sammeln und an die zuständigen HKP. oder ZEL. abzugeben.
- (2) Neue Kfz.-Batterien werden nur gegen Rückgabe alter Batterien verabfolgt.
- (3) In dem Maße, wie alte Batterien zurückfließen, werden zusätzlich Kontingente erteilt. Je größer der Anfall alter Batterien ist, je höher liegt die Fertigung neuer Batterien.
- (4) Sofern die HKP. bei Abgabe alter Batterien orderte neue nicht liefern können, sind die alten dem HKP. nur gegen Empfangsbescheinigung zu überlassen.
- (5) Die Empfangsbescheinigungen können dem A. mit Antrag auf Neulieferung übersandt werden. Beschaffung und Zustellung werden dann von veranlaßt.
- (6) Der Batteriepflege ist mehr Beachtung zu schenken. Auch wenn kein Ladegerät vorhanden ist, muß rechtzeitige Ladung ermöglicht werden. Als Behelfsladeeinrichtung wird die Inbetriebnahme einer größeren Lichtmaschine empfohlen. Bei Mangel an destilliertem Wasser kann auch abgestandenes oder gefiltertes Regen- oder Schneewasser zum Nachfüllen verwendet werden.

An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 113.

Instandsetzung von Kraftfahrzeugen der Wehrmacht und der Wirtschaft im Heimatekriegsgebiet und in den besetzten Gebieten.

RdErl. des RSHA. vom 8. April 1943
— II D 3 a (3) Nr. 2521/42 —

I.

Unter Bezugnahme auf die Verfügung vom 1. 12. 1942 (Befehlsbl. 1943 S. 21) hat der Chef des Instand-

setzungswesens beim Gen.d.Mot. des OKW. nunmehr Ergänzungsverfügungen und Durchführungsbestimmungen herausgegeben, die wegen ihres außerordentlichen Umfanges nur in ihren wesentlichsten Punkten zur Kenntnis gebracht werden.

II.

Chef Inst. hat die gesamte Steuerung und Durchführung der Kraftfahrzeug-Instandsetzungen den Kraftfahrparktruppen übertragen, deren Kommandeure damit für alle hiermit zusammenhängenden Maßnahmen verantwortlich sind.

III.

Chef Inst. überwacht und lenkt in engster Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen den Einsatz von Fachpersonal und Arbeitskräften in den Kraftfahrzeug-Instandsetzungsunternehmen und übernimmt die zentrale Planung, Beschaffung und Verteilung von Arbeitsmaschinen für die Kraftfahrzeug-Instandsetzung von Wehrmacht, Wirtschaft, Organisation und Behörden.

IV.

Zur Durchführung der sich aus II und III ergebenden Aufgaben ist folgendes angeordnet worden:

1. die Kraftfahrparktruppen (HKP., HeKP. und ZEL.) erfassen
- a) Anzahl und Art der in ihrem Bereich befindlichen Kraftfahrzeuge aller Bedarfsträger außerhalb der Wehrmacht,
- b) alle Kraftfahrzeug-Instandsetzungsbetriebe mit Ausnahme der kleineren Werkstätten für einen in Betrieb befindlichen Fahrzeugbestand bis zu 20 Kraftfahrzeugen.
- c) alle Ersatzteillager.

Zu b: Die Erfassung der Kraftfahrzeug-Instandsetzungsbetriebe wird unter Verwendung des Formblattes „Anweisung zur Betriebserfassung“ durchgeführt, das sämtlichen Werkstätten dreifach über die sie betreuende Kraftfahrparktruppe zugeleitet wird. Das Formblatt fordert Angaben über Personal, Räume und Maschinen. Die Ergebnisse sind von den Kraftfahrparktruppen karteimäßig festzuhalten.

Zu c: Die in den Instandsetzungsbetrieben vorhandenen Lager sind monatlich einmal auf ihre Höhe zu überprüfen. Überhöhte Bestände an Kraftfahrzeug-Ersatzteilen, Zubehör und Werkzeug sind nach besonderer Anordnung festzustellen und von der Kraftfahrparktruppe an Chef Inst/VI zu melden.

2. (1) Für die Beschaffung von Maschinen, Maschinenbauerzeugnissen und Einrichtungsgegenständen (ausgenommen Werkzeug) haben alle Bedarfsträger außerhalb der Wehrmacht die Genehmigung des Chef Inst/I einzuholen.

(2) Den Dienststellen der Sich.Pol. u. des SD im Reichsgebiet ist jede Neuplanung von Kraftfahrzeug-Instandsetzungswerkstätten mit Erl. vom 16. 1. 1943 (Befehlsbl. S. 20) untersagt worden. Das Verbot wird hiermit auch auf das Generalgouvernement ausgedehnt. Bei Beschaffung von Maschinen usw., die dem Ausbau von bereits bestehenden Kraftfahrzeugwerkstätten dienen, haben sich die Dienststellen zunächst unmittelbar an die zuständige Kraftfahrparktruppe zu wenden. Aus dem Antrag müssen Art, Type, Fabrikat, Leistung usw. des geforderten Erzeugnisses genau zu ersehen sein. Die betreuende Dienststelle prüft die Notwendigkeit der Beschaffung und versucht zunächst einen Maschinenausgleich innerhalb ihres Dienststellenbereiches derart, daß sie eine stillgelegte oder nicht ausgelastete Maschine usw. zuweist. Ist auch ein überbezirklicher Ausgleich nicht möglich, erhält die beantragende Dienststelle ihren Antrag zurück. Die weitere Bearbeitung wird dann vom RSHA. übernommen.

v. 27. 4. 43

Nur

Num

M

Zu

P

Zu

A

M

C

P

P

S

Zu

I

P

P

P

M

I

S

S

T

Zu

A

P

C

I

I

I

I

I

I

I

I

(3) Die Dienststellen der Sich.Pol. u. des SD in den besetzten Ostgebieten, in Dänemark, Norwegen, Finnland, Italien und in den Südostgebieten teilen hierbei mit, ob die Hersteller- oder Lieferfirma in diesen Gebieten beheimatet ist. Bejahendenfalls ist von dieser Firma ein Vormerk- oder Maschinen-Zulassungsschein anzufordern und mit dem von der Kraftfahrparktruppe geprüften Antrag an das RSHA. zu senden.

V.

Es läßt sich noch nicht übersehen, wie weit die im Interesse der Leistungssteigerung der Freimachung von Arbeitskräften, der Einsparung von Energie, Kohle, Raum usw. vom OKW. erlassenen Bestimmungen sich auf die Sich.Pol. u. den SD auswirken. In allen Fällen, bei denen Schwierigkeiten auftreten, ist daher rechtzeitig an das RSHA. zu berichten.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 113.

Gebührnisbescheinigungen bei Abordnungen von Angehörigen der Sicherheitspolizei.

RdErl. des RSHA. vom 10. 4. 1943

— II C 2² Nr. 2222/43-297-2 —

Es wird immer wieder Klage darüber geführt, daß bei Abordnungen von Beamten usw. der neuen Beschäftigungs-Dienststelle die für die Zahlung der Beschäftigungvergütung maßgebenden Merkmale (Bes.-Gruppe, Reisekostenstufe u. dergl.) nicht mitgeteilt werden. Ich ersuche, bei Abordnungen und evtl. auch bei Versetzungen diesbezügliche Mitteilungen der neuen Beschäftigungsstelle unverzüglich zuzuleiten und als Vordruck hierfür das in der Vorschrift über den Wirtschaftsverwaltungsdienst bei auswärtigen Einsätzen der Sich.Pol. (Befehlsbl. S. 37) im Abschn. XVII enthaltenen Muster 1 zu verwenden.

An die Sich.Pol.

— Befehlsblatt S. 114.

Verschiedenes

Pol.Gefängnisordnung (PDV. 34).

RdErl. des RFuChdDtPo. i. RMdI. vom 13. 2. 1943

— S II C 3 Nr. 5682/42-274-1 —

(veröffentl. MBliV. S. 368)

Die Pol.Gefängnisordnung (PDV. 34) wird z. Z. neu gedruckt. Der Preis für 1 Stück beträgt 40 Rpf. ausschl. Postgebühr. Um eine Übersicht über den voraussichtlichen Bedarf zu gewinnen, sind die Bestellungen umgehend beim Strafgefängnis Plötzensee in Berlin-Plötzensee, Königsdamm 7, aufzugeben. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß in der neuen Auflage der Pol.Gefängnisordnung die bisher ergangenen einschlägigen Erlasse als Anhang abgedruckt werden. Für kleinere Dienststellen, die das MBliV. nicht halten, ist es daher besonders zweckmäßig, die PDV. 34 neu zu beschaffen. Eine weitere Drucklegung wird in absehbarer Zeit nicht erfolgen können.

An die Sich.Pol.

— Befehlsblatt S. 114.

Höherer u- und Polizeiführer Westmark.

RdErl. des RSHA. vom 14. 4. 1943

— II A 1 Nr. 94/43-161 —

In Ergänzung des RdErl. vom 24. 2. (Befehlsbl. S. 64) wird bekanntgegeben, daß in noch die Dienststelle des Höheren u- und Führers als Bevollmächtigter f. d. Besiedlung L. ringens verblieben ist. Anfragen dieser Dienststelle an die Staatspolizei(leit)stellen sind nach Metz, Bärenstr. 10 (nicht nach Wiesbaden) zurückzusenden.

An die Geh. Staatspolizei.

— Befehlsblatt S. 114.

Verlust eines Dienstausweises.

Der am 28. 1. 1941 für u-Bewerber Theodor Perschbacher, geb. 8. 5. 1903, erstellte rote Dienstausweis Nr. 594/41 ist verlorengegangen. Der Ausweis ist bei Auffindung umgehend an das Referat I A 5 des RSHA. einzusenden.

(I A 5 d Az.: PA 10 513/41) — Befehlsblatt 1943 S. 114.

Personalmittelungen

Reichssicherheitshauptamt.

Ernannt zum Reg.Rat: u-Hauptsturmführer Reg.-Assessor Boßhammer.

Die Abordnung des u-Sturmchefführers Reg.Rat Weintz zur E.-Gr. B ist aufgehoben worden.

Befehlshaber u. Kommandeure der Sich.Pol. u. des SD.

Ernannt zum Pol.Insp. Anw. Meffert (Kdr. Lemberg).

Abgeordnet: u-Obersturmchefführer Ob.Reg.Rat Dr. Tanzmann zum Befh. Paris (als Führer des Kdo. Marseille).

Staatspolizei(leit)stellen.

Versetzt: Pol.Ob.Insp. Kaiser (Karlsbad) n. Berlin; Pol.Insp. Herrmann (Reichenberg) n. Dresden.

SD.

Versetzt: die u-Sturmchefführer Karl Schöttler zur SD-HAST. Frankfurt/Od., Dr. Hans Jaskulsky zum SD-A. Frankfurt/Main als Führer dieses Abschnittes;

u-Hauptsturmführer Dr. Helmut Glaser zum SD-A. Bayreuth als Führer dieses Abschnittes;

u-Untersturmführer Rudolf Müller zur SD-HAST. Münster.

Kommandiert: u-Obersturmführer Rolf Mathes SD-A. Dortmund.

Ernannt: u-Sturmchefführer Hans-Werner L. als Verbindungsführer zum u-Personal-Haupt-u-Untersturmführer Anton Thalhofer Hilfsreferenten der SD-HAST. Augsburg; u-Hauptscharführer Herbert Schitting Außenstellenleiter beim SD-LA. Kattowitz.

Im Wehrdienst oder im auswärtigen Einsatz

Ernannt zum Krim.Ob.Sekr.: Die Krim.Sekr. Reinhold Hennig u. Georg Kynast (beide KPLSt. Berlin, z. Zt. GFP.), Georg Scholl (Krim.Abtg. Wiesbaden, z. Zt. im Wehrdienst) u. Rudolf Wertel (KPLSt. Wien, z. Zt. GFP.); zum Krim.Sekr.: die Krim.Ob.Assistenten Heinrich Fritsch, Karl Höhne, Alois Krug, Erich Riedberg, Richard Schmidt u. Hubert Wagner (sämtl. KPLSt. Breslau); zum Krim.Assistenten: apl. Krim.Ass. Siegmund Gehle (KPSt. Bremen); zum apl. Pol.Insp. Anw. Bindhak (Stapoleitst. Magdeburg), Heinke (Stapost. Oppeln), Moch (Stapost. Zichenau/Schröttersburg), Fritz u. Herrmann (beide Stapost. Schneidemühl).

— Befehlsblatt 1943 S. 114

Befehlsblatt

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH, Berlin.

Nummer 19

Berlin, den 20. April 1943

4. Jahrgang

Der Reichsführer-SS hat befördert:

Mit Wirkung vom 30. Januar 1943:

Zum SS-Oberführer:

Pruchtnow, Richard SS-Nr. 27 487 Amt I, RSHA

Zu SS-Hauptsturmführern:

Ast, Erich SS-Nr. 13 118 Amt IV, RSHA

Meyer, Hermann SS-Nr. 2021 IdSuSD Braunschweig

Osterwald, Rudolf SS-Nr. 11 014 IdSuSD Braunschweig

Pöllhuber, Johann SS-Nr. 276 085 IdSuSD Wien

Rudischer, Franz SS-Nr. 275 742 IdSuSD Wien

Schell, Emil SS-Nr. 28 IdSuSD Prag

Zu SS-Obersturmführern:

Dochat, Fritz SS-Nr. 310 252 IdSuSD Stuttgart

Eisenhöfer, Karl, SS-Nr. 307 425 IdSuSD Metz

Hillmer, Alfred SS-Nr. 4964 IdSuSD Posen

Köhler, Otto SS-Nr. 284 494 BdSuSD Prag

Krummnow, Willy SS-Nr. 4353 IdSuSD Stettin

Müller, Hugo SS-Nr. 280 294 IdSuSD Stuttgart

Petrat, Fritz SS-Nr. 262 725 IdSuSD Wiesbaden

Seidel, Wilhelm SS-Nr. 35 297 IdSuSD Danzig

Schänzle, Friedrich SS-Nr. 7813 IdSuSD Königsberg

Theismann, Andreas SS-Nr. 33 158 IdSuSD Berlin

Zu SS-Untersturmführern:

Albrecht, Wilhelm SS-Nr. 272 281 IdSuSD Berlin

Bludau, Fritz SS-Nr. 272 630 IdSuSD Berlin

Busch, Richard SS-Nr. 12 563 IdSuSD Berlin

Grass, Karl SS-Nr. 35 069 IdSuSD Berlin

Pranz, Hermann SS-Nr. 21 711 IdSuSD München

Skorpil, Rudolf SS-Nr. 284 511 IdSuSD Wien

Zaiser, Karl SS-Nr. 275 950 IdSuSD Wien

Mit Wirkung vom 20. April 1943:

Zum SS-Oberführer:

von Woedtke, Alexander SS-Nr. 11 629 IdSuSD Breslau

Zu SS-Standartenführern:

Heeß, Dr. Walter SS-Nr. 342 799 Amt V, RSHA

Panzinger, Fritz SS-Nr. 322 118 Amt IV, RSHA

Dornauer, Dr. Hans SS-Nr. 340 575 IdSuSD Salzburg

Sowa, Friedrich SS-Nr. 280 159 BdSuSD Prag

Zu SS-Obersturmbannführern:

Bradfish, Dr. Otto SS-Nr. 310 180 IdSuSD Posen

Ebner, Dr. Karl SS-Nr. 302 994 IdSuSD Wien

Ehlers, Ernst SS-Nr. 307 426 IdSuSD Breslau

Freytag, Horst SS-Nr. 290 222 IdSuSD Königsberg

Glitz, Fritz SS-Nr. 280 087 IdSuSD Düsseldorf

Gottsmann, Ferdinand SS-Nr. 107 016 IdSuSD Düsseldorf

Gräfe, Dr. Heinz SS-Nr. 107 213 Amt VI, RSHA

Hueber, Dr. Hubert SS-Nr. 340 586 IdSuSD Salzburg

Jacobi, Walter SS-Nr. 272 243 BdSuSD Prag

Neifeind, Kurt SS-Nr. 290 038 Amt II, RSHA

Prager, Friedrich SS-Nr. 258 672 BdSuSD Prag

Rentsch, Johannes SS-Nr. 272 510 BdSuSD Saarbrücken

Scharpwinkel, Dr. Wilhelm SS-Nr. 290 803 IdSuSD Breslau

Löw von und zu Steinfurth, Freiherr Eberhard SS-Nr. 107 478 Amt III, RSHA

Thümmeler, Dr. Johannes SS-Nr. 323 711 IdSuSD Dresden

Trenker, Dr. Othmar SS-Nr. 385 368 IdSuSD Wien

Vogel, Erich SS-Nr. 107 040 IdSuSD Dresden

Wickert, Erwin -- -Nr. 356 810 IdSuSD
Dresden

Zu -- - Sturmbannführern:

Amend, Kurt -- -Nr. 290 176 Amt V, RSHA
Becker, Max -- -Nr. 53 753 IdSuSD Hamburg
Böhmer, Dr. Rudolf -- -Nr. 156 386 Amt III,
RSHA
Burghoff, Paul -- -Nr. 144 715 IdSuSD Düsseldorf
Chlan, Dr. Ernst -- -Nr. 46 118 IdSuSD Wien
Empter, Richard -- -Nr. 141 782 IdSuSD
Nürnberg
Faulhaber, Gottfried -- -Nr. 408 457 IdSuSD
Hamburg
Gaum, Max -- -Nr. 290 385 IdSuSD München
Glaser, Dr. Helmut -- -Nr. 301 760 IdSuSD
Salzburg
Große, Ernst -- -Nr. 375 190 IdSuSD Kassel
Güttler, Dr. Gerhard -- -Nr. 87 080 IdSuSD
Düsseldorf
Haase, Georg -- -Nr. 103 028 Amt III, RSHA
Häusler, Josef -- -Nr. 372 254 IdSuSD
München
Heinritz, Dr. Martin -- -Nr. 326 384 Amt III,
RSHA
Herz, Hermann -- -Nr. 211 028 IdSuSD
Königsberg
Hilliges, Werner -- -Nr. 48 326 IdSuSD Salz-
burg
Ilges, Wolfgang -- -Nr. 107 304 Amt III,
RSHA
Keck, Max -- -Nr. 410 692 BdSuSD Lothr.
Saarpf.
Kolb, Dr. Otto -- -Nr. 367 821 IdSuSD Breslau
Krause, Max -- -Nr. 353 583 IdSuSD Dresden
Lemcke, Werner -- -Nr. 43 277 IdSuSD
Stettin
Leutkart, Thomas -- -Nr. 290 047 IdSuSD
Düsseldorf
Levin, Dr. Rudolf -- -Nr. 272 257 Amt VII,
RSHA
Liebl, Otto -- -Nr. 386 541 IdSuSD Dresden
Makowski, Dr. Hans -- -Nr. 68 125 Amt III,
RSHA
Menke, Dr. Josef -- -Nr. 351 096 Amt V,
RSHA
Moritz, Kurt -- -Nr. 353 582 IdSuSD Berlin
Nelis, Prof. Dr. Heinrich -- -Nr. 107 383
IdSuSD Düsseldorf
Nürnberg, Hans Georg -- -Nr. 22 263
IdSuSD Berlin
Rosenthal, Friedrich -- -Nr. 322 146 IdSuSD
Königsberg
Rosse, Dr. Alfons -- -Nr. 430 287 IdSuSD
Posen
Sebastian, Karl -- -Nr. 422 312 Amt IV, RSHA
Sohns, Hans Fritz -- -Nr. 107 396 Amt III,
RSHA
Schlierbach, Dr. Helmut -- -Nr. 107 970
Amt IV, RSHA
Stamm, Walter -- -Nr. 290 041 BdSuSD
Krakau
Starbatty, August -- -Nr. 422 267 Amt II,
RSHA
Straub, Franz -- -Nr. 342 170 IdSuSD
München
Strube, Ludwig -- -Nr. 314 411 BdSuSD Metz
Thiedcke, Franz -- -Nr. 267 312 Amt IV,
RSHA

Wölbing, Fritz -- -Nr. 383 718 Amt III, RSHA
Wolf, Dr. Fritz -- -Nr. 266 874 IdSuSD Wien
Zinke, Theodor -- -Nr. 48 352 IdSuSD Berlin

Zu -- - Hauptsturmführern:

Ahrens, Hinrich -- -Nr. 45 477 Amt VI, RSHA
Ampletzer, Thomas -- -Nr. 83 736 Amt IV,
RSHA
Bank, Otto -- -Nr. 44 112 Amt II, RSHA
Baucke, Walter -- -Nr. 308 018 IdSuSD
Breslau
Beck, Dr. Friedrich -- -Nr. 351 630 Amt II,
RSHA
Bierwirth, Dr. Adolf -- -Nr. 413 282 Amt III,
RSHA
Birkner, Wolfgang -- -Nr. 265 793 BdSuSD
Krakau
Botte, Josef -- -Nr. 310 022 IdSuSD Düsseldorf
Capell, Otto -- -Nr. 11 345 IdSuSD Hamburg
Clement, Dr. Friedrich -- -Nr. 316 156
IdSuSD Salzburg
Denker, Karl -- -Nr. 55 554 IdSuSD Düsseldorf
Dennerlein, Hans -- -Nr. 307 422 Amt V,
RSHA
Enderlein, Ludwig -- -Nr. 401 211 IdSuSD
München
Fiedler, Erich -- -Nr. 267 231 IdSuSD
Dresden
Forejtnik, Eduard -- -Nr. 282 275 IdSuSD
Wien
Freytag, Dr. Kurt -- -Nr. 112 831 IdSuSD
Düsseldorf
Girgensohn, Theodor -- -Nr. 430 250 Amt VI,
RSHA
Grygo, Otto -- -Nr. 290 796 IdSuSD Danzig
Gunia, Dr. Otto -- -Nr. 335 635 IdSuSD
Posen
Gunkel, Karl -- -Nr. 12 192 IdSuSD Stettin
Hartlieb, Dr. Karl -- -Nr. 103 491 IdSuSD
Stuttgart
Hartmann, Hans -- -Nr. 410 678 Amt II,
RSHA
Heimann, Paul -- -Nr. 337 581 IdSuSD
Düsseldorf
Hoeven, Harry -- -Nr. 254 350 Amt III, RSHA
Holle, Rolf -- -Nr. 327 259 IdSuSD Berlin
Jentsch, Heinrich -- -Nr. 353 203 IdSuSD
Berlin
Jörgens, Hans -- -Nr. 373 600 IdSuSD Wies-
baden
Jost, Alfred -- -Nr. 290 491 BdSuSD Prag
Juchem, Otto -- -Nr. 375 116 IdSuSD Kassel
Jung, Karl -- -Nr. 290 981 BdSuSD Metz
Jung, Ludwig -- -Nr. 314 107 IdSuSD Düsseldorf
Krüger, Hans -- -Nr. 63 085 IdSuSD Kassel
Kunz, Julius -- -Nr. 21 230 IdSuSD Stuttgart
Lucke, Dr. Hans -- -Nr. 267 263 Amt III,
RSHA
Martschke, Gerhard -- -Nr. 59 683 Amt VI,
RSHA
Meyer, Dr. Herbert -- -Nr. 185 890 IdSuSD
Kassel
Michaelis, Werner -- -Nr. 82 533 BdSuSD
Krakau
Münch, Hans -- -Nr. 107 296 IdSuSD München
Petersen, Hans -- -Nr. 390 463 IdSuSD Posen

- Petersen, Hans-Jürgen // -Nr. 119 752 IdSuSD
Düsseldorf
- Preissegger, Florian // -Nr. 276 087 IdSuSD
Wien
- Prokop, Friedrich // -Nr. 416 464 IdSuSD
Berlin
- Radlherr, Alexander // -Nr. 392 156 IdSuSD
Salzburg
- Ritter, Walter // -Nr. 25 789 IdSuSD Berlin
- Rose, Kurt // -Nr. 314 109 IdSuSD Düsseldorf
- Seebach, Kurt // -Nr. 256 506 IdSuSD Stutt-
gart
- Schurer, Walter // -Nr. 280 486 IdSuSD Stutt-
gart
- Stein, Ernst // -Nr. 426 674 IdSuSD Wies-
baden
- Steinhäuser, Dr. Hans-Joachim // -Nr. 314 258
IdSuSD Wiesbaden
- Stier, Walter // -Nr. 327 243 Amt III, RSHA
- Strohmeyer, Waldemar // -Nr. 432 493
IdSuSD Wiesbaden
- Struwe, Willi // -Nr. 375 130 IdSuSD Ham-
burg
- Theiss, Adolf // -Nr. 290 902 Amt III, RSHA
- Wuchner, Fritz // -Nr. 290 361 IdSuSD
München
- Zeischka, Viktor // -Nr. 272 143 Amt VI,
RSHA
- Zellhöfer, Louis // -Nr. 375 016 IdSuSD Salz-
burg
- Ziegler, Hans // -Nr. 396 303 BdSuSD Prag
- Zöller, Harry // -Nr. 275 294 IdSuSD Dresden
- Zu // - Obersturmführern:**
- Beckel, Friedrich // -Nr. 49 368 IdSuSD Wien
- Berger, Nikolaus // -Nr. 44 433 IdSuSD
München
- Berger, Otto // -Nr. 415 852 IdSuSD Danzig
- Borchardt, Werner // -Nr. 422 736 IdSuSD
Stettin
- Bresch, Hermann // -Nr. 404 577 IdSuSD
Danzig
- Bremme, Heinz // -Nr. 79 423 BdSuSD
Krakau
- Buchholtz, Hans-Günther // -Nr. 373 634
IdSuSD Wien
- Cornely, Fritz // -Nr. 416 400 IdSuSD Düssel-
dorf
- Elpert, Heinrich // -Nr. 385 539 IdSuSD Ham-
burg
- Engels, Hans // -Nr. 72 190 IdSuSD Hamburg
- Ernst, Johann // -Nr. 78 813 Amt II, RSHA
- Faubel, Dr. Wolfgang // -Nr. 204 056 Amt I,
RSHA
- Fleck, Dr. Heinrich // -Nr. 74 006 BdSuSD
Prag
- Franczok, Wolf // -Nr. 404 601 Amt VI,
RSHA
- Gemmeker, Walter // -Nr. 382 609 IdSuSD
Düsseldorf
- Heier, Walter // -Nr. 349 283 IdSuSD Düssel-
dorf
- Heinecke, Helmut // -Nr. 396 195 IdSuSD
Dresden
- Hermanns, Peter // -Nr. 350 779 IdSuSD
Dresden
- Himmel, Fritz // -Nr. 100 498 IdSuSD Düs-
seldorf
- Hirsemann, Johannes // -Nr. 385 461 IdSuSD
Stuttgart
- Hoffmann, Emil // -Nr. 424 195 IdSuSD
Dresden
- Hofmann, Erich // -Nr. 341 599 IdSuSD
Breslau
- Hüntten, Friedrich // -Nr. 404 629 IdSuSD
Düsseldorf
- Hüser, Claus // -Nr. 404 630 IdSuSD Dresden
- Hutsche, Herbert // -Nr. 422 369 IdSuSD
Hamburg
- Huwe, Ernst // -Nr. 307 870 IdSuSD Königs-
berg
- Jung, Dr. Herbert // -Nr. 375 072 IdSuSD
München
- Kains, Walter // -Nr. 297 274 IdSuSD Mün-
chen
- Karl, Dr. Rudolf // -Nr. 329 623 BdSuSD Prag
- Kefer, Georg // -Nr. 277 547 IdSuSD München
- Kehl, Ludwig // -Nr. 432 536 BdSuSD Metz
- Kersebaum, Erich // -Nr. 279 509 IdSuSD
Stettin
- Keunecke, Dr. Friedrich // -Nr. 451 857
IdSuSD Berlin
- Klaus, Bruno // -Nr. 300 282 Gruppe I B,
RSHA
- Kloth, Wilhelm // -Nr. 131 610 BdSuSD Kra-
kau
- Knuth, Fritz // -Nr. 413 316 IdSuSD Ham-
burg
- Kowal, Günter // -Nr. 254 291 Amt IV, RSHA
- Krause, Eugen // -Nr. 263 675 IdSuSD Stutt-
gart
- Krause, Fritz // -Nr. 203 254 Amt VI, RSHA
- Kummerow, Hans-Joachim, // -Nr. 415 887
IdSuSD Königsberg
- Lang, Dr. Erich // -Nr. 390 497 IdSuSD Salz-
burg
- Leber, Johann // -Nr. 308 111 BdSuSD Straß-
burg
- Lechner, Jakob // -Nr. 386 645 BdSuSD
Krakau
- Littmann, Fritz // -Nr. 368 140 IdSuSD Posen
- Marwede, Ernst // -Nr. 310 245 IdSuSD
Berlin
- Meier, Heinrich // -Nr. 322 143 IdSuSD Wien
- Meluhn, Walter // -Nr. 30 955 IdSuSD
Braunschweig
- Menn, Werner // -Nr. 71 314 IdSuSD Stettin
- Meyer, Paul // -Nr. 13 919 IdSuSD Danzig
- Mlodzik, Heinz // -Nr. 369 824 IdSuSD Düs-
seldorf
- Morgenstern, Karl // -Nr. 107 343 IdSuSD
Salzburg
- Müller, Dr. Josef // -Nr. 279 669 IdSuSD
Kassel
- Nawrot, Hans // -Nr. 451 892 IdSuSD Berlin
- Obenhack, Friedrich // -Nr. 414 795 IdSuSD
Stuttgart
- Oetzel, Eduard // -Nr. 404 679 Amt IV, RSHA
- Osterfeld, Kurt // -Nr. 415 894 IdSuSD Ham-
burg
- Pafelinsky, Heinz // -Nr. 322 140 IdSuSD
Posen
- Prasch, Helmut // -Nr. 324 823 IdSuSD Salz-
burg
- Rack, Rolf // -Nr. 57 502 IdSuSD Wien
- v. Ramin, Kurt // -Nr. 410 717 BdSuSD Prag
- Reinhardt, Heinz // -Nr. 322 127 Amt III,
RSHA
- Reshöft, Karl // -Nr. 385 413 IdSuSD Posen
- Röhrich, Hans // -Nr. 430 286 Amt II, RSHA

Rogge, Dr. Heinz // -Nr. 157 900 IdSuSD Stettin
 Ronge, Alfons // -Nr. 395 187 IdSuSD Breslau
 Sehr, Harry // -Nr. 290 040 IdSuSD Berlin
 Spiecker, Kurt // -Nr. 375 109 Amt IV, RSHA
 Schettler, Oskar // -Nr. 290 764 IdSuSD Dresden
 Schmischke, Walter // -Nr. 373 607 IdSuSD Königsberg
 Schrantz, Amandus // -Nr. 422 297 IdSuSD Düsseldorf
 Schubert, Herbert // -Nr. 200 720 IdSuSD Wiesbaden
 Steinkrauß, Albert // -Nr. 308 103 IdSuSD Danzig
 Stöbrich, Berthold // -Nr. 314 462 IdSuSD Breslau
 Tiedt, Dr. Friedrich // -Nr. 322 101 Amt III, RSHA
 Treichel, Bruno // -Nr. 280 117 IdSuSD Stettin
 Unruh, Ottomar // -Nr. 266 448 IdSuSD Königsberg
 Vierthaler, Fritz // -Nr. 320 711 IdSuSD Dresden
 Wagener, Ernst // -Nr. 422 315 Führerschule der SP
 Walter Gerhard // -Nr. 290 298 IdSuSD Wien
 Walter, Hans // -Nr. 160 887 IdSuSD Posen
 Wedermann, Albert // -Nr. 302 795 IdSuSD Wien
 Wegener, Willy // -Nr. 267 265 IdSuSD Düsseldorf
 Welch, Johann // -Nr. 407 021 IdSuSD Berlin
 Winter, August // -Nr. 396 305 BdSuSD Metz
 Worthoff, Hermann // -Nr. 162 819 BdSuSD Krakau
 Wuttke, Richard // -Nr. 267 398 IdSuSD Breslau
 Zimmermann, Alfred // -Nr. 272 624 IdSuSD Dresden
 Zimmermann, Heinz-Günter // -Nr. 396 146 IdSuSD Berlin
 Znidaric, Theodor // -Nr. 358 708 IdSuSD Wien

Zu // - Untersturmführern:

Avril, Franz // -Nr. 67 687 BdSuSD Krakau
 Bettke, Albert // -Nr. 82 468 IdSuSD Berlin
 Böttger, Herbert // -Nr. 265 343 Amt VI, RSHA
 Bramann, Valentin // -Nr. 218 430 IdSuSD Kassel
 Brunn, Edmund // -Nr. 163 137 IdSuSD Kassel
 Darmstädter, Adalbert // -Nr. 237 937 IdSuSD Düsseldorf
 Fest, Kurt // -Nr. 367 211 IdSuSD Breslau
 Franz, Dr. Herbert // -Nr. 301 233 IdSuSD Wien
 Fröde, Hermann // -Nr. 290 070 IdSuSD Posen
 Gegenwarth, Ernst // -Nr. 55 361 BdSuSD Krakau
 Grothe, Benno // -Nr. 157 864 IdSuSD Stettin
 Hachmann, Klaus // -Nr. 116 471 Amt III, RSHA
 Hermann, Kurt // -Nr. 396 372 Amt II, RSHA
 Hirschmann, Hans // -Nr. 351 667 Amt III, RSHA

Hoffmann, Reinhard // -Nr. 369 627 Amt IV, RSHA
 Hoth, Robert // -Nr. 432 527 IdSuSD Posen
 Hrosinek, Karl // -Nr. 390 541 IdSuSD Wien
 Huppert, Wilhelm // -Nr. 165 400 IdSuSD Düsseldorf
 Kalwa, Erwin // -Nr. 272 447 IdSuSD Berlin
 Kiefer, Hermann // -Nr. 112 741 BdSuSD Krakau
 Kierwald, Dr. Eduard // -Nr. 341 670 IdSuSD Dresden
 Kittler, Horst // -Nr. 50 832 Amt IV, RSHA
 Kittner, Franz // -Nr. 70 362 IdSuSD Posen
 Kleindienst, Hermann // -Nr. 422 255 IdSuSD Stuttgart
 Knetsch, Wilhelm // -Nr. 128 891 IdSuSD Düsseldorf
 Köbele, Max // -Nr. 10 090 BdSuSD Straßburg
 Kolasse, Günther // -Nr. 307 904 IdSuSD Breslau
 Kozik, Robert // -Nr. 337 590 Amt V, RSHA
 Kranz, Robert // -Nr. 423 482 IdSuSD Dresden
 Kranzusch, Max // -Nr. 337 401 Amt IV, RSHA
 Lenssen, Richard // -Nr. 109 062 IdSuSD Düsseldorf
 Luci, Horst // -Nr. 43 980 IdSuSD Braunschweig
 Ludwig, Adolf // -Nr. 340 042 Führerschule der SP
 Luschek, Fritz // -Nr. 348 135 IdSuSD Breslau
 Lux, Ernst // -Nr. 410 703 IdSuSD Breslau
 Mayrer, Georg // -Nr. 42 182 Amt I, RSHA
 Milbradt, Arnold // -Nr. 426 621 BdSuSD Krakau
 Minnieur, Hermann // -Nr. 272 609 Amt IV, RSHA
 Nagler, Max // -Nr. 290 455 IdSuSD Dresden
 Radam, Paul // -Nr. 385 545 IdSuSD Hamburg
 Freiherr Reisky v. Dubnitz, Franz // -Nr. 406 253 BdSuSD Prag
 Reulens, Claus // -Nr. 323 709 IdSuSD Dresden
 Röttger, Walter // -Nr. 396 390 IdSuSD Wiesbaden
 Schendel, Ferdinand // -Nr. 45 893 IdSuSD Braunschweig
 Schmieger, Alfred // -Nr. 428 702 BdSuSD Krakau
 Schützmeister, Rolf // -Nr. 452 193 IdSuSD Kassel
 Schultz, Helmuth // -Nr. 254 281 Amt II, RSHA
 Schulz, Ernst // -Nr. 37 363 IdSuSD Stuttgart
 Timper, Paul // -Nr. 404 726 IdSuSD München
 Walden, Franz // -Nr. 352 973 IdSuSD Posen
 Weichert, Günter // -Nr. 346 943 Amt IV, RSHA
 Weimershaus, Richard // -Nr. 67 409 IdSuSD Kassel
 Wispeler, Wilhelm // -Nr. 340 043 IdSuSD Hamburg
 Zagan, Richard // -Nr. 346 615 IdSuSD Düsseldorf
 Zager, Albert // -Nr. 404 752 Amt IV, RSHA
 Zimmermann, Alfred // -Nr. 399 910 IdSuSD Dresden

Befehlsblatt

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einsseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 20

Berlin, den 24. April 1943

4. Jahrgang



Für Führer und Reich gaben ihr Leben

als Angehörige der Wehrmacht oder Waffen-SS:

Dr. Adolf Rossberg, SS-Obersturmführer, Reichssicherheitshauptamt, im Januar 1943

Hermann Peter, SS-Hauptscharführer, SD-Hauptaußenstelle Karlsruhe, im Januar 1943

Karl Pauli, SS-Scharführer beim Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD in Wien, im Februar 1943

Helmut Seger, SS-Bewerber, a. pl. Kriminalassistent, Kriminalpolizeistelle Saarbrücken, im Februar 1943

Willi Seibt, SS-Hauptscharführer, Kriminalsekretär, Staatspolizeileitstelle Berlin, im Februar 1943

Heinrich Alt, SS-Hauptsturmführer, SD-Leitabschnitt Prag, im Februar 1943

Fritz Gessat, Kriminalsekretär, Kriminalpolizeistelle Tilsit, im März 1943

Bruno Herrmann, Kriminalsekretär, Kriminalpolizeistelle Tilsit, im März 1943

Kurt Prochatschek, Gefängnisangestellter beim Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Krakau, im März 1943

im Einsatz der Sicherheitspolizei und des SD:

Emil Hamm, Nottienstverpflichteter beim Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Warschau, im März 1943

Richard Haedicke, Kriminalangestellter, Staatspolizeileitstelle Berlin, im März 1943

Ludwig Salzmänn, SS-Scharführer, a. pl. Kriminalassistent, Kriminalpolizeistelle Kassel, im März 1943

Gerhard Dubas, Kriminalangestellter beim Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Warschau, im März 1943

Wir werden das Andenken an unsere Kameraden stets in hohen Ehren halten

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

Dr. Kaltenbrunner

SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitspolizei u. SD. RdErl. 3. 4. 43 Pol. Vorgehen gegen Fremdvölkische, die zum Wehrmachtsgeloge gehören. S. 120. — RdErl. 9. 4. 43 Devisenbewirtschaftung. Lohnüberweisungen nach Rumänien. S. 120. — RdErl. 10. 4. 43 Rechtsgrundlage f. d. sicherheitspolizeiliche Tätigkeit. S. 120. — RdErl. 10. 4. 43 Pol. Organisationen der Reichsbahn. S. 121. — RdErl. 12. 4. 43 Fluchtverhinderung bei Vernehmungen. S. 122. — RdErl. 13. 4. 43 Anrechnung der Krim.Ang.Dienstzeit u. der Dienstzeit bei der Hilfspolizei auf die Beamtendienstzeit im mittl. Vollzugsdienst. S. 122. — RdErl. 13. 4. 43 Vereinheitlichung der Seuchenbekämpfung. S. 123. — RdErl. 13. 4. 43 Beschaffungsstelle der Sich.Pol. u. Bekleidungslieferstelle Berlin. S. 123. — RdErl. 14. 4. 43 Devisenbewirtschaftung. Zahlungsregelung f. Sich.Pol., DS u. Wehrmacht. S. 124. — RdErl. 14. 4. 43 Vergütungssätze f. d. persönl. Aufwendungen f. Notdienstpflichtige, die außerhalb der

Reichsgrenze u. im Gen.Gouv. eingesetzt werden. S. 124. — RdErl. 14. 4. 43 Devisenbewirtschaftung. Kriegsbezügekonten der in der Wehrmacht u. den ihr im Kriegseinsatz gleichstehenden Verbänden dienenden ausl. Staatsangehörigen u. Auslandsdeutschen. S. 124. — RdErl. 14. 4. 43 Beschlagn. von Druckschriften, die nicht in die Liste des schäd. u. unerwünschten Schrifttums eingereiht sind. S. 124. — RdErl. 15. 4. 43 Anerkennungen. S. 125. — RdErl. 15. 4. 43 Zusammenarbeit der Dienststellen des Reichsforstmeisters mit dem SD. S. 125.

Geheime Staatspolizei. RdErl. 14. 4. 43 Übernahme von Hauptwachtmeistern der Gemeindefürsorgepolizei in den Reichsdienst als Krim.Ob.Assistenten. S. 125.

Verschiedenes. Verlust eines Dienstausweises. S. 125. — Berichtigung. S. 125.

Personalmitteilungen. S. 126.

Sicherheitspolizei und SD

Polizeiliches Vorgehen gegen Fremdvölkische, die zum Wehrmachtsgeloge gehören.

RdErl. des RFuChdDtPol. i. RMdI. vom 3. 4. 1943
— S II A 2 Nr. 4 III/43-176 —
(veröffentl. MBlV. S. 583)

(1) Im Einvernehmen mit dem OKW. weise ich darauf hin, daß die Zugehörigkeit fremdvölkischer Personen zum Wehrmachtsgeloge dem Festnahmerecht der Pol. nicht entgegensteht. Die Wehrmachtdienststellen sind durch RdErl. des OKW. v. 16. 2. 1943 — 14-260/43 AWA/WV (IV a)¹⁾ — entsprechend verständigt. Fremdvölkische Personen, die zum Wehrmachtsgeloge gehören, sind demnach polizeilich wie fremdvölkische Personen, die nicht zum Wehrmachtsgeloge gehören, zu behandeln.

(2) Soll die Festnahme einer fremdvölkischen Person, die zum Wehrmachtsgeloge gehört, in einem militärischen Dienstgebäude oder während des Dienstes vorgenommen werden, so ist der Leiter der militärischen Dienststelle vorher zu verständigen.

An alle Pol.Behörden. — Befehlsblatt S. 120.

¹⁾ Vgl. MVBl. 1943 S. 137 Nr. 131.

Devisenbewirtschaftung.

Lohnüberweisungen nach Rumänien.

RdErl. des RSHA. vom 9. 4. 1943
— II C 2⁴/Dev.St. Nr. 4094/43-290 b-1 —

(1) Der Reichswirtschaftsminister hat durch RdErl. 9/43 D.St. — R. St. v. 25. 3. 43 den bislang für gewerbliche Arbeiter 70,— RM monatlich betragenden Überweisungshöchstsatz mit Wirkung vom 1. 2. 43 an auf 130,— RM erhöht.

(2) Die bei den Dienststellen der Sich.Pol. u. des SD beschäftigten Volksdeutschen aus Rumänien sind hiervon zu unterrichten.

An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 120.

Rechtsgrundlage für die sicherheitspolizeiliche Tätigkeit.

RdErl. des RSHA. vom 10. 4. 1943
— II A 2 Nr. 7 V/43-176 —

Die in dem nachstehend abgedruckten Schreiben näher dargelegte Rechtsgrundlage für die sicherheitspolizeiliche Tätigkeit ist räumlich nicht begrenzt. Sie gilt überall dort, wo die Sich.Pol. tätig wird. Sofern außerhalb der Sich.Pol. stehende Stellen die Zulässigkeit sicherheitspolizeilicher Maßnahmen anzweifeln, empfiehlt es sich daher nicht, auf örtlich begrenzte Spezialermächtigungen der Sich.Pol. Bezug zu nehmen. Im Interesse einer einheitlichen rechtlichen Untermauerung der sicherheitspolizeilichen Tätigkeit ist vielmehr der in dem nachstehend abgedruckten Schreiben dargelegte Führerauftrag, die sogenannte „institutionelle Ermächtigung“ der Sich.Pol. anzuziehen.

An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 120.

Anlage:

Der Reichsminister des Innern
Pol. S. II A 2 Nr. 7 IV/43-176 —

Berlin, den 25. März 1943

Chef der Zivilverwaltung im Elsaß
in Straßburg
Bismarckplatz 5.

Betr.: Schließung von Beherbergungsbetrieben durch die Sicherheitspolizei.

Vorgang: Dortiges Schreiben vom 4. 12. 1942 — Verwaltungs- und Polizeiabteilung Nr. Vw. 77.966. —

Die Frage, ob das Preussische Gesetz über die Geheime Staatspolizei im Elsaß gilt oder nicht, ist für die Beurteilung der Zuständigkeit der Sicherheitspolizei unerheblich, da die von der Sicherheitspolizei getroffenen Maßnahmen ihre Rechtsgrundlage nicht in diesem Gesetz, sondern in dem Auftrag, den der Führer der Sicherheitspolizei erteilt hat, finden.

Nach diesem Führerauftrag hat die Sicherheitspolizei die deutsche Volksordnung in ihrem vom

Führer gewollten Bestand gegen alle Angriffe politisch-polizeilicher oder rein krimineller Natur zu schützen und die hierzu erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Die Sicherheitspolizei ist daher berechtigt, einen Gewerbebetrieb in eigener Zuständigkeit zu schließen, sofern dies aus sicherheitspolizeilichen Gründen erforderlich ist.

Die Frage zu entscheiden, ob derartige sicherheitspolizeiliche Gründe vorliegen oder nicht, liegt bei der Sicherheitspolizei und richtet sich nach sicherheitspolizeilichen Gesichtspunkten. Sie sind insbesondere dann zu bejahen, wenn die nach den Gesetzen zulässigen gewerbepolizeilichen Maßnahmen nicht oder nicht schnell genug zum Ziel führen. Hierbei ist jedoch zu beachten, daß das angestrebte Ziel in den meisten Fällen auch schnellstens auf dem Wege zu erreichen sein wird, der normalerweise für die Schließung eines Gewerbebetriebes vorgesehen ist, da die zuständigen Behörden der Ordnungspolizei zur vorläufigen Schließung ohne Verwaltungsverfahren ermächtigt sind und auch gegenüber nicht erlaubnispflichtigen Gewerbebetrieben die gebotenen polizeilichen Maßnahmen, nötigenfalls auch die Schließung durchführen können.

In rechtlicher Hinsicht ist daher die von der Sicherheitspolizei angeordnete Schließung der fraglichen Gewerbebetriebe nicht zu beanstanden.

In Vertretung:
gez. H. Himmler.

Polizeiliche Organisation der Reichsbahn.

RdErl. des RSHA. vom 10. April 1943

— II A 2 Nr. 145/43-176 —

Die seit längerer Zeit zwischen dem Reichsführer-~~SS~~ und Chef der Deutschen Polizei und dem Reichsverkehrsminister schwebenden Verhandlungen über eine Abgrenzung der Befugnisse der polizeilichen Organisationen der Reichsbahn gegenüber der ordentlichen Polizei haben zu folgendem Ergebnis geführt:

I. Reichsbahnüberwachungsdienst.

(1) Er wurde im Jahre 1934 im Einvernehmen mit dem Geheimen Staatspolizeiamt geschaffen. Seine damalige Aufgabe bestand in der Überwachung der Fahrgäste auf den Bahnhöfen und in den Zügen, insbesondere in der Überwachung des Grenzverkehrs und in der Verhinderung der Einfuhr staatspolizeilicher Druckschriften. Nach Schaffung einer reichseinheitlichen Polizeigewalt erübrigte sich eine weitere Betätigung des Reichsbahnüberwachungsdienstes auf staatspolizeilichem Gebiet. Dem Reichsverkehrsminister wurde daher die Auflösung des Reichsbahnüberwachungsdienstes nahegelegt. Der Reichsverkehrsminister hat den Reichsbahnüberwachungsdienst jedoch zunächst unter Änderung seines Aufgabengebietes weiter bestehen lassen. Als neues Betätigungsgebiet wurde dem Reichsbahnüberwachungsdienst durch den Verkehrsminister die Aufgabe zugewiesen, die Präsidenten der Reichsbahndirektionen als Gefolgschaftsführer und durch diese wiederum den Reichsverkehrsminister als den verantwortlichen Leiter des gesamten Personalwesens der Deutschen Reichsbahn über besondere Vorkommnisse und über die Stimmung innerhalb der Gefolgschaft als Auswirkung von Anordnungen und Maßnahmen der Verwaltung zu unterrichten.

(2) Im Verlauf weiterer Verhandlungen hat der Reichsverkehrsminister durch RdErl. vom 14. 7. 1942 den Reichsbahnüberwachungsdienst mit sofortiger Wirkung völlig aufgelöst. In einem ergänzenden Schriftwechsel hat er mitgeteilt, daß die Aufgaben

und Befugnisse des Reichsbahnüberwachungsdienstes durch seine Auflösung in Wegfall gekommen sind und daß an seine Stelle keine andere Organisation getreten sei. Lediglich für die Präsidenten der Reichsbahndirektionen bestehe im Rahmen ihrer Gefolgschaftsführung und -betreuung nach wie vor die Verpflichtung, sich über die Stimmung ihrer Gefolgschaft auf dem laufenden zu halten. Dies habe durch eine enge Fühlungnahme mit den im Betrieb tätigen Organisationen der Partei, der Arbeitsfront und des Amtes für Beamte zu geschehen.

(3) Durch diese Regelung sind die bisherigen Überschneidungen mit der politisch-polizeilichen und nachrichtendienstlichen Tätigkeit der Sich.Pol. u. des SD beseitigt.

II. Reichsbahnfahndungsdienst.

(1) Er ist ein Organ der Reichsbahnverwaltung, das kriminalpolizeiliche Angelegenheiten wahrnimmt. Seine Tätigkeit, die sich auf die Ermittlung von Diebstählen, Unterschlagungen von Transportgütern, Urkundenfälschungen in Reichsbahnangelegenheiten u. dgl. erstreckt, ist dem Reichsverkehrsministerium seinerzeit seitens des Reichsministers des Innern zugestanden worden. Eine genaue Klarstellung des Verhältnisses des Reichsbahnfahndungsdienstes zur Sich.Pol. wurde hierbei verabsäumt. In der Folgezeit ergaben sich daraus laufend Schwierigkeiten zwischen den örtlichen Dienststellen der Krim.Pol. und des Reichsbahnfahndungsdienstes.

(2) Zur Bereinigung dieser Schwierigkeiten ist der als Anlage abgedruckte gemeinsame RdErl. vom 15. 3. 1943 ergangen, der es dem RSHA. und den Kriminalpolizei(lei)stellen gestattet, die erforderliche Steuerung der Tätigkeit des Reichsbahnfahndungsdienstes vorzunehmen.

(3) Durch diesen gemeinsamen RdErl. sind die Bedenken, die bisher gegen die Bestellung von Reichsbahnfahndungsbeamten zu Hilfspolizeibeamten bestanden, in Wegfall gekommen. Dem Reichsverkehrsministerium wurde daher anheimgestellt, die Reichsbahndirektionen zu veranlassen, den örtlich zuständigen Kriminalpolizei(lei)stellen die Reichsbahnfahndungsbeamten, die Hilfspolizeibeamte werden sollen, namhaft zu machen. Diese haben die Anträge befürwortend an die Stellen, die für die Bestellung von Hilfspolizeibeamten zuständig sind, weiterzuleiten und dafür Sorge zu tragen, daß den Anträgen stattgegeben wird.

III. Bahn(schutz)polizei.

Sie übt ordnungspolizeiliche Befugnisse im Bereich des Bahngbietes aus. Grundsätzliche sicherheitspolizeiliche Belange werden durch die Bahnpolizei nicht berührt. Zur Zeit laufen Verhandlungen zwischen dem Hauptamt Ordnungspolizei und dem Reichsverkehrsministerium, die zu einer Klärung des Verhältnisses dieser beiden Organisationen zueinander führen sollen. Das Ergebnis dieser Verhandlungen steht noch offen.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 121.

Anlage:

Sicherheitspol. — Reichsbahnfahndungsdienst.

RdErl. d. RF~~SS~~uChdDtPol. im RmDI. u. d. RVM. vom 15. 3. 1943 — S II A 2 Nr. 616/42-176 u. 11 Vubgd 21 —

1. (1) Der Reichsbahnfahndungsdienst als Sonderdienst der Deutschen Reichsbahn untersteht dem RVM. Soweit er sicherheitspolizeiliche Aufgaben hat, wird er im Auftrage des RF~~SS~~uChdDtPol. im RmDI. tätig und arbeitet nach den ihm vom Chef der Sich.Pol. u. des SD im Einvernehmen mit dem RVM. erteilten

allgemeinen Weisungen. Die Reichsbahnfahndungsbeamten werden deshalb durch besondere Verfügung zu Hilfspol.-Beamten bestellt. Bis zum Erlass der allgemeinen Weisungen regelt sich die örtliche und sachliche Zuständigkeit der Reichsbahnfahndungsbeamten nach den als Anl. abgedruckten preußischen Bestimmungen.

(2) Soweit der Reichsbahnfahndungsdienst andere als sicherheitspolizeiliche Aufgaben zu erfüllen hat, bleibt die bisherige Weisungsbefugnis des RVM. unberührt.

2. Die Beamten des Reichsbahnfahndungsdienstes bleiben Bedienstete der Deutschen Reichsbahn. Haushaltsmäßig und in personeller Hinsicht unterstehen sie dem RVM.

3. Stärke und Aufbau des Reichsbahnfahndungsdienstes sowie Auswahl (vor allem politische Eignung) und Ausrüstung der Beamten regelt der RVM. im Einvernehmen mit dem Chef der Sich.Pol. u. des SD. Soweit die sicherheitspolizeiliche Schulung und Ausbildung in Frage kommen, liegt die Federführung beim Chef der Sich.Pol. u. des SD.

4. Um die erforderliche enge Zusammenarbeit zwischen RVM. und Chef der Sich.Pol. u. des SD zu gewährleisten, ordnet der RVM. einen Verbindungsbeamten zum RSHA. (Amt V) ab.

5. Das RSHA. (Amt V) kann den Reichsbahnfahndungsdienst und die Kriminalpol.- (Leit-) Stellen im Rahmen der allgemeinen Weisungen (Punkt 1) mit Weisungen versehen.

6. Für den einheitlichen sicherheitspolizeilichen Einsatz des Reichsbahnfahndungsdienstes ist der Leiter der für den Sitz jeder Reichsbahndirektion örtlich zuständigen Kriminalpol.- (Leit-) Stelle verantwortlich. Er bedient sich auf diesem Gebiet des Fahndungsdezernenten der Reichsbahndirektion, dessen eigene Verantwortlichkeit aufrechterhalten bleibt. Dem Leiter der Kriminalpol.- (Leit-) Stelle steht insbesondere das Recht zu, in die Geschäftstätigkeit des Reichsbahnfahndungsdienstes, soweit dieser sicherheitspolizeilich tätig wird, Einsicht zu nehmen, sich vom sicherheitspolizeilichen Ausbildungs- und Ausrüstungszustand zu überzeugen und polizeifachliche Weisungen zu erteilen.

7. Die Vorgänge über die vom Reichsbahnfahndungsdienst bearbeiteten Strafsachen werden von diesem auf dem Reichsbahndienstwege unmittelbar an die zuständigen Justizstellen weitergeleitet. Die Vorschriften über die Durchführung des kriminalpolizeilichen Meldedienstes und den Erkennungsdienst nach dem RdErl. v. 16. 7. 1937 — Ausf.-Best. zum RdErl. über die Neuordnung der staatl. Krim.Pol. usw. — (MBliV. S. 1152) haben auch für den Reichsbahnfahndungsdienst Geltung, soweit bezüglich der Strafsachen sachlich seine Zuständigkeit gegeben ist und nichts Abweichendes bestimmt wird.

An alle Pol.-Behörden.

An die Reichsbahndirektionen durch Abdruck.
— MBliV. S. 467.

Anlage:

Preuß. Bestimmungen über die örtliche und sachliche Zuständigkeit der Reichsbahnfahndungsbeamten.

1. Sachliche Zuständigkeit.

(1) In sachlicher Hinsicht gehören zum Aufgabenkreise des Fahndungsdienstes lediglich folgende Delikte:

- a) Diebstahl und Unterschlagung in Beziehung auf Sachen, welche von der Reichsbahn befördert oder verwahrt werden;

- b) Diebstahl, Unterschlagung und Untreue an Gegenständen, welche ein Bediensteter der Reichsbahn in amtlichem Gewahrsam (Mit- oder Alleingewahrsam) hat.

Die Bestimmungen unter a und b finden auch Anwendung, wenn in Beziehung auf eine Amtsunterschlagung einer der im § 351 StGB. bezeichneten Straferschwerungstatbestände verwirklicht ist.

- c) Fälschungen von Urkunden, die sich auf die Beförderung von Personen und Sachen oder auf die Aufbewahrung von Sachen im Betriebe der Reichsbahn beziehen;

- d) Betrug, soweit er mit den vorstehend genannten Fälschungen in Verbindung steht;

- e) fahrlässige Transportgefährdung, es sei denn, daß durch die herbeigeführte Gefahr ein Mensch getötet oder schwer verletzt worden ist (§ 224 StGB.).

(2) Bei allen anderen im Betriebe der Reichsbahnverwaltung vorkommenden Verbrechen und Vergehen, welche nicht unter a bis e genannt sind, sind die Reichsbahnfahndungsbeamten nur zur Vornahme des ersten Angriffs berechtigt, sofern Gefahr im Verzug obwaltet.

2. Örtliche Zuständigkeit.

(1) In räumlicher Hinsicht ist die Zuständigkeit der Reichsbahnfahndungsbeamten grundsätzlich auf das Bahngelände beschränkt. Außerhalb des Bahngeländes können sie selbständig, d. h. ohne Zuziehung der örtlichen Pol.-Organe, tätig werden in Fällen, in denen der Täter auf frischer Tat betroffen oder verfolgt wird, sowie in den Fällen der Nacheile im Sinne des § 167 GVG.¹⁾, soweit es sich um die unter 1 bezeichneten Straftaten handelt.

(2) Ergibt sich für den Reichsbahnfahndungsbeamten die Notwendigkeit, in anderen Fällen als in denen der Nacheile außerhalb des Bahngeländes polizeiliche Amtshandlungen vorzunehmen, so ist die örtlich zuständige Pol.-Behörde um deren Erledigung zu ersuchen. Diese hat dabei den Fahndungsbeamten, gegebenenfalls auch in Form der Auftragserteilung, zu beteiligen.

¹⁾ Vgl. RGBI. 1924 I S. 299.

Fluchtverhinderung bei Vernehmungen.

RdErl. des ChdSPudSD. vom 12. 4. 1943

— II A 1 Nr. 147/43-151 —

Zur Verhinderung von Fluchtfällen bei Vernehmungen ordne ich an, daß in allen Fällen, in denen den Umständen nach und im Hinblick auf die Bedeutung der Person des Festgenommenen eine verstärkte Fluchtgefahr oder Selbstmordgefahr anzunehmen ist, die zu Vernehmenden an Händen und Füßen mit Ringen oder Ketten zu fesseln sind.

An die Sich.Pol.

— Befehlsblatt S. 122.

Anrechnung der Kriminalangestelltendienstzeit und der Dienstzeit bei der Hilfspolizei auf die Beamten dienstzeit im mittleren Vollzugsdienste.

RdErl. der RF//uChdDtPol. i. RMdI. vom 13. 4. 1943

— S I A 1 a Nr. 138/43-352-4 —

Als Ergänzung des Abschnitts III, Ziffer 4c. meines RdErl. v. 1. 7. 1942 (MBliV. S. 1405) und in Abänderung meines RdErl. v. 23. 2. 1943 (Befehlsbl. 1943 S. 67) bestimme ich folgendes:

1. Bei allen derzeitigen Beamten und Beamtenanwärtern des mittleren Vollzugsdienstes der Sich.Pol. sowie bei allen Krim.Angest., die bis einschließlich 30. 6. 1942 in den Dienst der Sich.Pol. eingetreten sind und im Falle ihrer Eignung bis spätestens 1. 10. 1943 in die Beamtenlaufbahn des mittleren Vollzugsdienstes der Sich.Pol. übertreten, ist auf die für die Ernennung zu Kriminalassistenten und Kriminaloberassistenten vorgeschriebenen Gesamtdienstzeiten, die dem Beamtenverhältnis vorangegangene Dienstzeit als Kriminalangestellte bis zu einem Jahre voll, die darüber hinausgehende Dienstzeit als Krim.Angest. zu $\frac{3}{4}$ anzurechnen und bei der Festsetzung des BDA. in der Bes.Gr. A 8a nach Abschn. B II Abs. 1 des RdErl. v. 20. 3. 1941 (MBliV. S. 487) als Pol.Dienstzeit zu berücksichtigen.
 2. Für die ab 1. 7. 1942 in den Dienst der Sich.Pol. eingetretenen Krim.Angest. sowie die unter Ziffer 1 genannten Krim.Angest., die bis zum 1. 10. 1943 nicht in die Beamtenlaufbahn übertreten, verbleibt es im Falle der Übernahme in das Beamtenverhältnis des mittleren Vollzugsdienstes bei der bisherigen Regelung (Anrechnung der Kriminalangestelltendienstzeit bis zu einem Jahr).
 3. Absatz 1 des o. a. RdErl. v. 23. 2. 1943 erhält folgende Fassung:
 „(1) Mein RdErl. v. 11. 10. 1941 — O-Kdo. II P. I (1b) 367/41 — (MBliV. S. 1831), betreffend Dienstzeit bei der Hilfspolizei, ist sinngemäß auch auf die Beamten des mittleren Vollzugsdienstes der Sich.Pol. bei der Ernennung zu Kriminalassistenten und Kriminaloberassistenten anzuwenden.“
- An die Sich.Pol. — Befehlsblatt S. 122.

Vereinheitlichung der Seuchenbekämpfung.

RdErl. des RSHA. vom 13. 4. 1943

— I San. Nr. 495/43 —

(1) Um die Seuchenbekämpfung planmäßig gestalten zu können, wird angeordnet, daß bakteriologisches und serologisches Untersuchungsmaterial grundsätzlich zur Untersuchung in H -eigene Untersuchungsstellen einzusenden ist (Ausnahme siehe Ziff. 4).

(2) Den Dienststellen der Sich.Pol. u. des SD und ihren Lagern in den Provinzen Brandenburg, Sachsen und Pommern und in den Ländern Sachsen, Mecklenburg und Anhalt steht hierzu das Hygiene-Institut der Waffen- H , Berlin W 15, Knesebeckstraße 43/44, Tel. Nr. 91 86 41, App. 21, zur Verfügung.

(3) Für die Dienststellen der Sich.Pol. u. des SD und ihre Lager in der Provinz Schlesien, dem östlichen Protektorat und dem südlichen General-Gouvernement ist die Hygienisch-bakteriologische Untersuchungsstelle der Waffen- H Südost, Auschwitz 2, OS., Tel. 65, zuständig.

(4) Alle übrigen im Altreich gelegenen Dienststellen der Sich.Pol. u. des SD und ihre Lager senden ihr bakteriologisches Untersuchungsmaterial weiter wie bisher an die zivilen Untersuchungsämter, ihr serologisches Untersuchungsmaterial jedoch an das Hygiene-Institut der Waffen- H , Berlin W 15, Knesebeckstraße 43/44.

(5) Für die besetzten Ostgebiete stehen der Sich.Pol. u. des SD sowie ihren Lagern folgende Untersuchungsstellen zur Verfügung:

1. Für die Generalbezirke Litauen, Lettland und Estland:
Deutsches Hygiene-Institut für das Ostland Riga, Kronwaldsring 9, Tel. 20 895.
2. Für den Generalbezirk Weißruthenien:
Bakteriologisches Feldlaboratorium der Waffen- H Minsk/Ostland, Postfach 53.
3. Für das Reichskommissariat Ukraine:
Deutsches Hygiene-Institut für die Ukraine Kiew, Shitomirstraße 28.

(6) Auf dem Balkan befindet sich ein bakteriologisches Feldlaboratorium der Waffen- H bei der Freiwilligen H -Gebirgs-Division „Prinz Eugen“. Dieses kann von den Dienststellen des RSHA. mit benutzt werden.

(7) Die Errichtung neuer Institute wird laufend bekanntgegeben.

(8) Reihenuntersuchungen sind in jedem Fall nur in H -eigenen Untersuchungsstellen durchzuführen, weil sie im Krieg für die Zivilinstitute eine nicht tragbare Belastung darstellen.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 123.

Beschaffungsstelle der Sich.Pol. und Bekleidungslieferstelle Berlin.

RdErl. des RSHA. vom 13. 4. 1943

— II C 2⁵ Nr. 9168/43 —

(1) Im Zuge der organisatorischen Vereinfachung der Verwaltung wird die Bekleidungslieferstelle Berlin mit Wirkung vom 1. Mai 1943 in die Beschaffungsstelle der Sich.Pol. eingegliedert.

(2) Die Beschaffungsstelle der Sich.Pol. ist nunmehr

a) die zentrale Dienststelle für die Beschaffung, Lagerung und Verteilung der Bekleidung und Ausrüstung für alle Dienststellen der Sich.Pol. u. des SD,

b) die Bekleidungslieferstelle für die Bekleidungswirtschaft (Einzelausstattung) folgender Dienststellen:

RSHA.,
Staatspolizeileitstelle Berlin,
Kriminalpolizeileitstelle Berlin,
Staatspolizeistelle Potsdam,
Kriminalabteilung Potsdam,

c) die Dienststelle für die Einzelausstattung von versetzten oder zum Einsatz abgeordneten Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD in Berlin.

(3) Die Beschaffungsstelle der Sich.Pol. untersteht dem Ref. II C 2⁵ im RSHA. Alle Anforderungen und der allgemeine Schriftwechsel über die Bekleidungswirtschaft sind an das RSHA. — Ref. II C 2⁵ — zu richten. Die Beschaffungsstelle führt nur den Schriftwechsel (Belegwechsel) über die Annahme und Abgabe von Bekleidungs- und Ausrüstungsstücken.

(4) Die Beschaffungsstelle der Sich.Pol. befindet sich im Warenhaus Friedland, Berlin-Neukölln, Ecke Berliner- und Jägerstraße, Eingang Jägerstr. Nr. 1 bis 2. Sie ist zu erreichen mit der U-Bahn, Linie B, Station: Rathaus Neukölln. Ankunfts- und Abgangsbahnhof für Bahnfrachten: Güterbahnhof Berlin-Neukölln.

(5) Die versetzten oder zum Einsatz abgeordneten Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD melden sich zur Einzelnkleidung nicht mehr im Dienstgebäude Ko-

straße 64, sondern unmittelbar bei der Beschaffungsstelle der Sich.Pol.

(6) Der RdErl. vom 10. 9. 1942 — II C 2⁵ Nr. 9235/42 — (Befehlsbl. S. 267) wird hiermit aufgehoben.

An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 123.

Devisenbewirtschaftung.

Zahlungsregelung für Sicherheitspolizei, SD und Wehrmacht.

RdErl. des RSHA. vom 14. 4. 1943

— II C 2⁴/Dev.St. B. Nr. 5776/43-290 b-1 —

(1) Das Oberkommando der Wehrmacht hat den Wehrmachtkurs für Portugal mit Wirkung vom 1. 4. 1943 auf 100,— Esc. = 10,20 RM festgesetzt.

(2) Die der Zahlungsregelung für die Sich.Pol. u. den SD sowie für die Wehrmacht beigelegte Kurs-tabelle ist entsprechend zu ergänzen.

An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 124.

Vergütungssätze für die persönlichen Aufwendungen für Notdienstpflichtige, die außerhalb der Reichsgrenze und im Gen.Gouvernement eingesetzt werden.

RdErl. des RSHA. vom 14. 4. 1943

— II C 2² Nr. 2235/43-297-2 —

Nachstehenden RdErl. des RmDl. vom 12. 3. 1943 — I Ra 6259/43-268 C — (MBliV. S. 438) gebe ich hiermit bekannt. Die Anlage D des unter Ziff. 13 im Anhang zur Vorschrift über den Wirtschaftsverwaltungsdienst bei auswärtigen Einsätzen der Sich.Pol. (Befehlsbl. 1943 S. 37) enthaltenen Erlasses über Ersatz und Ergänzungskräfte ist zu berichtigen.

An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 124.

Anlage:

Der Reichsminister des Innern Berlin, den 12. 3. 1943
I Ra 6259/43-268 C

Die mit RdErl. vom 20. 10. 1941 (MBliV. S. 1885) bekanntgegebenen Vergütungssätze für die persönlichen Aufwendungen für Notdienstpflichtige, die außerhalb der Reichsgrenze und im Generalgouvernement eingesetzt werden, ändern sich infolge Erhöhung der entsprechenden Sätze für die Wehrmachtangehörigen wie folgt:

Die Geldabfindung zur Selbstverpflegung der Notdienstpflichtigen beträgt:

1. ab 1. 1. 1943		
im gesamten französischen Gebiet täglich	90 ffrs.	
in Belgien	57 ffrs.	
2. ab 1. 3. 1943		
in Italien	täglich	57 Lire,
in der Slowakei	"	72 Kronen,
in Ungarn	"	12 Pengö,
in Kroatien	"	120 Kuna,
in Rumänien	"	570 Lei,
in Bulgarien	"	195 Lewa,
in Serbien	"	120 Dinar,
in Griechenland	"	3600 Drachmen,
in Finnland	"	132 Finnmark.

An die Reichsstatthalter in den Reichsgauen (Landesregierungen) usw.

Devisenbewirtschaftung.

Kriegsbezügekonten der in der Wehrmacht und den ihr im Kriegseinsatz gleichstehenden Verbänden dienenden ausländischen Staatsangehörigen und Auslandsdeutschen.

RdErl. des RSHA. vom 14. 4. 1943

— II C 2⁴/Dev.St. Nr. 5778/43-290 b-1 —

1. (1) Der Reichswirtschaftsminister hat durch RdErl. 11/43 D.St. — R.St. vom 2. 4. 1943 die grundsätzlichen Bestimmungen über Kriegsbezügekonten der in der Wehrmacht und den ihr im Kriegseinsatz gleichstehenden Verbänden dienenden ausländischen Staatsangehörigen und Auslandsdeutschen neu geordnet und folgendes bestimmt:

(2) Ausländische Staatsangehörige und Auslandsdeutsche, die angehören

a) der Wehrmacht der Waffen-// und der Polizei,

b) den der Wehrmacht im Kriegseinsatz gleichstehenden Verbänden der //, der Polizei, des RAD., den LSW., der OT., des NSKK. einschließlich der NSKK-Transportbrigade Speer, des NSFK., der TN. und des DRK.,

c) den unter a) und b) aufgeführten Verbänden als Gefolgschaftsmitglieder,

haben in der Regel ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt nach wie vor im Ausland. Sie sind daher weiterhin devisenrechtlich Ausländer.

(3) Zur Erleichterung der sich aus dieser devisenrechtlichen Stellung ergebenden Schwierigkeiten habe ich die für die Zahlung der Kriegsbezüge zuständigen Zahlstellen ermächtigt, diese Bezüge zugunsten der Ausländer und Auslandsdeutschen auf deren bei inländischen Devisenbanken geführten oder gegebenenfalls einzurichtenden Konten — Kriegsbezügekonten — zu überweisen.

(4) Ich erteile den Kontoinhabern hiermit allgemein die Genehmigung, über diese aus Kriegsbezügen entstandenen Guthaben zu Zahlungen im Inland zu verfügen. Im übrigen unterliegen sie hinsichtlich ihres sonstigen Vermögens im Inland den devisenrechtlichen Beschränkungen als Ausländer im Sinne des Devisengesetzes.

Überweisungen zu Lasten dieser Kriegsbezügekonten in das Heimatland des Kontoinhabers sind nur mit Genehmigung der nach Ri I 14 Abs. 2e hierfür allein zuständigen Devisenstelle Berlin zulässig.

(5) Für Auslandsdeutsche, die durch das Wehrbezirkskommando Ausland einen Freistellungsbescheid erhalten haben, verbleibt es bei der darin getroffenen Regelung. Auch diese Personen können jedoch Kriegsbezüge mit Genehmigung der Devisenstelle Berlin in ihr Heimatland überweisen.

2. Die für die Überweisungen zu Lasten der Kriegsbezügekonten erforderlichen Genehmigungen sind für die Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD beim RSHA., II C 2⁴/Dev.St., zu beantragen.

An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 124.

Beschlagnahme von Druckschriften, die nicht in die Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums eingereiht sind.

RdErl. des RSHA. vom 14. 4. 1943

— IV C 3 — 4174/B —

Unter Bezugnahme auf meinen RdErl. vom 9. 1. 1941 — IV C 3 (neu) 4174/B. — (Befehlsbl. S. 103) teile ich folgende Druckschriften mit, die ohne Einreihung in die Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums zu beschlagnahmen und einzuziehen sind.

Hoffmann, Hermann, Prof.: „Die heilige Hedwig“, Schriftenreihe „Lebensschule der Gottesfreude“, Christkönig-Verlag, Meitingen b. Augsburg, 1934, 6. Auflage;

Jørgensen, Johannes: „Beuron“, übersetzt von Johann Mayrhofer, Verlag Breer u. Thiemann, Hamm/Westf.;

Krotsch, Franz: „Moskau diktiert“, Verlag „Das Berglandbuch“, Deutsche Vereinsdruckerei A. G., Graz;

Seidl, Alexander: „Zipser Typen — Volksdeutsche Schicksale in der Slowakei“, Verlag W. Wiesmüller in Wien;

Werdermann, Hermann: „Christliche Persönlichkeiten unserer Zeit“.

An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 124.

Anerkennungen.

RdErl. des ChdSPudSD vom 15. 4. 1943

— I A 1 b Nr. 42/43 —

Auf meinen Vorschlag hat der Reichsführer-~~SS~~ u. Chef der Dt. Pol. im RMdI. dem

Kriminaloberassistenten Rudolf Penker von der Kriminalpolizeistelle Klagenfurt und dem

Kriminalassistenten Hans Werba von der Staatspolizeistelle Klagenfurt — Grenzpolizeikommissariat Villach —

durch ein persönliches Schreiben seine Anerkennung für besonderen Pflichter bei der Durchführung einer wichtigen Fahndungsaktion ausgesprochen.

An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 125.

Zusammenarbeit der Dienststellen des Reichsforstmeisters mit dem Sicherheitsdienst des RF~~SS~~ (SD).

RdErl. des ChdSPudSD vom 15. 4. 1943

— II A 1 Nr. 2152 III/42-172 —

Der nachstehend abgedruckte RdErl. des Reichsforstmeisters wird zur Kenntnisnahme und Beachtung kanntgegeben.

Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 125.

Lage:

Zusammenarbeit der Dienststellen des Reichsforstmeisters mit dem Sicherheitsdienst des Reichsführers-~~SS~~ (SD).
RdErl. des Reichsforstmeisters vom 15. 2. 1943 — B 300 02-1 —

1. Der Sicherheitsdienst des Reichsführers-~~SS~~ (SD) hat als Nachrichtenorganisation für Partei und Staat wichtige Aufgaben zu erfüllen. Der Sicherheitsdienst wird damit auch im staatlichen Auftrage tätig. Dies erfordert auch ein enges und verständnisvolles Zusammenarbeiten zwischen dem Sicherheitsdienst und den forstlichen Dienststellen. Auf Anfrage des Sicherheitsdienstes ist deshalb im gleichen Umfange Auskunft zu erteilen, wie wenn es sich um Anfragen einer staatlichen Behörde handelt. Die Dienststellen des Sicherheitsdienstes sind ebenfalls im Rahmen des Möglichen zur Auskunftserteilung gegenüber den forstlichen Dienststellen angewiesen.

Der Verkehr zwischen dem SD und dem Reichsforstmeister erfolgt durch den Chef der Sicherheitsdienstes und den SD.

dem SD und den forstlichen Mittelbehörden (Forst- und Holzwirtschaftsämter, Landesforstämter, Landesforstverwaltungen und Regierungsforstämter) erfolgt durch die SD-(Leit)Abschnitte bzw. SD-Hauptaußenstellen, der Verkehr zwischen dem SD und den unteren forstlichen Dienststellen (Forst- und holzwirtschaftliche Sachverständige bei den unteren Verwaltungsbehörden und Forstämter) durch die SD-Außenstellen.

Der Verkehr zwischen den forstlichen Dienststellen und dem Chef der Sicherheitspolizei und des SD erfolgt durch den Reichsforstmeister. Der Verkehr zwischen den forstlichen Mittelbehörden und den SD-(Leit)Abschnitten bzw. Hauptaußenstellen durch die Leiter der forstlichen Mittelbehörden, der Verkehr zwischen den unteren forstlichen Dienststellen und den SD-Außenstellen erfolgt durch die Leiter der unteren forstlichen Dienststellen.

In Zweifelsfällen ist meine Entscheidung einzuholen, die ich im Einvernehmen mit dem Reichsführer-~~SS~~ treffen werde.

3. Der Sicherheitsdienst des Reichsführers-~~SS~~ ist personell und organisatorisch eine Einrichtung der Partei. Die Mitarbeit im Sicherheitsdienst steht daher einer Tätigkeit in der Partei gleich und wie diese selbstverständlich allen Angehörigen des Reichsforstmeisters offen.

Ich ersuche, entsprechend zu verfahren.

Geheime Staatspolizei

Übernahme von Hauptwachtmeistern der Gemeindefürsorgepolizei in den Reichsdienst als Kriminaloberassistenten.

RdErl. des RSHA. vom 14. 4. 1943

— I A 2 a Nr. 12 929/42 —

Abweichend von den bisher ergangenen Einzelentscheidungen des RSHA. zum RdErl. vom 20. 3. 1941 — Abschnitt B I, Abs. 2 — (MBliV. S. 487) können auch die aus den Gemeinden in die Geh. Staatspolizei übergetretenen Hauptwachtmeister der Schutzpolizei, die sich bereits am 31. 3. 1941 in Planstellen der Reichsbesoldungsgruppe A 7 c befanden, bei ihrer endgültigen Übernahme in den Reichsdienst als Kriminaloberassistenten in Planstellen der Besoldungsgruppe A 7 c eingewiesen werden.

An die Geh. Staatspolizei. — Befehlsblatt S. 125.

Verschiedenes

Verlust eines Dienstausweises.

Der am 28. 1. 1941 für ~~SS~~-Oberscharführer Hans Dörr, ~~SS~~-Nr. 291 500, erstellte rote Dienstausweis Nr. 572/41 ist verlorengegangen. Bei Auffindung wird um umgehende Rücksendung an das Referat I A 5 des RSHA. gebeten.

(I. A 5 d Az. 23 899)

— Befehlsblatt S. 125.

Berichtigung.

Im RdErl. vom 24. 3. 1943 — S II C 2* Nr. 5619/43-293 — (Befehlsbl. S. 90) muß es in Ziff. (1) b heißen: „bis zu 50, — RM monatlich für Leitstellen-Leiter-Vertreter“.

— S. 125.

Personalmitteilungen

Reichssicherheitshauptamt.

Versetzt: Pol.Ob.Insp. Schönfelder zum Kdr. Lublin;

Pol.Insp. Dorbandt zum Kdr. Lemberg.

Inspekteure, Befehlshaber u. Kommandeure der Sich.Pol. u. des SD.

Bestellt zum Chef der E.-Gr. Kroatien: //Obersturm-
bannführer Herrmann, z. Zt. Belgrad, unter
Aufhebung der Abordnung zur E.-Gr. D.

Abgeordnet: //Sturm-
bannführer Rudolf Denk
(Darmstadt) zum Befh. Oslo unter Aufhebung der
Abordnung zum Befh. Riga.

Übernommen in den Dienst der Sich.Pol. unter Er-
nennung zum Reg.Assessor: //Hauptsturmführer
Assessor K a p p e (beim Insp. Hamburg).

Staatspolizei(leit)stellen.

Versetzt: die Pol.Räte Friedrich (Bremen) zum
Kdr. Bialystok u. Settelmeier (Düsseldorf) n.
Litzmannstadt;

Pol.Ob.Insp. Mühlen (Saarbrücken) n. Düsseldorf;
die Pol.Insp. Ramthun (Kassel) zum RSHA.,
Heidenreich (Münster) n. Berlin, Weiß (Prag)
zum Kdr. Krakau, Bader (Zichenau-Schrötters-
burg) n. Prag u. Heinisch (Saarbrücken) n.
Wilhelmshaven;

Pol.Insp.Anw. Schüffelhauer (Berlin) n. Linz.

Im Wehrdienst oder im auswärtigen Einsatz.

Ernannt zu Hilfskriminalkommissaren: die Krim-
Komm.Anw. Kai Focke, Günter Ploen, Karl-
Heinz Schumann, Rolf Spacek, Helmuth
Stührk (sämtl. KPLSt. Hamburg) u. Günter
Schreiber (KPLSt. Breslau).

— Befehlsblatt 1943 S. 126.

Befehlsblatt

Ausgabe A

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 21

Berlin, den 30. April 1943

4. Jahrgang

— Diese Nummer erscheint nur als Ausgabe A —*)

Bekleidungsvorschrift für die Sicherheitspolizei.

RdErl. des RFfuChdDtPol. i. RMdI. vom 9. 1. 1943

— S II C 2⁵ Nr. 9863/42-313-1 —

Die nachstehende Bekleidungsvorschrift für die Sicherheitspolizei enthält die Angleichung der bisher für die verschiedenen Sparten und Dienstgrade geltenden Vorschriften über die Abfindung mit Dienstkleidung. Zur Vereinfachung der Verwaltungsarbeit wird nunmehr der Anspruch auf Dienstkleidung sowohl im Reich als auch in den besetzten Gebieten einheitlich dadurch abgegolten, daß die SS-Führer zur Beschaffung und Unterhaltung ihrer Dienstkleidung einen Dienstkleidungszuschuß erhalten, während den SS-Unterführern und -Männern die Dienstkleidung nach Maßgabe des Bedarfs aus Reichsbeständen unentgeltlich geliefert wird.

An Sicherheitspolizei u. SD.

Befehlsblatt S. 127.

Bekleidungsvorschrift für die Sicherheitspolizei.

Im Einvernehmen mit dem Herrn Reichsminister der Finanzen bestimme ich für die Ausstattung der Sicherheitspolizei mit Dienstkleidung folgendes:

1. Geltungsbereich.

(1) Die Bekleidungsvorschrift gilt für alle Angehörigen der Sicherheitspolizei (Geheime Staatspolizei einschl. Grenzpolizei und Kriminalpolizei), die nach Ziff. 2 Anspruch auf Dienstkleidung haben.

(2) Angehörige der Sicherheitspolizei im Sinne dieser Vorschrift sind auch die Ersatz- und Ergänzungskräfte, die Schutzmannschaften der Sicherheitspolizei und die Dolmetscher, wenn sie Dienstkleidung mit oder ohne Rangabzeichen tragen.

(3) Als Dienststellen im Sinne dieser Vorschrift gelten das Reichssicherheitshauptamt, die Befehlshaber, Inspektoren, Beauftragten und Kommandeure der Sich. Pol. u. d. SD, die Staatspolizei(leit)stellen und Kriminalpolizei(leit)stellen, die Schulen und die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei.

(4) Für die nicht mit Dienstkleidung ausgestatteten Ersatz- und Ergänzungskräfte gilt Ziff. 19, Absatz 1, Nr. 2 a) — c) des Erlasses vom 1. 7. 1942 — S II C 1 Nr. 3197/42-291-13 — (Befehlsbl. dChdSPudSD. S. 187).

2. Dienstkleidungsanspruch.

(1) Mit Dienstkleidung sind auszustatten:

A. Im Reichsgebiet

a) die Amtschefs, Gruppenleiter und Referenten des RSHA,

Drucke dieser Nummer können in be-
Umfange von RSHA. (II. C 2⁵) bezogen

b) die Inspektoren der Sich. Pol. u. d. SD sowie ihre Adjutanten und Gerichtsoffiziere, soweit sie Reichsbeamte oder -angestellte sind,

c) die Leiter der Staatspolizei(leit)stellen, ihr Vertreter sowie die Leiter der Abteilungen Verwaltung, Innenpolitik und Abwehr,

d) die Leiter der Kriminalpolizei(leit)stellen,

e) die Kommandeure, die Lehrer und das Stammpersonal der Schulen der Sicherheitspolizei,

f) die Beamten und männlichen Angestellten bei den Staatspolizei(leit)stellen und Kriminalpolizei(leit)stellen in den eingegliederten Ostgebieten, sofern sie in die SS aufgenommen sind oder als SS-Bewerber im Sinne des RdErl. vom 3. 6. 1942 — I A 1 a Nr. 95/41-VIII (nicht veröffentlicht) gelten,

g) die Beamten und männlichen Angestellten, die dauernd tätig sind
im Grenzpolizeidienst,
in den Arbeitserziehungslagern für Männer,
in den Kriegsgefangenenlagern und
im Schutzdienst, soweit erforderlich,

h) die männlichen und weiblichen Beamten und Angestellten
im Polizeigefängnisaufsichtsdienst,
in den Arbeitserziehungslagern für Frauen
und
in den Jugendschutslagern für Minderjährige,

i) die männlichen Beamten und Angestellten im Protektorat Böhmen und Mähren,

- k) die männlichen Beamten und Angestellten sowie die Nachrichtenhelferinnen und die weiblichen Beamten und Angestellten im Polizeigefängnisaufsichtsdienst bei den Dienststellen im Generalgouvernement.

Bei den unter a)–e) aufgeführten Uniformträgern ist die H -Zugehörigkeit Voraussetzung für das Tragen der Dienstkleidung.

B. Außerhalb des Reichsgebiets

- a) die männlichen Beamten und Angestellten sowie die Nachrichtenhelferinnen und die weiblichen Beamten und Angestellten im Polizeigefängnisaufsichtsdienst bei den Dienststellen in den besetzten Gebieten in Norwegen, in den Niederlanden, in Belgien, in Frankreich, auf dem Balkan und in der UdSSR., in Afrika und in den künftig noch von der Wehrmacht besetzten Gebieten,
- b) die Polizeiattachés und die Polizeiverbindungsführer sowie die männlichen deutschen Beamten und Angestellten ihrer Dienststellen.
- c) Den Angehörigen des SD wird während des Einsatzes außerhalb des Reichsgebiets — mit Ausnahme der Gebiete Elsaß, Lothringen, Luxemburg und im Bezirk Bialystok — Einsatzdienstkleidung aus Reichsbeständen unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

C. In Elsaß, Lothringen, Luxemburg, Untersteiermark, Oberkrain und im Bezirk Bialystok

sämtliche männlichen Beamten und Angestellten sowie die Nachrichtenhelferinnen und die weiblichen Beamten und Angestellten im Gefängnisaufsichtsdienst der Sicherheitspolizei.

(2) Für alle übrigen Angehörigen der Sicherheitspolizei, deren Uniformierung dienstlich notwendig wird, ist im Einzelfall die Genehmigung für die Ausstattung mit Dienstkleidung über das zuständige Fachamt des Reichssicherheitshauptamts nachzusuchen.

(3) Steht im Einzelfall die körperliche oder sonstige Eignung eines Angehörigen der Sicherheitspolizei für das Tragen der Dienstkleidung in Zweifel oder ist sie nicht gegeben, so kann der Dienststellenleiter anordnen, daß der Dienst in Zivilkleidung versehen wird.

3. Dienstkleidung.

Die Dienstkleidung für die männlichen Angehörigen der Sicherheitspolizei ist die feldgraue H -Uniform. Zur Dienstkleidung im Sinne dieser Vorschrift gehören die in der Anlage 1 aufgeführten Bekleidungsstücke, im folgenden „Dienstkleidung“ genannt. Für den Schnitt und die Verarbeitung der Dienstkleidungsstücke wird eine besondere Vorschrift erlassen. Über die Dienstkleidung der weiblichen Uniformträger folgen besondere Anordnungen.

4. Umfang der Ausstattung mit Dienstkleidung.

Die Ausstattung mit Dienstkleidung erfolgt nach der Anlage 1, soweit die vorhandenen Bestände dies zulassen. Für den Kraftfahrdienst wird die Sonderbekleidung und für besondere Aufgaben die zusätzliche Bekleidung und Ausrüstung aus Reichsbeständen unentgeltlich geliefert.

5. Beschaffungen.

Die zentrale Bekleidungswirtschaft in der Sicherheitspolizei wird zunächst noch beibehalten, weil die

Zuweisungen für Rohstoffe und Fertigwaren aller Art durch die Zentralbehörden in Berlin erfolgen. Die Beschaffung der gesamten Bekleidung und Ausrüstung sowie der Sportbekleidung erfolgt deshalb durch die Beschaffungsstelle der Sicherheitspolizei beim RSHA. in Berlin. Die übrigen Dienststellen der Sicherheitspolizei nehmen Beschaffungen nur vor, wenn dazu ein Auftrag oder die Genehmigung des RSHA. vorliegt. Für die Verbuchung der Einnahmen und Ausgaben sind der Kassenanschlag und die Buchungstafel zum Reichshaushalt der Polizei maßgebend.

6. Bekleidungslieferstellen.

(1) Als Bekleidungslieferstellen bestimme ich

A. im Reichsgebiet

- a) das Reichssicherheitshauptamt (Bekleidungslieferstelle Berlin) für die Reichsbeamten und -angestellten im RSHA. und beim Inspekteur der Sich. Pol. u. d. SD in Berlin, ferner für die Staatspolizeileitstelle Berlin, die Kriminalpolizeileitstelle Berlin und die Staatspolizeileitstelle Potsdam,
- b) die Schulen der Sicherheitspolizei,
- c) die Staatspolizei(leit)stellen für alle in ihrem Kassenanschlag aufgeführten Angehörigen der Sicherheitspolizei und für die Angehörigen der Kriminalpolizei(leit)stellen in ihrem Bezirk,
- d) die Kommandeure der Sich. Pol. u. d. SD im Generalgouvernement,

B. außerhalb des Reichsgebiets

- a) die Wirtschaftsstellen bei den Befehlshabern, Beauftragten und Kommandeuren für sämtliche Angehörige (Geheime Staatspolizei, Kriminalpolizei und SD) ihrer und der zugeordneten Dienststellen,
- b) die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei, solange sie noch keine ortsfesten Wirtschaftsstellen eingerichtet haben,

C. im Elsaß, in Lothringen, Luxemburg, Untersteiermark, Oberkrain und im Bezirk Bialystok

- a) die Kassenanschlagstellen im Elsaß, in Lothringen, Luxemburg und im Bezirk Bialystok,
- b) die Wirtschaftsstellen in der Untersteiermark und Oberkrain.

(2) Die Bekleidungslieferstellen führen in ihren Bereichen die gesamte Bekleidungswirtschaft selbstständig. Sie tragen die Verantwortung für die Verwaltung der Bestände, die Bewirtschaftung der zugewiesenen Geldmittel und die rechtzeitige Anforderung von Ersatzlieferungen.

(3) Jede Bekleidungslieferstelle bestimmt einen Verwaltungsbeamten als Sachbearbeiter für die Bekleidungswirtschaft. Diesem Sachbearbeiter ist auf Anforderung das erforderliche Hilfspersonal zur Verfügung zu stellen.

7. Angleichung der Dienstgrade.

Die H -Dienstgrade werden nach den RdErl. des ChdSPudSD. vom 1. 7. 1941 — I A 1 a Nr. 79/41 —, vom 1. 4. 1942 — I A 1 a Nr. 114/42 — und vom 19. 6. 1942 — I A 1 a Nr. 114/42 I — festgesetzt.

8. H - und Uniformausweis.

(1) Die Abgabe von Dienstkleidung wenn ein H - oder Uniformausweis

(2) Die Erteilung der Uniformausweise ist durch den Erl. des ChdSPudSD. vom 1. 4. 1942 — I A 1 a Nr. 114/42 — geregelt. (Siehe Anl. 3.)

9. Dienstkleidungszuschüsse und einmalige Einkleidungsbeihilfen für //-Führer.

(1) Die //-Führer, soweit sie als Beamte der Bes.Gr. A 5 b und höher oder als Angestellte der Vergütungsgruppe VI TO. A und höher angehören bzw. als Kriminalangestellte einen jährlichen Grundvergütungssatz von 3900 RM und höher beziehen, erhalten zur Beschaffung der Dienstkleidung einen kürzungs- und lohnsteuerfreien Dienstkleidungszuschuß, der zu Beginn des Rechnungsjahres in das Bekleidungskonto als Gutschrift einzutragen ist.

(2) Die Höhe des Dienstkleidungszuschusses setzt die oberste Dienstbehörde alljährlich fest. Er beträgt für die Rechnungsjahre 1942 und 1943 monatlich 30,— RM.

(3) Der Anspruch auf Gewährung des Dienstkleidungszuschusses beginnt mit dem Ersten des Monats, in dem die Ausstattung mit Dienstkleidung erfolgt, frühestens jedoch mit dem 1. April 1942. Der Anspruch endet mit Ablauf des Monats, in dem die Voraussetzung für das Tragen der Dienstkleidung entfällt.

(4) 1. Am Schluß des Rechnungsjahres stellen die Bekleidungsstellen aus allen vorhandenen Bekleidungskonten eine Nachweisung der im laufenden Rechnungsjahr eingetragenen Gutschriften mit folgenden Spalten auf:

1. Lfd. Nr.,
2. Nr. des Bekleidungskontos,
3. Dienstgrad,
4. Vor- und Zuname,
5. Für die Zeit von — bis,
6. Betrag.

2. Die Nachweisung ist festzustellen und der Gesamtbetrag bei Kap. 14 a Tit. 36 a ohne Bereitstellung von Mitteln in Ausgabe und gleichzeitig bei Kap. 14 a Tit. 36 durch Absetzen von der Ausgabe in Einnahme nachzuweisen.

3. Die Auszahlung der 50,— RM übersteigenden Gutschriften nach Ziff. 12 darf erst erfolgen, wenn die gesamte Umbuchung durchgeführt ist. Die Umbuchung erfolgt nur bei der Bekleidungsstelle, die am Schluß des Rechnungsjahres das Bekleidungskonto führt. Einzelbeträge sind während des Rechnungsjahres nicht umzubuchen.

(5) Die Verwendung des Dienstkleidungszuschusses ergibt sich aus Ziff. 12 (Bekleidungskonten). Die //-Führer können im Rahmen der Gutschrift im Bekleidungskonto die Dienstkleidung nach Anlage 1 selbst beschaffen oder nach Maßgabe der Bestände bei den Bekleidungsstellen empfangen. Die Rechnungen für selbstbeschaffte Stücke sind — mit Empfangsbescheinigung versehen — der Bekleidungsstelle zur Zahlung unter Anrechnung auf die Gutschrift vorzulegen.

(6) Übersteigt bei der erstmaligen Einkleidung eines //-Führers die Lastschrift den vollen Betrag des jährlichen Dienstkleidungszuschusses, so ist die Lastschrift in den folgenden Jahren vorweg mit $\frac{1}{4}$ des jährlichen Dienstkleidungszuschusses zu tilgen, bis der Gleichstand zwischen Gut- und Lastschrift erreicht ist. Der Kontoinhaber kann demnach von dem auf die erstmalige Einkleidung folgenden Rechnungsjahr ab bis zum Ausgleich seines Bekleidungskontos nur über $\frac{3}{4}$ des jährlichen Dienstkleidungszuschusses verfügen.

(7) Die Zahlung der einmaligen Einkleidungsbeihilfe ruht während des Krieges. Sie kann ausnahmsweise mit Genehmigung des RSHA. in Höhe der vorhandenen Lastschrift in Anspruch genommen werden:

- a) beim Tode des Kontoinhabers,
- b) bei seinem Ausscheiden aus der Sicherheitspolizei,
- c) bei der Versetzung oder dauernden Abordnung zu einer Dienststelle, bei der eine Verpflichtung zum Tragen der Dienstkleidung nicht besteht, außerdem
- d) für die Wiederbeschaffung von Dienstkleidungsstücken infolge Verlustes durch höhere Gewalt. Der gewährte Betrag ist bei Kap. 14 a, Tit. 36 a, ohne Bereitstellung von Mitteln zu buchen und unter Angabe des Geschäftszeichens am Kopf des Bekleidungskontos mit roter Tinte einzutragen.

(8) Soweit bisher an die zu Polizeioffizieren ernannten //-Führer Einkleidungsbeihilfen auf Grund des Erl. des RF// usw. vom 17. 6. 41 — S II C 2⁵ Nr. 7606/41-314-9 — gezahlt worden sind, ist das Abrechnungskonto über Einkleidungsbeihilfen mit dem Tage der Veröffentlichung dieser Bekleidungsverordnung abzuschließen. Der bis dahin gezahlte Betrag ist auf dem Bekleidungskonto des Pol. Offiziers mit roter Tinte zu vermerken. Sobald die einmalige Einkleidungsbeihilfe wieder gewährt wird, ist dieser Betrag darauf anzurechnen.

10. Abfindung der //-Unterführer und -Männer mit Dienstkleidung.

(1) Die //-Unterführer und -Männer erhalten freie Bekleidung und Ausrüstung. Ersatzkleidung wird nur gestellt, wenn die in Händen befindlichen Stücke unbrauchbar geworden sind. Beim Ersatz von Bekleidungs- und Ausrüstungsstücken besteht kein Anspruch auf Abgabe neuer Stücke; die als Ersatz ausgegebenen Stücke müssen aber gebrauchsfähig sein. Während des Krieges gelten die Tragezeiten nach Anlage 1 nur als Richtlinie, maßgebend für die Ersatzgestellung ist in jedem Falle der tatsächliche Zustand des bisher getragenen Bekleidungsstückes. Die Entscheidung darüber, ob ein Bekleidungs- oder Ausrüstungsstück noch tragfähig ist, trifft der Sachbearbeiter für das Bekleidungswesen, sofern nicht der Dienststellenleiter selbst entscheidet.

(2) Zur Vereinfachung der Verwaltung wird die Führung von Bekleidungskonten für //-Unterführer und -Männer aufgehoben. Die Dienstkleidung ist im Bekleidungsnachweis (Ziff. 13) nachzuweisen.

(3) Die vorstehende Regelung gilt auch für die weiblichen Uniformträger.

11. Eigentumsverhältnisse.

(1) Die den //-Führern zu Lasten des Bekleidungskontos gelieferte Dienstkleidung geht in das Eigentum des //-Führers über, sobald die Lastschrift im Bekleidungskonto gedeckt ist. Die Sonderbekleidung und die Ausrüstungsstücke bleiben Reichseigentum (siehe aber Ziff. 25 d).

(2) Die gesamte Bekleidung und Ausrüstung der //-Unterführer und -Männer sowie der weiblichen Uniformträger bleibt Reichseigentum, mit Ausnahme der Leibwäsche, die nach Ablauf der Tragezeit in das Eigentum des Trägers übergeht. Als Leibwäsche gelten bei Männern Brauhemden, Unterhemden und Unterhosen, und für weibliche Uniformträger Unterhemden und Schlüpfer.

Anlage 5

12. Bekleidungskonten für //-Führer.

(1) Für jeden //-Führer, der nach diesen Vorschriften Dienstkleidung erhält, ist von der zuständigen Bekleidungslieferstelle ein Bekleidungskonto anzulegen. In das Bekleidungskonto sind einzutragen:

Als Gutschrift:

- a) der Dienstkleidungszuschuß (vgl. Ziff. 9),
- b) die Entschädigung für Dienstkleidungsverluste,
- c) Anrechnungsbeträge für zurückgegebene Dienstkleidung bei der Entlassung usw.

Beträgt am Schluß eines Rechnungsjahres die Gutschrift mehr als 50,— RM, so verbleiben 50,— RM als Gutschrift, der Rest kann an den Kontoinhaber ausbezahlt werden.

Als Lastschrift:

- a) der Trage- oder Neuwert reichseigener Dienstkleidungsstücke, die sich am 1. 4. 1942 in Händen befanden oder nach diesem Tage aus Reichsbeständen empfangen worden sind,
- b) der Geldwert für Ersatzlieferungen,
- c) die Kostenrechnungen für selbstbeschaffte Dienstkleidung, soweit diese Vorschriften dazu ermächtigen,
- d) die Kostenrechnungen für Instandsetzungen (Ziff. 16),
- e) die 50,— RM übersteigende Gutschrift am Schluß des Rechnungsjahres, wenn sie ausbezahlt wird.

(2) Soweit für //-Führer bisher keine Bekleidungskonten geführt worden sind, müssen diese mit dem Ersten des Monats, in dem die Einkleidung erfolgt ist, frühestens jedoch mit dem 1. 4. 1942, angelegt werden. Der Tag der Einkleidung ist unter Angabe des Geschäftszeichens der Anordnung auf dem Bekleidungskonto zu vermerken.

(3) Die Sonderbekleidung und die Ausrüstungsstücke werden ohne Anrechnung auf das Bekleidungskonto abgegeben. Sie bleiben Reichseigentum. Im Bekleidungskonto sind sie auf Seite 4 (Ausrüstungskonto) einzutragen.

(4) Am Schluß des Rechnungsjahres, bei der Versetzung oder dauernden Abordnung zu einer anderen Dienststelle (Bekleidungslieferstelle) und beim Ausscheiden des Kontoinhabers ist das Bekleidungskonto abzuschließen, mit Feststellungsvermerk zu versehen und von dem Kontoinhaber durch Unterschrift anzuerkennen. Bei der Versetzung oder dauernden Abordnung zu einer Dienststelle, bei der Dienstkleidung weiterhin getragen wird, unterbleibt die Erstattung der Gut- oder Lastschrift zwischen den Dienststellen. Bei der Entlassung oder Versetzung zu einer Dienststelle, bei der eine Verpflichtung zum Tragen der Dienstkleidung nicht besteht, ist die errechnete Gutschrift auszuzahlen oder der Lastschriftsbetrag einzuziehen. (Zur Abgeltung der Lastschrift s. Ziff. 9, Abs. 7.)

(5) Beim Ableben eines //-Führers ist die Gutschrift an die Erben auszuzahlen. Besteht eine Lastschrift, so ist nach Ziff. 9, Abs. 7 zu verfahren.

(6) Die ausgezahlten Gutschriftsbeträge sind bei Kap. 14 a Tit. 36 zu verbuchen. Die erstatteten Lastschriftbeträge sind bei Kap. 10 a Tit. 2, Ut. 7 in Einnahme nachzuweisen.

13. Bekleidungsnachweis für //-Unterführer und -Männer sowie für die weiblichen Uniformträger.

(1) Für die //-Unterführer und -Männer wird ein Bekleidungsnachweis geführt. Die gelieferten Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke sind in dem Bekleidungsnachweis mit dem Tragewert (in Fünfteln)

nachzuweisen. Sind die Stücke ausgetragen und zurückgegeben, so sind sie im Bekleidungsnachweis zu streichen.

(2) Bei der Ernennung zum //-Führer können die in Händen befindlichen Dienstkleidungsstücke belassen werden. Sie sind mit dem Tragewert als Lastschrift in das Bekleidungskonto zu übernehmen.

(3) Bei der Entlassung von //-Unterführern und -Männern sind die Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke einzuziehen. Für fehlende Stücke ist der Wert zu erstatten.

(4) Für die weiblichen Uniformträger gelten Absatz 1 und 3 sinngemäß.

14. Nachweis der Bekleidungskonten und Bekleidungsnachweise.

Zum Nachweis des Verbleibs sind die Bekleidungskonten für //-Führer und die Bekleidungsnachweise für //-Unterführer und -Männer sowie für weibliche Uniformträger in getrennten Übersichten mit einer laufenden Nummer und folgenden Spalten nachzuweisen:

- a) Lfd. Nr. des Bekleidungskontos (Bekleidungsnachweises),
- b) Tag des Zugangs,
- c) Bezeichnung der bisherigen Dienststelle,
- d) Tag des Abgangs und Tgb.-Nr. des Überweisungsschreibens,
- e) Bezeichnung der neuen Dienststelle oder Verbleib des Bekleidungskontos (Bekleidungsnachweises).

15. Versetzungen und Abordnungen.

(1) Bei Versetzungen und dauernden Abordnungen ist das Bekleidungskonto oder der Bekleidungsnachweis an die neue Dienststelle abzugeben, wenn der Uniformträger nach dieser Vorschrift dort auch weiterhin Dienstkleidung trägt. Ein Belegwechsel ist nicht erforderlich (s. Ziff. 17, Abs. 2). Wird bei der neuen Dienststelle keine Dienstkleidung getragen, so sind die Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke einzuziehen. Falls die Abreise infolge Fehlens von Zivilkleidung oder aus anderen Gründen in Uniform ausgeführt werden muß, kann ein Marschanzug belassen werden. Die Abgabe dieser Uniformstücke erfolgt bei der neuen Bekleidungslieferstelle.

(2) Die Sportbekleidung sowie die Signalpfeife mit Kette und die Knebelkette sind in jedem Falle mitzugeben.

(3) Bei jeder Versetzung und dauernder Abordnung haben die Personaldienststellen der zuständigen Bekleidungslieferstelle einen Abdruck des Versetzungs- oder Abordnungserlasses zu übersenden.

16. Bedarfsanmeldung.

(1) Die Bekleidungslieferstellen fordern ihren Bedarf an Bekleidungs- und Ausrüstungsstücken auf dem Dienstwege beim RSHA. — Ref. II C 2⁵ — an. Bei jeder Anforderung ist die Kopfstärke, der vorhandene Bestand und der Bedarf zahlenmäßig darzustellen, damit insbesondere bei der Zuweisung von Mangelware eine gleichmäßige Verteilung der vorhandenen Bestände möglich ist. Die Anforderungen sind zeitlich — soweit angängig — auf vier bis fünf Anforderungen im Rechnungsjahr zu beschränken.

(2) Die Dienstkleidungsstücke für die zu Polizeioffizieren ernannten //-Führer sind — wie bisher — beim Reichssicherheitshauptamt besonders anzufordern.

17. Bestandsnachweis.

(1) Der Nachweis der Bestände und die Kontrolle über die verausgabte Bekleidung und Ausrüstung so-

Anlage 6

wie die Führung der Bekleidungskonten und -nachweise obliegt dem Sachbearbeiter für das Bekleidungs- wesen bei den Bekleidungsstellen.

(2) Sämtliche für die Einzelausstattung aus Kammerbeständen entnommenen Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke sind in den Bestandsbüchern auf Grund der Sammelausgabebelege endgültig in Ausgabe nachzuweisen. Damit erübrigt sich später der Belegwechsel bei Versetzungen und Abordnungen.

(3) Zur Vereinfachung der Verwaltung sind Besatzstücke, und zwar: Ärmelheftsabzeichen, Schulterstücke für Hf -Führer, -Unterführer und -Männer, SD-Rauten, Winkel für alte Kämpfer, Spiegel, Abzeichensterne sowie Besatzschnüre für Spiegel und Kragen nicht mehr im einzelnen zu buchen, sondern nach Bedarf an die Empfänger von Dienstkleidungs- stücken abzugeben. Zum Buchausgleich ist viertel- jährlich der vorhandene Bestand festzustellen und der Unterschied zwischen dem buchmäßigen und tatsäch- lichen Bestand in Abgang zu stellen.

(4) Es sind folgende Bestandsbücher und Nach- weise zu führen:

- Anlage 7 Bestandsbuch I für Bekleidungsstücke, die zu Lasten der Bekleidungskonten und Nachweise geliefert werden (s. Anlage 1),
- Anlage 8 Bestandsbuch II für alle fertigen Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke sowie Sonderbekleidungs- stücke, die nicht im Bestandsbuch I nachgewiesen werden,
- Anlage 9 Bestandsbuch III für Materialien in 3 Abschnitten, und zwar:
 - Abschnitt 1: „Uniformstoffe und Schneidermate- rialien“,
 - Abschnitt 2: „Schuhmachermaterialien“,
 - Abschnitt 3: „Maschinen und Werkzeuge“,
- Anlage 10 Bestandsbuch IV für Pferde- und Hundausrüstungen,
- Anlage 11 Bestandsbuch V für ausgesonderte Sachen in 3 Ab- schnitten, und zwar:
 - a) für ausgesonderte Sachen aus dem Bestands- buch I,
 - b) für ausgesonderte Sachen aus den Bestands- büchern II und III,
 - c) für ausgesonderte Sachen aus dem Bestands- buch IV,
- Anlage 12 Leihbuch für verliehene Bekleidungs- und Aus- rüstungsstücke,
- Anlage 13 Sammelausgabebeleg für das Bestandsbuch I,
- Anlage 14 Sammelausgabebeleg für das Bestandsbuch II,
- Anlage 15 Sammeleinnahmebeleg für das Bestandsbuch I,
- Anlage 16 Sammeleinnahmebeleg für das Bestandsbuch II,
- Anlage 17 Empfangs- und Einnahmeschein.

(5) Die Bestandsbücher sind sorgfältig zu führen und vierteljährlich in Einnahme und Ausgabe abzu- schließen.

(6) Die Vordrucke können von der Druckerei Franz Dietzler, Berlin N 20, Prinzenallee 84, beschafft werden, wenn im Standort keine Möglichkeit für die Anfertigung besteht. Vordrucke für Bekleidungs- konten und -nachweise sind bei der Materialverwal- tung des RSHA. anzufordern.

18. Prüfung der Dienstkleidung.

Die Dienstkleidung ist bei jedem Dienstantritt auf Sauberkeit und guten Sitz nachzusehen; außerdem ist mindestens vierteljährlich einmal bei den Dienst- stellen die Dienstkleidung der Uniformträger auf Zu- stand und Vollzähligkeit zu prüfen. Die Prüfung ist

von dem Dienststellenleiter oder dem geschäftsleiten- den Verwaltungsbeamten vorzunehmen. Der Sach- bearbeiter für die Bekleidungswirtschaft ist in jedem Falle hinzuzuziehen, damit festgestellte Mängel sofort abgestellt werden.

19. Reinigung und Instandsetzungen.

(1) Die Uniformträger sind verpflichtet, die Dienstkleidung pfleglich zu behandeln und die recht- zeitige Instandsetzung zu veranlassen.

(2) Die Hf -Führer haben die Instandsetzungs- arbeiten an ihrer Dienstkleidung selbst ausführen zu lassen. Die Kostenrechnungen können, sofern sie den Betrag von 10,— RM überschreiten, zur Bezahlung bei der Bekleidungsstelle vorgelegt werden. Der Rechnungsbetrag ist in das Bekleidungskonto als Lastschrift einzutragen.

(3) Die Instandsetzung der Dienstkleidung für Hf -Unterführer und -Männer erfolgt kostenlos in den Handwerksstuben bei der Bekleidungsstelle. Sofern eine Handwerksstube nicht vorhanden ist, sind mit Privatfirmen entsprechende Preise zu vereinbaren. Die entstandenen Kosten sind auf die Reichskasse zu übernehmen. Die Einrichtung von Handwerksstuben bedarf der Zustimmung des Reichssicherheitshaupt- amtes.

20. Preisverzeichnis, Verluste und Ver- käufe.

(1) Das Preisverzeichnis für Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke der Sicherheitspolizei vom 29. 1. 1941 — IE a 2⁵ Nr. 7092/41 — gilt für alle Dienststellen der Sicherheitspolizei.

(2) Die aufgeführten Preise sind bei der Abgabe oder bei Verlusten von Bekleidungs- und Ausrüstungs- stücken in Ansatz zu bringen. Sofern es sich um ge- brauchte Stücke handelt, ist der Wert nach Fünfteln festzusetzen. Im Preisverzeichnis nicht aufgeführte oder von der Dienststelle selbst beschaffte Stücke, deren Preis höher ist als der Einheitspreis in der Liste, sind mit dem Anschaffungspreis in Rechnung zu stellen.

(3) Bei Verkäufen und Verlusten tritt zu den Preisen des Preisverzeichnisses oder des Anschaffungs- preises ein Verwaltungskostenzuschlag von 5 v. H. Zu Verkäufen ist die Genehmigung des RSHA. einzu- holen. Bei Verlusten darf die Inabgangstellung bis zum Werte von 20,— RM von den Bekleidungsliefer- stellen in eigener Zuständigkeit, bei höheren Be- trägen nur auf schriftliche Weisung des RSHA. er- folgen.

21. Uniform als Totenkleid.

(1) Dem im Dienst verstorbenen Uniformträger kann an Stelle des Totenhemdes die Dienstkleidung ohne Werterstattung als Totenkleid mitgegeben wer- den. In erster Linie sind hierfür jedoch eigene Dienst- kleidungsstücke zu verwenden.

(2) Die Dienstkleidung von Angehörigen der Sicherheitspolizei und des SD, die an Fleckfieber oder anderen gemeingefährlichen Krankheiten verstorben sind, ist zu verbrennen. Sofern nicht reichs- oder landesgesetzliche Bestimmungen über die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten dies verbieten, kann diese Dienstkleidung auch als Totenkleid verwendet werden.

(3) Für Hf -Führer ist der Geldwert der als Toten- kleid verwendeten Dienstkleidungsstücke im Be- kleidungskonto als Gutschrift einzutragen.

(4) Die als Totenkleid für Hf -Unterführer und -Männer verwendete Dienstkleidung ist im Beklei- dungsnachweis abzusetzen. Der Ausgabebeleg ist mit einem kurzen Vermerk zu versehen.

22. Aussonderung.

(1) Die Aussonderung von Bekleidungs- und Ausrüstungsstücken erfolgt durch eine Abschätzungskommission der Bekleidungslieferstelle. Diese besteht aus dem geschäftsleitenden Verwaltungsbeamten, dem Rechnungsrevisor und dem Sachbearbeiter für die Bekleidungswirtschaft. Es sind nur tatsächlich unbrauchbare und für keinen Dienst mehr verwendbare Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke auszusondern. Eine sorgfältige Auswahl und die Anlegung eines strengen Maßstabes sind hierbei notwendig.

(2) Die ausgesonderten Stücke sind bis zur anderweitigen Verarbeitung im Bestandsbuch V nachzuweisen und unter besonderen Verschuß zu nehmen, damit sie nicht zur Verschleierung und Deckung von Fehlbeständen verwendet werden können.

23. Altsachenverwertung.

Die ausgesonderten Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke sind — soweit möglich — in den Handwerksstuben als Flickmaterial zu verwenden. Vor der Ausgabe an die Handwerksstube sind die Stücke so herzurichten, daß sie als Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke nicht mehr verwendet werden können. Beim Anfall größerer Mengen von Altsachen ist dem RSHA zu berichten.

24. Tragen von Zivilkleidung.

Für das Tragen von Zivilkleidung während der Ausübung des Dienstes wird eine Entschädigung nicht gewährt.

25. Überleitungsbestimmungen.

Für die Überleitung bestimme ich folgendes:

a) FF-Führer:

(1) Die bisher für FF-Führer angelegten Bekleidungskonten bleiben bestehen. Ist für einen FF-Führer bisher kein Bekleidungskonto geführt worden und hat dieser schon vor dem 1. April 1942 Dienstkleidung getragen, so sind alle Dienstkleidungsstücke, die er am 1. April 1942 in Händen hatte, nach Anlage 1 mit dem Tragewert in das Bekleidungskonto einzutragen, den diese Stücke am 1. April 1942 noch besaßen. Dagegen sind nach dem 1. April 1942 empfangene Dienstkleidungsstücke mit dem Neuwert als Lastschrift zu buchen. Sofern der Kontoinhaber bei einer anderen Dienststelle eingekleidet worden ist, sind die erforderlichen Unterlagen von dieser Dienststelle anzufordern.

(2) Ist ein FF-Führer erst nach dem 1. April 1942 mit Dienstkleidung ausgestattet worden, so ist das Bekleidungskonto mit Wirkung vom Ersten des Monats zu eröffnen, an dem die Ausstattung mit Dienstkleidung erfolgte.

(3) Die Ausrüstungsstücke und die Sonderbekleidung der FF-Führer sind in jedem Fall im Bekleidungskonto, Abschnitt „Ausrüstungskonto“, einzutragen.

(4) Zur Abgeltung der Ansprüche auf Dienstkleidungszuschuß muß für das Rechnungsjahr 1942 eine besondere Regelung getroffen werden, da voraussichtlich beim Erscheinen der Bekleidungsvorschrift das Rechnungsjahr 1942 abgelaufen ist. Zunächst ist bei jedem FF-Führer festzustellen, welcher Betrag nach den vorstehenden Ausführungen als Gut- oder Lastschrift zu buchen ist. Alsdann ist nach Ziff. 9, Abs. 4, zu verfahren, und zwar ist ausnahmsweise der Dienstkleidungszuschuß für das Rech-

nungsjahr 1942 bei Kap. 14 a Tit. 36 a des Kassensanhschlages für das Rechnungsjahr 1943 in Ausgabe nachzuweisen und gleichzeitig bei Kap. 14 a Tit. 36 für das Rechnungsjahr 1943 durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen. Die Abrechnung für das Rechnungsjahr 1943 ist dagegen erst am Schluß des Rechnungsjahres 1943 vorzunehmen.

(5) Da die Bekleidungslieferstellen in den eingegliederten Ostgebieten, im Generalgouvernement und im Protektorat Böhmen/Mähren die den Betrag von 50,— RM übersteigenden Gutschriften auf Grund des Erl. vom 16. 3. 1943 — S II C 2⁵ Nr. 9006/42 — bereits bei Kap. 14 a Tit. 36 a in Ausgabe nachgewiesen haben, buchen diese Bekleidungslieferstellen für das Rechnungsjahr 1942 nur den Unterschiedsbetrag zwischen der Jahresgutschrift und den an die FF-Führer bereits ausgezahlten Beträgen um.

(6) Die zu Polizeioffizieren in der Sicherheitspolizei ernannten FF-Führer haben vom Tage der Veröffentlichung dieser Vorschrift ihre Dienstkleidung — wie die übrigen FF-Führer — über das Bekleidungskonto zu beschaffen. Die monatliche Zahlung des Dienstkleidungszuschusses ist einzustellen. Die Besoldungsstellen teilen der zuständigen Bekleidungslieferstelle in jedem Falle mit, bis zu welchem Tage der Dienstkleidungszuschuß gezahlt worden ist. Die zuständige Bekleidungslieferstelle legt auf Grund dieser Mitteilung ein Bekleidungskonto für den FF-Führer an und trägt den bis zum Schluß des Rechnungsjahres noch zustehenden Dienstkleidungszuschuß als Gutschrift in das Bekleidungskonto ein.

b) FF-Unterführer und -Männer:

(1) Die Führung der Bekleidungskonten für FF-Unterführer und -Männer wird mit Wirkung vom 1. April 1942 aufgehoben. Mit Rücksicht auf alle FF-Unterführer und -Männer in den besetzten Gebieten, die zwar Dienstkleidung getragen haben, für die aber bisher kein Bekleidungskonto geführt worden ist, darf vom Tage der Bekanntgabe dieser Bekleidungsvorschrift an eine Auszahlung der Gutschriften nicht mehr erfolgen. Zum Ausgleich wird auf die Einziehung der Lastschriften in den Bekleidungskonten der FF-Unterführer und -Männer verzichtet. Soweit aber nach dem 1. April 1942 vorhandene Gutschriften bereits ausgezahlt oder Lastschriften eingezogen worden sind, behält es dabei sein Bewenden. Schwebende Vorgänge dieser Art sind nach Veröffentlichung dieser Vorschrift nicht mehr zu bearbeiten und abzulegen.

(2) Werden in den bisher geführten Bekleidungskonten für FF-Unterführer und -Männer Bekleidungsstücke nachgewiesen, deren Tragezeit noch nicht abgelaufen ist, so sind sie in den Bekleidungsnachweis zu übernehmen. Sofern die Einkleidung der Unterführer und Männer bei einer anderen Dienststelle erfolgt ist, ist sinngemäß wie bei den FF-Führern zu verfahren.

c) Einziehung von Dienstkleidung.

Alle Angehörigen der Sicherheitspolizei, die bisher aus Anlaß eines Einsatzes usw. Dienstkleidung erhalten haben, für die aber in ihrem jetzigen Wirkungskreis eine Verpflichtung zum Tragen der Dienstkleidung nach Ziff. 2 nicht besteht, haben die empfangenen Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke bei der zuständigen Bekleidungslieferstelle abzugeben.

d) Abgabe ausgetragener Dienstkleidung.

Zur Erfassung und Verwertung aller Rohstoffe sind während des Krieges beim Verkauf von Ersatzdienstkleidungsstücken an HH -Führer die ausgetragenen Stücke ohne Werterstattung an die Bekleidungslieferstelle zurückzugeben. In soweit gilt Ziff. 11 (Eigentumsverhältnisse), Absatz 1, Satz 1, während der Dauer des Krieges nicht.

26. Aufhebung von Vorschriften.

Folgende Vorschriften werden hiermit aufgehoben:

- a) Erl. des RF HH usw. vom 16. Februar 1940 — S I E 2 Nr. 8823/39 —, betr. Dienstkleidung für die Angehörigen der Sicherheitspolizei in den neuen Ostgebieten sowie in Böhmen und Mähren, (nicht veröffentlicht).
- b) Erl. des RF HH usw. vom 26. März 1940 — S I E 2 Nr. 8823/39 —, betr. Ausführungsbestimmungen zur Vorschrift über die Dienstkleidung von Angehörigen der Sich.Pol. in den neuen Ostgebieten sowie in Böhmen und Mähren, (nicht veröffentlicht).

c) Erl. des RF HH usw. vom 7. Mai 1940 — S I E 2 Nr. 15 866/40 —, betr. Verbuchung und Erstattung von Vorschüssen für lange Stiefel und Braunhemden, (nicht veröffentlicht).

d) Erl. des RF HH usw. vom 13. September 1940 und 16. Januar 1941 — S I E a 2⁵ Nr. 17 028/40 —, betr. Entschädigung für das Tragen von langen Stiefeln und Braunhemden, (nicht veröffentlicht).

e) Erl. des RF HH vom 17. Juni 1941 — S II C 2⁵ Nr. 7606/41-314-9 —, betr. Einkleidungsbeihilfen, Dienstkleidungszuschüsse und Beschaffung der Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke für die zu Polizeioffizieren in der Sicherheitspolizei ernannten HH -Führer, (nicht veröffentlicht).

f) Erl. des RF HH usw. vom 27. Januar 1942 — S II C 2⁵ Nr. 8140/41-319-3. Ang. —, betr. Kleiderkassenordnung der Grenzpolizei der Geheimen Staatspolizei, (Befehlsblatt S. 21).

g) Erl. des RF HH usw. vom 23. März 1942 — S II C 2⁵ Nr. 8419/42 —, betr. Vernichtung von Dienstkleidungsstücken bei gemeingefährlichen Krankheiten, (Befehlsblatt S. 103).

27. Inkrafttreten.

Diese Vorschrift tritt mit Wirkung vom 1. April 1942 in Kraft.

Anlage 1

Ausrüstungsplan für die Dienstkleidung von Angehörigen der Sicherheitspolizei.

Anzahl für		Bezeichnung	Tragezeit Monate	Bemerkungen
Führer	Männer			
1	1	Dienstmütze	12	Nur in besonderen Fällen
1	1	Feldmütze	12	
1	1	Winterdienstmütze nach Art der Schirmmütze	12	
1	1	Dienstrock	10	Einheits-tuch
1	1	Stiefel- oder Fallhose ..	8	
1	1	Tuchmantel	30	
1	—	Wettermantel	30	
1	1	Drillichrock	12	
1	1	Drillichhose	12	
2	2	Braunhemden	6	
2	2	Binder	6	
1	1	Paar Dienststiefel oder Schnürschuhe	17	
			23	
1	—	Paar feldgraue Lederhandschuhe	18	
1	1	Leibriemen mit Schloß ..	36	

Anmerkung:

Die Ausstattung nach dem vorstehenden Ausrüstungsplan erfolgt nur insoweit, als die vorhandenen Bestände dies zulassen. Weitere Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke für den Einsatz werden unentgeltlich aus Reichsbeständen zur Verfügung gestellt.

Anlage 2

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

I A 1 a Nr. 79/41

Berlin, den 1. Juli 1941

Schnellbrief

An die
Ämter, Gruppen u. Ref. des RSHA., Verteiler C.

Befehlshaber, Inspekture und Kommandeure der Sich.Pol. u. des SD, Staatspolizei(lei)stellen, Kriminalpolizei(lei)stellen u. Kriminalabteilungen, SD-(Lei)Abschnitte, Grenzsinspektoren I—III, Führerschule der Sich.Pol. in Berlin-Charlottenburg, Sich.Pol.-Schule in Fürstenberg, Grenzpolizeischule in Pretzsch, SD-Schulen in Bernau und Fulda, Beauftragten des Chefs der Sich.Pol. u. des SD in Paris und Brüssel.

Betrifft: Aufnahme von Angehörigen der Sicherheitspolizei in die HH und Angleichungsbeförderungen für HH -Männer der Sicherheitspolizei u. des SD.

Der RdErl. vom 23. 6. 1938 — S V 3 Nr. 72/38 — (MBliV. Seite 1089) und vom 26. 3. 1940 — S I E 2 Nr. 8823/39 — (nicht veröffentl.) sind in Zukunft nicht mehr anzuwenden. An ihre Stelle treten die in der Anlage beigefügten Bestimmungen. Es handelt sich hierbei um einen neuen Erlaß über die Aufnahme und die Angleichungsbeförderung von Angehörigen der Sicherheitspolizei u. des SD, den der Reichsführer- HH nach Kriegsende zu genehmigen beabsichtigt, der aber auf seine Anordnung in der Zwischenzeit probeweise einzuführen ist.

Um die, durch die teilweise sich widersprechenden Bestimmungen der bisher geltenden Erlasse geschaffenen Unklarheiten zu beseitigen, ordne ich an, daß die probeweise in Kraft gesetzten Bestimmungen des neuen Dienstgradangleichungserlasses mit Wirkung vom 15. 7. 1941 bei sämtlichen Dienststellen der Sicherheitspolizei u. des SD durchgeführt sein müssen. Nach dem 15. 7. 1941 darf kein Angehöriger der Sicherheitspolizei u. des SD andere Dienstgradabzeichen mehr tragen, als diejenigen, die ihm nach den beigefügten Bestimmungen zustehen.

Die neuen Bestimmungen erstrecken sich auch auf die Fälle, in denen Uniformträger auf Grund früherer Bestimmungen oder durch die falsche Auslegung früherer Bestimmungen nunmehr niedrigere Dienstgradabzeichen anlegen müssen.

Alle Dienststellenleiter sind für die strikte Durchführung dieses Erlasses verantwortlich. Anträge auf Ausnahmeregelungen sind zwecklos.

Anlage zu I A 1 a Nr. 79/41

Aufnahme von Angehörigen der Sich.Pol. in die // und Angleichungsbeförderungen für //Männer der Sich.Pol. u. des SD.

Mit dem Ziele des Aufbaues eines einheitlich ausgerichteten Staatsschutzkorps des nationalsozialistischen Reiches und der Verschmelzung der Angehörigen der Deutschen Polizei mit der Schutzstaffel der NSDAP. bestimme ich folgendes:

- I. (1) Angehörige der Sich.Pol. können auf Antrag in die Schutzstaffel der NSDAP. aufgenommen werden, wenn sie
 1. die allgemeinen Bedingungen der // erfüllen und
 2. a) bis zum 30. 1. 1933 (einschließlich) Mitglied der NSDAP. oder ihrer Gliederungen (SA., NSKK., HJ.) geworden sind, auch wenn sie inzwischen aus den Gliederungen in Ehren ausgeschieden sind
oder
 - b) seit einem vor dem 30. 1. 1933 liegenden Zeitpunkt förderndes Mitglied der // sind
oder
 - c) wenigstens drei Jahre in der Sich.Pol. unter der Führung des RF-// Dienst geleistet und sich bewährt haben.
- (2) Die Zulassung der Aufnahme eines weiteren Personenkreises behalte ich mir persönlich vor.
- (3) Die Aufnahme nach den allgemeinen Bedingungen wird durch diesen RdErl. nicht berührt.

- II. (1) Die Eingliederung in die // erfolgt in der Regel dem Polizeidienstgrad entsprechend.
- (2) Hauptamtliche Angehörige des Sicherheitsdienstes des RF-// können zum einem ihrer SD-Dienststellung entsprechenden //Dienstgrad befördert werden, es sei denn, daß ihre hauptamtliche Tätigkeit nur von vorübergehender Dauer ist.
- (3) Die Angestellten der Sich.Pol. können in den //Dienstgrad eingegliedert werden, der dem ihrer Tätigkeit entsprechenden Beamten-dienstgrad entspricht.
- (4) Die Angleichungsbeförderungen erfolgen von Fall zu Fall. Würdigkeit nach Leistung und Alter ist Voraussetzung jeder Angleichungsbeförderung. Die erstmalige Angleichung setzt eine mindestens 6monatige Probedienstzeit bei der Sich.Pol. oder dem SD voraus, es sei denn, daß der Anzugleichende in der SA., dem NSKK. oder dem NSFK. einen entsprechenden Dienstgrad innegehabt hat.
- (5) Die Festsetzung der //Dienstgrade für Amtschefs, Befehlshaber, Inspekture und Leiter besonders wichtiger Gruppen im RSHA. wird von Fall zu Fall vorgenommen.
- (6) //mäßige Beförderungen über den Rahmen der nachstehenden Bestimmungen hinaus können nur in außergewöhnlichen Fällen zur Anerkennung besonderer Leistungen erfolgen. Soweit Angehörige der Sich.Pol. u. des SD bis zum Erlass dieser Bestimmungen in höhere //Dienstgrade befördert worden sind, hat es hierbei sein Bewenden.

- III. (1) Es entsprechen bei Beamten der Sich.Pol.:

der	der	dem
	Amtsgehilfe Botenmeister Hausmeister	//-Unterscharführer
apl. Kriminalassistent	apl. Polizeiasistent	//-Scharführer
Kriminalassistent	Polizeiasistent Polizeigefängnisoberwachmeister	//-Oberscharführer
Krim.-Ob.-Ass.	Polizeigefängnishauptwachmeister	//-Hauptscharführer
Kriminalsekretär	Polizeisekretär Kanzleisekretär	//-Sturmscharführer bis Untersturmführer
Krim.-Ob.-Sekretär Hilfs-Krim.-Komm. Krim.-Komm. zPr.	Pol.-Ob.-Sekretär techn. Obersekretär apl. Pol.-Inspektor	//-Untersturmführer
Krim.-Inspektor Kriminalkommissar	Ministerialregistrator Pol.-Inspektor (auch mit Zulage) Assessor	//-Obersturmführer
Krim.-Komm. mit mehr als 3 Dienstjahren Krim.-Rat	Pol.-Ob.-Inspektor Reg.-Assessor Pol.-Rat Amtmann	//-Hauptsturmführer
Krim.-Rat mit mehr als 3 Dienstjahren Krim.-Direktor Regierungs- und Krim.-Rat	Pol.-Rat mit mehr als 3 Dienstjahren Amtmann mit mehr als 3 Dienstjahren Amtsrat Regierungsrat	//-Sturmabführer

der	der	dem
Ob.-Reg. u. Krim.-Rat	Ob.-Reg.-Rat Oberstleutnant der Polizei	⚡-Obersturmbannführer
Reg.- und Krim.-Direktor Reichskriminaldirektor	Reg.-Direktor Ministerialrat Oberst der Polizei	⚡-Standartenführer

- (2) Die aus freien Berufen hervorgegangenen Anwärter im Vorbereitungsdienst (Amtsgehilfen a. Pr., Polizeiassistentenanwärter, Kriminalassistentenanwärter, Kriminalkommissaranwärter) werden grundsätzlich in die ⚡ als Staffelmänner aufgenommen. Sie können nach den allgemeinen Bedingungen der ⚡ bis zu dem folgenden Dienstgrad aufsteigen:

Amtsgehilfen a. Pr.	} bis zum ⚡-Unterscharführer
Polizeiassistentenanwärter	
Kriminalassistentenanwärter	} bis zum ⚡-Haupt-scharführer
Polizeiinspektorenanwärter	
Kriminalkommissaranwärter	

- (3) Die aus der Schutzpolizei hervorgegangenen Anwärter (Amtsgehilfen a. Pr., Polizei-

assistentenanwärter, Kriminalassistenten z. Pr. und Kriminaloberassistenten z. Pr.) erhalten den gleichen Dienstgrad, wie er für die Beamten nach ihrer planmäßigen Anstellung (Amtsgehilfen, Polizeiassistenten, Kriminalassistenten und Kriminaloberassistenten) vorgesehen ist.

- (4) Die Polizeiinspektorenanwärter, die aus der Schutzpolizei hervorgehen, sind als ⚡-Haupt-scharführer in die ⚡ einzugliedern.

- (5) Die dreijährige für Kriminalkommissare, Kriminalräte, Amtsmänner und Polizeiräte vorgesehene Dienstzeit ist grundsätzlich von der planmäßigen Anstellung bzw. der Beförderung an zu berechnen.

- (6) Es entsprechen bei den Angestellten der Sich.Pol.:

der	der	bis zum
Krim.-Ang. mit einem jährl. Grundvergütungssatz von 2000,— RM	Der Büroangestellte der Vergr.-Gr. IX der TO. A (Vergütung: 1740,— RM bis 2364,— RM)	⚡-Scharführer
Krim.-Ang. mit einem jährl. Grundvergütungssatz von 2250,— RM und 2520,— RM	Büroang. der Verg.-Gr. VIII der TO. A (Verg.: 2028,— RM bis 2700,— RM)	⚡-Oberscharführer
Krim.-Ang. mit einem jährl. Grundverg.-Satz von 2700,— und 3000,— RM	Büroang. d. Vergr.-Gr. VII der TO. A (Verg.: 2376,— RM bis 3510,— RM)	⚡-Hauptscharführer
Krim.-Ang. mit einem jährl. Grundverg.-Satz von 3300,— und 3600,— RM	Büroang. d. Vergr.-Gr. VI der TO. A (Verg.: 3000,— RM bis 4296,— RM)	⚡-Sturmscharführer bis ⚡-Untersturmführer
Krim.-Ang. mit einem jährl. Grundverg.-Satz von 3900,— bis 5400,— RM bis zu 15 Dienstjahren	Büroang. d. Verg.-Gr. V der TO. A (Verg.: 3408,— RM bis 4920,— RM)	⚡-Obersturmführer
Krim.-Ang. mit einem jährl. Grundverg.-Satz von 3900,— RM bis 5400,— RM mit über 15 Dienstjahren	Büroang. der Verg.-Gr. IV der TO. A (Verg.: 3972,— RM bis 5652,— RM)	⚡-Hauptsturmführer
Krim.-Ang. mit einem jährl. Grundverg.-Satz von 6000,— RM bis zu 15 Dienstjahren		
Krim.-Ang. mit einem jährl. Grundverg.-Satz von 6000,— RM mit über 15 Dienstjahren	Büroang. der Verg.-Gr. III, II und I der TO. A. Verg.: 4800,— bis 7152,— RM, 5750,— bis 8280,— RM, 6600,— bis 9480,— RM	⚡-Sturmbannführer

Kriminalangestellte, die als Kraftfahrer verwendet werden, erhalten ihren ⚡-Dienstgrad von Fall zu Fall.

IV. (1) Es entsprechen bei den hauptamtlichen Angehörigen des Sicherheitsdienstes des RF-~~SS~~:

die	dem
Hilfskräfte	~~SS~~ -Unter- bis ~~SS~~ -Hauptscharführer
Geschäftsführer von SD-Außenstellen (Untersturmführer-Planstellen)	~~SS~~ -Hauptscharführer und ~~SS~~ -Untersturmführer
Sachbearbeiter	~~SS~~ -Unter- bis ~~SS~~ -Hauptsturmführer
Hilfsreferenten des RSHA Abteilungsleiter in den SD-Leitabschnitten, bei den Inspektoren und Befehlshabern der Sicherheitspolizei und des SD	~~SS~~ -Hauptsturmführer und ~~SS~~ -Sturmbannführer
Führer von SD-Abschnitten Referenten im RSHA	~~SS~~ -Sturmbannführer und ~~SS~~ -Obersturmbannführer
Führer von SD-Leitabschnitten Gruppenleiter im RSHA	~~SS~~ -Obersturmbannführer und ~~SS~~ -Standartenführer

(2) a) Die Beförderung zu dem der SD-Dienststellung entsprechenden ~~SS~~-Dienstgrad darf nur erfolgen, wenn der Anzugleichende bestimmte Mindestdienstzeiten bei der Par-

tei und ihren Gliederungen (nach den Berechnungsvorschriften der Parteidienstauszeichnungen) abgeleistet hat, und zwar:

Bei Beförderung zum	Aktive Partei-Dienstzeit	Hauptamtliche Dienstzeit beim SD bzw. der Polizei
~~SS~~ -Standartenführer	12 Jahre	5 Jahre
~~SS~~ -Obersturmbannführer	10 "	4 "
~~SS~~ -Sturmbannführer	8 "	3 "
~~SS~~ -Hauptsturmführer	6 "	2 "
~~SS~~ -Obersturmführer	4 "	1½ "
~~SS~~ -Untersturmführer	3 "	1 Jahr

Die Ableistung der zweijährigen Dienstpflicht bei der Wehrmacht bzw. der Waffen-~~SS~~ wird als aktive Parteidienstzeit berechnet.

Auf die hauptamtliche Dienstzeit beim Sicherheitsdienst bzw. der Polizei werden diejenigen Dienstzeiten angerechnet, die bei anderen Dienststellen der NSDAP. (hauptamtlich) und bei Behörden des Reiches und der Länder oder bei öffentlich-rechtlichen Körperschaften abgeleistet werden.

b) die Beförderung zu dem einer SD-Dienststellung entsprechenden niedrigsten ~~SS~~-Dienstgrad kann frühestens mit der endgültigen Einweisung in die Planstelle erfolgen. Bis zur rangangleichenden Beförderung hat die Einsetzung kommissarisch zu erfolgen.

Die Beförderung zu einem nächsthöheren ~~SS~~-Dienstgrad kann frühestens drei Jahre nach der letzten Beförderung erfolgen. Ausnahmen sind dem RF-~~SS~~ vorbehalten.

V. (1) Der Nicht-Besitz des SA-Wehrdienstabzeichens und Reichssportabzeichens hat während des Krieges auf die Durchführung dieses Erlasses keinen Einfluß.

(2) In die ~~SS~~ aufgenommene Angehörige der Sich.Pol. werden gemäß näherer Anordnung des Chefs der Sich.Pol. u. des SD den Einheiten des Sicherheitsdienstes zugeteilt.

(3) Der Chef der Sich.Pol. u. des SD regelt die ~~SS~~-Dienstverhältnisse und ~~SS~~-Dienstverpflichtungen der in die ~~SS~~ aufgenommenen Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD.

VI. (1) Die Anträge von Angehörigen der Sich.Pol. auf Aufnahme in die ~~SS~~ sind auf dem Dienstwege an den Chef der Sich.Pol. zu richten.

(2) Die Anträge sind nach nachstehendem Muster vorzulegen:

Muster:

Ich bitte gemäß RdErl. des RF~~SS~~uChdDtPol. im RMdL. vom 23. 6. 1938 — S V 3 Nr. 72/38 — (RMBliV. S. 1089) in der Fassung vom 1. 7. 1941 — I A 1 a Nr. 79/41 — um Aufnahme in den Sicherheitsdienst des RF-~~SS~~.

Vor- und Zuname:

(Dienstgrad und Dienststelle)

Geburts- tag, Monat, Jahr:

Geburtsort:
 Parteimitgl.-Nr., Ortsgruppe:
 Letzter //, SA-, NSKK- oder HJ-Dienstgrad und
 Dienst-Nr., letzte //, SA- bzw. HJ-Dienststelle

Ausgeschieden aus der // usw. am.....
 (unter Angabe, ob unmittelbar in die Polizei
 übergetreten, andernfalls, welche Dienstverhält-
 nisse in der Zwischenzeit?)

Eintrittstag in die NSDAP, //, SA, HJ

Förderndes Mitglied der // seit

In der Sicherheitspolizei beschäftigt
 seit

An

den Chef der Sicherheitspolizei

Auf dem Dienstwege

- (3) Die Antragstellung für hauptamtliche SD-
 Angehörige erfolgt von Amts wegen.
 Übergangsvorschriften erläßt der Chef der
 Sich.Pol. u. des SD.

VII. Dieser Runderlaß ist allen Angehörigen der
 Sich.Pol. u. des SD bekanntzugeben.

An Sicherheitspolizei u. SD.

Anlage 3

Der Chef der Sicherheitspolizei
 und des SD

I A 1 a Nr. 114/42

Berlin, den 1. April 1942.

An alle
 Dienststellen der Sich.Pol. u. des SD
 — Verteiler D —

Betrifft: Anwendbarkeit des Dienstgradanglei-
 chungserlasses vom 1. 7. 1941 — I A 1 a
 Nr. 79/41 — auf die Einkleidung von An-
 gehörigen der Sich.Pol., deren Aufnahme
 in die // noch nicht erfolgt ist.

Vorgang: RdErl. v. 1. 7. 1941 — I A 1 a Nr. 79/41
 nebst Anlage,
 RdErl. v. 4. 7. 1941 — I A 1 a Nr. 79/41
 (Berichtigung).

Der Dienstgradangleichungserlaß vom 1. 7. 1941
 — I A 1 a Nr. 79/41 — ist seit seiner Herausgabe
 Grundlage der rangmäßigen Einkleidung derjenigen
 Männer gewesen, deren Aufnahme in die // noch
 nicht erfolgt ist, deren Uniformierung aber aus
 dienstlichen Rücksichten — vor allem im Einsatz —
 notwendig wurde. Um mit der vor Herausgabe des
 Erlasses betätigten unzuweckmäßigen Praxis sowohl
 bei der //mäßigen Angleichung von in die // auf-
 genommenen Beamten als auch vor allem bei der
 rangmäßigen Einkleidung Nicht-//-Angehöriger
 Schluß zu machen, war weiter bestimmt worden, daß
 kein Angehöriger der Sich.Pol. nach dem 15. 7. 1941
 andere //Dienstgradabzeichen tragen dürfe als die-
 jenigen, die nach den Angleichungsbestimmungen in
 Frage kämen. Trotz dieses eindeutigen Hinweises ist
 immer wieder die Beobachtung gemacht worden, daß
 bei zahlreichen Einsatzdienststellen unzulässigerweise
 höhere Dienstgradabzeichen getragen werden. Ich er-
 suche nunmehr letztmalig um strikte Durchführung
 des Erlasses vom 1. 7. 1941 und sehe mich gleichzeitig
 veranlaßt, nachstehende Ausführungsbestimmungen
 für die Einkleidung Nicht-//Angehöriger, soweit sie
 dienstlich erforderlich wird, herauszugeben.

Dieser Runderlaß geht allen Dienststellen der
 Sich.Pol. u. auch des SD zu, da er eine Ausführungs-
 bestimmung zum Dienstgradangleichungserlaß ist.

Weitere Ausführungsbestimmungen zu den An-
 gleichungsbeförderungen von //Angehörigen folgen
 in Kürze.

Dienstgradabzeichen von uniformier-
 ten Angehörigen der Sich.Pol., die nicht
 der // angehören.

Der Kriegseinsatz der Sich.Pol. hat in verstärk-
 tem Umfange eine Uniformierung auch Nicht-//An-
 gehöriger notwendig gemacht. Durch Einzelanord-
 nung war jeweils bestimmt worden, daß Angehörige
 der Sich.Pol. die feldgraue //Uniform — ins-
 besondere im auswärtigen Einsatz — tragen sollten.
 Die Berechtigung zum Anlegen der //Dienstgrad-
 abzeichen war durch Ausstellung von vorläufigen
 //Ausweisen gegeben. Die vorläufigen //Ausweise
 verlieren mit dem 1. 6. 1942 ihre Gültigkeit und sind
 von den Dienststellen zu diesem Zeitpunkt gesammelt
 an die ausstellenden Dienststellen zurückzugeben.

Mit Wirkung vom 1. 6. 1942 werden für Uniform-
 träger der Sich.Pol., die nicht der // angehören,
 Uniformausweise eingeführt, die nur in Ver-
 bindung mit dem Dienstaussweis der Sich.Pol. oder
 des SD Gültigkeit haben.

Die Uniformausweise sind unverzüglich von den
 Dienststellen mit begründeten Einzelanträgen wie
 folgt zu beantragen:

- Für Führerdienstgrade ausschließlich beim
 RSHA — Referat I A 5 —,
- für Unterführer und Männer des RSHA beim
 Referat I A 5,
- für Unterführer und Männer der Dienststellen
 des Reichsgebietes bei den zuständigen In-
 spekteuren,
- für Unterführer und Männer der Einsatzdien-
 ststellen bei den zuständigen Befehlshabern und
 den Chefs der Einsatzgruppen.

Den Chefs der Einsatzgruppen, sowie den Be-
 fehlshabern in Belgrad, Den Haag, Krakau, Metz,
 Oslo, Prag und Straßburg, dem Beauftragten in
 Frankreich und Belgien (Dienststellen Paris und
 Brüssel), dem Inspekteur in Salzburg, zugleich für
 die Angehörigen der Kommandeure in Marburg und
 Veldes und den übrigen Inspektoren geht die er-
 forderliche Anzahl von Uniformausweisen zu.

Angehörige der Sich.Pol., die zum auswärtigen
 Einsatz abgeordnet werden, dürfen erst nach Vor-
 lage des Uniformausweises eingekleidet werden.

Bei Ausstellung des Uniformausweises werden
 die //Dienstgradabzeichen in Anlehnung an den
 Dienstgradangleichungserlaß festgesetzt. Diese Fest-
 setzung erfolgt jedoch grundsätzlich nur bis zu einem
 Dienstgrad niedriger, als der Angleichungserlaß für
 Angleichungsbeförderungen von //Angehörigen vor-
 sieht. Beispielsweise kann ein nicht der // ange-
 hörender Sekretär höchstens die Dienstgradabzeichen
 eines //Hauptscharführers tragen. Ausnahmen kom-
 men nur in Frage, wenn sachliche Interessen einen
 höheren Dienstgrad zwingend nötig machen.

Bei Ernennungen und Beförderungen von Be-
 amten oder Höhergruppierungen von Angestellten ist
 der höhere //Dienstgrad selbstverständlich erst an-
 zulegen, nachdem die zuständige Stelle den ent-
 sprechenden Uniformausweis ausgestellt hat.

Der Dienstgrad für einen im Führerrang stehen-
 den Beamten oder Angestellten wird in jedem Einzel-
 fall ausnahmslos vom RSHA — Referat I A 5 — bei
 Ausstellung des Uniformausweises bestimmt.

Die Inspekture und Befehlshaber werden hiermit angewiesen, bis 1. 6. 1942 über die strikte Durchführung dieser Anordnungen bei den Dienststellen ihres Bereiches zu berichten.

Anlage 4

Anwendbarkeit des Dienstgradangleichungserlasses vom 1. 7. 1941 bei Angleichungsbeförderungen von **SS (SD)-Angehörigen**.

RdErl. des ChdSPudSD. vom 19. 6. 1942

— I A 1 a Nr. 114/42 I —

Im Anschluß an den RdErl. vom 1. 4. 1942 — I A 1 a Nr. 114/42 — (nicht veröffentl.) über die Anwendbarkeit des Dienstgradangleichungserlasses vom 1. 7. 1941 — I A 1 a Nr. 79/41 — (nicht veröffentl.) auf die Einkleidung von Angehörigen der Sich.Pol., die nicht der **SS** angehören, folgen nachstehend Ausführungsbestimmungen zu den Angleichungsbeförderungen von **SS-Angehörigen** gemäß dem Dienstgradangleichungserlaß vom 1. 7. 1941, die neben der Beseitigung noch bestehender Unklarheiten einige erforderlich gewordene Ergänzungen dieses Erlasses bringen.

Angleichungsbeförderungen von **SS (SD)-Angehörigen**.

(1) Der Dienstgradangleichungserlaß vom 1. 7. 1941 — I A 1 a Nr. 79/41 — stellt eine Kannbestimmung dar.

(2) Angehörige der Sich.Pol., die der **SS** angehören, können hiernach **SS**-mäßig bis zu jenen **SS**-Dienstgraden befördert werden, die ihren Dienstgraden in der Sich.Pol. entsprechen. Hierbei wird selbstverständlich vorausgesetzt, daß sich der betreffende Angehörige der Sich.Pol. durch seine Gesamthaltung einer Beförderung würdig gezeigt hat und von seinen Dienstvorgesetzten zu dieser Beförderung vorgeschlagen wird. Ein Anspruch auf eine derartige Beförderung besteht nicht. Daraus ergibt sich die selbstverständliche Folgerung, daß kein SD-Angehöriger sich die nach dem Angleichungserlaß als erreichbar bezeichneten **SS**-Dienstgradabzeichen selbständig anlegen kann. Weiterhin ergibt sich daraus, daß nur der für Beförderungen in den entsprechenden Dienstgrad zuständige Vorgesetzte durch Unterzeichnung der entsprechenden Ernennungsurkunde die Voraussetzungen für die Anlegung der entsprechenden Dienstgradabzeichen schaffen kann.

(3) Ein Angehöriger der Sich.Pol., der nach den Angleichungsrichtlinien **SS**-mäßig zu einem **SS**-Führerdienstgrad angeglichen werden kann, wird nicht erwarten dürfen, daß er unmittelbar nach seiner Aufnahme in die Schutzstaffel und nach erfolgreichem Besuch eines **SS**-Führerlagers sofort zum Angleichungsdienstgrad befördert wird. Im allgemeinen wird zunächst ein niedriger **SS**-Dienstgrad verliehen und erst nach einer angemessenen Wartezeit die Einstufung in den **SS**-Dienstgrad vorgenommen werden, der dem Beamtendienstgrad entspricht.

(4) Im einzelnen wird zu den nachbezeichneten Abschnitten der Anlage zum RdErl. vom 1. 7. 1941 — I A 1 a Nr. 79/41 — folgendes ausgeführt:

Abschn. I (1) 2 a:

Hierunter fallen auch solche Angehörige der Sich.Pol., die in den Alpen- und Donau-Reichsgauen und im Sudetengau im Sinne der RdErl. des RmdI. vom 7. 9. 39 (MBliV. S. 541) und vom 14. 9. 39 (MBliV. S. 1889) als verdiente Nationalsozialisten gelten.

Abschn. I (1) 2 a—c:

(1) Die Voraussetzungen von a und b und die Einschränkung zu c beziehen sich auf die Dienstgradangleichung, nicht aber auf die Aufnahme in die **SS**, d. h. der Bewerber der Sich.Pol. kann sofort in die Schutzstaffel aufgenommen werden, wenn die Ziff. 1 erfüllt ist.

(2) Die volle Angleichung an den dem Beamtendienstgrad entsprechenden Führerdienstgrad kann nur dann vor Ablauf der dreijährigen Zugehörigkeit zur Sich.Pol. (Abschn. I (1) 2 c) ausgesprochen werden, wenn sie der Chef der Sich.Pol. u. des SD aus dienstlichen Notwendigkeiten für erforderlich hält.

Abschn. II 3:

Der Absatz (3) erhält folgende Fassung:

Die Angehörigen der Sich.Pol. können bis zu jenem **SS**-Dienstgrad befördert werden, der ihrem Beamtendienstgrad oder ihrer Stellung als Angestellte entspricht.

Abschn. II 4:

(1) Die Angleichungen an den in III 1, III 6 und IV 1 vorgesehenen **SS**-Dienstgrad setzen, wie oben bereits erwähnt, ausnahmslos in allen Fällen eine **SS**-mäßige Beförderung in diesen Dienstgrad voraus.

(2) Ehemalige Angehörige anderer Formationen (SA, NSKK oder NSFK) können entgegen der Anordnung im Abschn. II Abs. 1 des RdErl. über die Dienstgradangleichung vom 23. 6. 1938 (MBliV. S. 1098), auch wenn ihr Dienstgrad in diesen Gliederungen höher war, nur bis zu dem **SS**-Dienstgrad übernommen werden, der dem Angleichungsdienstgrad ihrer Stellung in der Sich.Pol. oder dem SD entspricht.

Abschn. III 1:

(1) Die Dienststränge der Polizeigefängnisverwalter und der Polizeigefängnisoberverwalter sind hinzuzufügen.

(2) Es entsprechen bei Beamten der Sich.Pol. der Polizeigefängnisverwalter:
dem **SS**-Sturmscharführer
bis **SS**-Untersturmführer,
der Polizeigefängnisoberverwalter:
dem **SS**-Untersturmführer.

Die Sekretäre und Polizeigefängnisverwalter, die Kriminalangestellten mit 3300 RM und 3600 RM jährlicher Grundvergütung und die Büroangestellten der Vergütungsgruppe VI TO. A sind bis zum **SS**-Sturmscharführer anzugleichen. Sie können, wenn sie die Beförderung zum **SS**-Untersturmführer anstreben, nach den Bestimmungen der Befehle des Chefs der Sich.Pol. u. des SD vom 29. 4. 1940 (I F 1 e Nr. 1075/40 — (nicht veröffentl.) und vom 4. 5. 1940 — I F 1 e Nr. 1907/40 (Befehlsbl. S. 7) — zur Teilnahme an einem **SS**-Führerlager zugelassen und nach festgestellter Eignung sowie nach einer Mindestdienstzeit von drei Jahren als Sekretär usw. als **SS**-Untersturmführer angeglichen werden.

(3) Zur Beseitigung aller Zweifel wird nochmals hervorgehoben, daß Amtmänner, Polizeiräte, Kriminalräte und Kriminalkommissare nicht automatisch nach dreijähriger Tätigkeit als Amtmann, Polizeirat, Kriminalrat oder Kriminalkommissar zum **SS**-Sturmbannführer bzw. **SS**-Hauptsturmführer angeglichen werden. Auch in diesen Fällen ist vielmehr die Erreichung des höheren **SS**-Dienstgrades von einer **SS**-mäßigen Beförderung abhängig.

Ein selbständiges Anmaßen des höheren H -Dienstgrades hat daher zu unterbleiben.

Abschn. III 2:

In der dritten Zeile ist vor Kriminalkommissaranwärter das Wort Polizeiinspektoranwärter einzufügen.

Abschn. IV (1):

(1) Dieser Abschnitt erhält bis zu der Rubrik „Geschäftsführer usw.“ einschl. folgende Fassung: „Es entsprechen bei den hauptamtlichen Angehörigen des SD/RF H “

die Hilfskräfte dem H - (Staffel-) Unterscharführer bis H - (Staffel-) Sturmscharführer,

die Geschäftsführer von SD-Außenstellen (Untersturmführer-Planstellen) dem H - (Staffel) Haupt-scharführer bis H -Untersturmführer.“

(2) Nach 3jähriger Tätigkeit kann der H -Haupt-scharführer zum H -Sturmscharführer im SD befördert werden. Die Beförderung zum H -Sturmscharführer im SD ist vom Inspekteur bzw. Befehlshaber auszusprechen. Für Kraftfahrer im SD bleibt der Dienstgrad des H -Haupt-scharführers der Enddienstgrad.

Abschn. IV (2) b:

Der letzte Satz „Ausnahmen sind dem RF H vorbehalten“ ist zu streichen. Dafür ist als neuer Absatz einzufügen:

„Die Beförderung in einen nächsthöheren H -Dienstgrad kann frühestens drei Jahre nach der letzten Beförderung erfolgen. In Fällen besonderer Bewährung und Befähigung kann diese Frist um eine angemessene Zeit verkürzt werden.“

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 163:

Anlage 5

Bekleidungskonto Nr.

des			(Zu- und Vorname)			(H- und Pol.-Dienstgrad)			(Dienstausweis-Nr.)		
.....			(Geburtsdatum und -ort)			(Heimatsdienststelle)			(Einsatzdienststelle)		
Gutschrift				Lastschrift				Feststellungs- vermerk und An- erkennung durch den Kontoinhaber			
Dat- um	Bezeichnung der Gutschrift	Betrag R.M. Rpfl	Dat- um	Bezeichnung der Lastschrift	Betrag R.M. Rpfl						
1	2	3	4	5	6						

Vierseitig gedruckt

(Seite 2 bis 3 ohne Nationale)

4. Seite:

Ausrüstungskonto

Lfd. Nr.	Dat- um	Gegenstand	An- zahl	Nr. des Sam- mel- Aus- gabe- belegs	Jährliche Aner- kennung durch Unterschrift des Konto- inhabers	Lfd. Nr.	Dat- um	Gegenstand	An- zahl	Nr. des Sam- mel- Aus- gabe- belegs	Jährliche Aner- kennung durch Unterschrift des Konto- inhabers
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12

1. Empfangen:

2. Zurückgegeben:

Anlage 6

Bekleidungsnachweis Nr.

des
 (Zu- und Vorname) (H- u. Pol.-Dienstgrad) (Dienstausweis-Nr.)

 (Geburtsdatum und -ort) (Heimatsdienststelle) (Einsatzdienststelle)

Datum	Gegenstand	Tragewert	Unterschrift des Kontoinhabers	Datum	Gegenstand	Tragewert	Unterschrift des Kontoinhabers

Vierseitig gedruckt
 (Seite 2 bis 4 ohne Nationale)

Anlage 7

(linke Buchseite)

Bestandsbuch I

Lfd. Nr.	Datum	Materialbeleg-Nr.	Absender bzw. Empfänger	Dienstmützen		Feldmützen		Winterdienstmützen	
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

(rechte Buchseite)

usw.	Schnürschuhe Paar		Lange Stiefel, Paar		usw.	Bemerkungen
Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	
11	12	13	14	15	16	17

Anmerkung:

Zu- und Abgänge durch Belieferung der Beamten sind auf Grund von Sammeleinnahme- und -ausgabebelegen zu buchen. Andere Zu- und Abgänge, durch die eine Vermehrung oder Verringerung des Gesamtbestandes durch Lieferungen von Firmen und anderen Dienststellen, durch Abgabe an andere Dienststellen, durch Verkäufe, Verluste usw. eintritt, sind in den Bestandsbüchern besonders zu buchen.

Anlage 8

Bestandsbuch II

Lfd. Nr.	Datum	Materialbeleg-Nr.	Absender bzw. Empfänger	Signalpfeifen		Knebelketten		usw.	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

Anmerkung:

Zu- und Abgänge durch Belieferung der Beamten sind auf Grund von Sammeleinnahme- und -ausgabebelegen zu buchen. Andere Zu- und Abgänge, durch die eine Vermehrung oder Verringerung des Gesamtbestandes durch Lieferungen von Firmen und anderen Dienststellen, durch Abgabe an andere Dienststellen, durch Verkäufe, Verluste usw. eintritt, sind in den Bestandsbüchern besonders zu buchen.

Bestandsbuch III

[Anlage 9]

Lfd. Nr.	Datum	Mat- beleg-Nr.	Absender bzw. Empfänger	Einheitstuch m		Köper m		usw.	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

Bestandsbuch IV

Anlage 10

für Pferde- und Hundeausrüstung (Kammerbestände)

Lfd. Nr.	Datum	Material- beleg-Nr.	Absender bzw. Empfänger	Leinen		Zaumzeuge		usw.	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

(Nur bei Bedarf einrichten)

Anmerkung:

Dieses Bestandsbuch enthält 2 Abschnitte, und zwar je einen für Pferde- und Hundeausrüstung.

Bestandsbuch V

Anlage 11.

(Ausgesonderte Stücke)

Lfd. Nr.	Datum	Beleg- Nr.	Aussonderungsstelle oder Verbleib	Dienstmützen		Feldmützen		usw.	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	4	6	7	8	9	10

Leihbuch

Anlage 12

Lfd. Nr.	Datum	Beleg- Nr.	Empfänger	Gegenstand	Tag der Rück- gabe	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6	7

Anmerkung:

- Bei der Verleihung von Gegenständen dürfen in den Bestandsbüchern keine Ausbuchungen vorgenommen werden. Die verliehenen Stücke bleiben als Bestand in den Bestandsbüchern.
- Nach der Rückgabe der Stücke und Ausfüllung der Spalte 6 ist die in Spalte 5 aufgeführte Anzahl der Stücke mit Tinte zu durchkreuzen.

Sammelausgabebeleg für das Bestandsbuch I

Anlage 13

Lfd. Nr.	Datum	Empfänger (Zu- u. Vor- name des Beamten)	Konto- Nr.	Dienst- mützen	Dienst- röcke	Stiefel- hosen	usw.	Lastschrift im Beklei- dungs-Kto. <i>R.M. Rpf</i>		Unter- schrift des Empfängers oder Unter- beleg-Nr.	Bemer- kungen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	

Anlage 14

Sammelausgabebeleg für das Bestandsbuch I

Lfd. Nr.	Datum	Empfänger (Zu- und Vorname des Beamten)	Konto- Nr.	Stahl- helme	Signal- pfeifen	usw.	Unterschrift des Empfängers oder Unterbeleg- Nr.	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6	7	8	9

Anlage 15

Sammelaufnahmebeleg für das Bestandsbuch I über zurückgegebene Bekleidungsstücke.

Lfd. Nr.	Datum	Zu- und Vor- name des ab- gebenden Beamten	Konto- Nr.	Dienst- mützen	usw.	Schnür- schuhe Paar	usw.	Unterschrift des abgebenden Beamten oder Unterbeleg-Nr.	Bemer- kungen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

Anlage 16

Sammelaufnahmebeleg für das Bestandsbuch II über zurückgegebene Ausrüstungsstücke.

Lfd. Nr.	Datum	Zu- und Vorname des abgebenden Beamten	Konto- Nr.	Knebel- ketten	Stahl- helme	usw.	Unterschrift des abgebenden Beamten oder Unterbeleg-Nr.	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6	7	8	9

Empfangs- } Schein.
Einnahme- }

Anlage 17

Ausgabevermerk der abgebenden Stelle			Einnahmevermerk der Empfangsstelle		
Best.-Buch	S.	Nr.	Best.-Buch	S.	Nr.

sind de... in
von de...
geliefert worden.
den 19...

(Dienststempel)

(Behörde)

(Unterschrift)